37. Jahrgang | Nr. 133
1. Halbjahr 2023 | A 59349

diesseits

Das humanistische Magazin

diesseits.de

»Ein globaler strategischer Konflikt«
Julian Nida-Rümelin zum Ukrainekrieg

Vom alltäglichen Kampf um Freiheit im Iran
Erfahrungsbericht einer mutigen Frau

Wann es geboten ist, sich einzumischen
Interview mit Konfliktforscherin Kristine A. Avram

Inhalt

04 Editorial von Katrin Raczynski

05 ZUR DEBATTE
»Ohne den Frieden ist alles nichts«
Von Sascha Rother

08 INTERVIEW
»Es handelt sich ganz offenkundig auch um einen globalen strategischen Konflikt«
Julian Nida-Rümelin im Interview

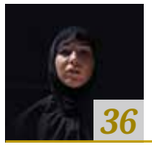
14 PRAKTISCHER HUMANISMUS
Gemeinsam ein Haus der Zuflucht schaffen
Von Annathea Braß

18 ZUR DEBATTE
Ein politischer Pazifismus als unverzichtbare Dimension des praktischen Humanismus
Von Frieder Otto Wolf

22 PRAKTISCHER HUMANISMUS
Krieg und Pädagogik
Auf der Suche nach Frieden
Von Lisa Romig

28 INTERVIEW
»Es ist immer geboten, sich einzumischen, wenn Menschenrechtsverletzungen stattfinden«
Kristine Andra Avram im Interview

32 LITERATUR & LYRIK
Zur Idee des Weltfriedens
Auszüge aus Schriften der Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner
Zusammengestellt von Andrée Gerland



36 ERFAHRUNGSBERICHT
Vom alltäglichen Kampf um Freiheit im Iran
Erfahrungsbericht einer mutigen Frau
Von Anonym

40 GASTBEITRAG
Friedensarbeit – Arbeit am Frieden
Zivile Konfliktbearbeitung
Von Piet van Riesenbeck

44 JUNGE HUMANIST*INNEN
Junge Stimmen
Wie weit darf ziviler Ungehorsam gehen?
Nachgefragt von Lydia Skrabania

48 GASTBEITRAG
Frieden ist möglich
Wie eine Friedensorganisation auf unterschiedlichen Ebenen Dialog schafft
Von Florian Lüdtke

52 PRAKTISCHER HUMANISMUS
Zuhören und den Menschen Zeit schenken
Militärseelsorge in Belgien
Von Hans De Ceuster

54 GESCHICHTE & GEGENWART
Zum ewigen Frieden
Von Kant zu den Vereinten Nationen
Von Helmut Fink

58 PORTRÄT
Lilli Jannasch – Pazifistin und Schulreformerin
Eine vergessene Persönlichkeit des 20. Jahrhunderts
Von Stefanie Hartmannsgruber

60 GESCHICHTE & GEGENWART
Vom gerechten Krieg
Über den geschichtlichen Ort der frühesten Belege in Rom
Von Hubert Cancik

62 ZUR DEBATTE
Die Rückseite des Mondes
Gedanken über Krieg und Frieden, das Böse und den Teufel
Von Ernst Peter Fischer

66 REZENSION
Christen im Nationalsozialismus
Zwei Bücher zum Thema
Von Michael Schmidt

70 HUMANISMUS INTERNATIONAL
Deshalb schafft Humanismus Frieden
Von Even Gran

IMPRESSUM

Herausgeber (V.i.S.d.P.): Erwin Kress im Auftrag des Humanistischen Verbandes Deutschlands – Bundesverband, erwin.kress@humanismus.de
Verantwortliche Redakteurin: Lydia Skrabania, redaktion@diesseits.de
Layout: Alexander Paul, alex-grafik.de
Druck: WIRmachenDRUCK GmbH, Mühlbachstr. 7, 71522 Backnang
Kontakt für Abonnent*innen: abo@diesseits.de
Kontakt für Anzeigenkund*innen: marketing@diesseits.de
Redaktionsanschrift: *diesseits* – Das humanistische Magazin, c/o HVD Bundesverband, Wallstr. 61, 10179 Berlin, Tel.: 030 613904-61, E-Mail: info@diesseits.de, Web: diesseits.de
Erscheinungsweise: *diesseits* erscheint halbjährlich als Doppelausgabe.
Diese Ausgabe entstand unter der Mitwirkung von: Annathea Braß, Hubert Cancik, Hans De Ceuster, Helmut Fink, Ernst Peter Fischer, Andrée Gerland, Even Gran, Stefanie Hartmannsgruber, Birger Hoyer, Florian Lüdtke, Nasim, Katrin Raczynski, Piet van Riesenbeck, Lisa Romig, Sascha Rother, Michael Schmidt, Ralf Schöppner, Lydia Skrabania, Frieder Otto Wolf.
Bildnachweise: Alle in *diesseits* verwendeten Bilder wurden im Einklang mit den Bestimmungen der jeweiligen Rechteinhaber*innen verwendet. Sämtliche Rechte liegen bei den Urheber*innen.
Beiträge von Gastautor*innen entsprechen nicht zwangsläufig der Meinung des Herausgebers. Die *diesseits*-Redaktion bemüht sich um geschlechtergerechte und inklusive Sprache. Auch unsere Gastautor*innen sind angehalten, hierauf Rücksicht zu nehmen, die Redaktion nimmt jedoch keine diesbezüglichen Änderungen an Originaltexten vor.
Spendenkonto: HVD Bundesverband, Bank für Sozialwirtschaft, IBAN: DE41 1002 0500 0003 3271 01, BIC: BFSWDE33BER.
Bankverbindung für die Abonnements: HVD Bundesverband, Bank für Sozialwirtschaft, IBAN: DE68 1002 0500 0003 3271 00, BIC: BFSWDE33BER.

Bild Titelseite: diesseits/Midjourney. **Bilder Inhaltsverzeichnis:** 04 Raczynski: Die Hoffotografen; 05 (Frieden): Wikimedia Commons / Paul Hermans (CC BY-SA 3.0); 08 (Nida-Rümelin): Diane von Schoen; 14 (Zuflucht): HVD Berlin-Brandenburg; 18 (Pazifismus): Wikimedia Commons / S.Sgt. Albert R. Simpson, Dep. of Defense, Dep. of the Army, Office of the Deputy Chief of Staff for Operations, U.S. Army Audiovisual Center (PD); 22 (Pädagogik): Konstantin Börner; 28 (Avram): Daniel Vatamanu; 32 (Suttner): diesseits/Midjourney; 36 (Iran): Pexels / 7816737 / Cottonbro Studio; 40 (Friedensarbeit): forumZFD; 44 (Ungehorsam): Wikimedia Commons/ Leonhard Lenz (CC0 1.0); 48 (Dialog): Political Development Forum Yemen; 52 (Militärseelsorge): Miss Kevine ROGOMBE; 54 (Kant): Wikimedia Commons / Neptuul (CC BY-SA 3.0), Künstler: Jewgeni Wutschetitsch; 58 (Jannasch): Privat; 60 (Rom): Wikimedia Commons / Carole Raddato (CC BY-SA 2.0); 62 (Mond): Wikimedia Commons / Dep. of Defense, Defense Atomic Support Agency (PD); 66 (Christen): Austrian Archives (S) / brandstaetter images / picturedesk.com; 70 (Humanismus): Arnfinn Pettersen.

Editorial

Liebe Leser*innen,

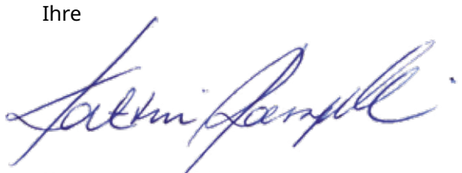
die intensive Beschäftigung von Humanist*innen mit dem Thema Frieden, sei es auf Landes- oder Bundesebene, in Publikationen, bei Lesekreisen und Veranstaltungen, vermittelt eine klare Botschaft: Uns eint die Sehnsucht nach Frieden. Und doch erscheint Frieden nicht zum Greifen nah: Selten haben wir eine Zeit erlebt, in der so viele Bedrohungen und Unsicherheiten gleichzeitig auf uns einwirken und deren Folgen wir auch bei uns ganz unmittelbar spüren: die Klimakatastrophe, erodierende Demokratien weltweit, Kriege und Konflikte, die Missachtung von Menschenrechten an vielen Orten. Wir müssen eine Menge Ungewissheit aushalten, und nicht selten verspüren wir angesichts all dieser Krisen ein Gefühl von Ohnmacht. Was können wir also tun?

Kürzlich wurde mir das Buch »Bürgerkriege – warum immer mehr Staaten am Abgrund stehen« der amerikanischen Politikwissenschaftlerin Barbara F. Walter empfohlen. Ihre spannende These: Die zentralen Motive für Kriege sind Verbitterung, Empörung und Zurücksetzung. Menschen werden durch gezielte Desinformation und Aufstachelung manipuliert, es entsteht eine polarisierte und gespaltene Gesellschaft. Walter empfiehlt, dass wir Initiativen stärken, die auf bürgerschaftlichen Zusammenhalt und Gemeinschaft setzen, dass wir Differenz aushalten und konstruktiv damit umgehen – im Sinne einer universalistischen und globalen Vision für eine humanere Welt.

Liebe Humanist*innen, ich lese diese Empfehlung wie einen Aufruf an uns alle. Wir sind eine große weltweite Bewegung und können friedensstiftend und integrierend wirken – jeden Tag. In all unseren professionellen und privaten Bezügen kennen wir Situationen und Verhaltensweisen, die Ausgrenzung oder den Zerfall in Teilidentitäten befördern. Lassen Sie uns dies gemeinsam immer wieder verhindern: durch Aufmerksamkeit und Empathie, durch das Aushalten von Differenz, durch den konsequenten Dialog.

In diesem Sinne: Lassen Sie uns im Gespräch bleiben.
Ich wünsche Ihnen eine inspirierende Lektüre!

Ihre



Katrin Raczynski

Vorstand des Humanistischen Verbandes Deutschlands – Bundesverband

»Ohne den Frieden ist alles nichts«

Von Sascha Rother

Pazifist*innen gelten in der heutigen Debatte als realitätsfern und blauäugig. Dieser Vorwurf gründet jedoch auf einer Fehlannahme und verwechselt das Streben nach Frieden mit dem Bedürfnis, dem Gegner noch die andere Wange hinzuhalten. Aber Frieden schaffen bedeutet Arbeit, weshalb unsere Welt heute mehr Pazifist*innen braucht denn je.

Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.« Dieses oft und gerne gebrauchte Zitat Willy Brandts entstammt ursprünglich einer Rede des ehemaligen Bundeskanzlers aus dem Jahr 1981. Seitdem wurde es zu einem Mantra der Friedensbewegung. Damals, in der letzten Phase des Kalten Krieges, standen sich die USA und Russland in Gestalt der Sowjetunion mit ihren Atomwaffenarsenalen in Europa offen drohend gegenüber. Jeder noch so kleine Fehler, jedes als Provokation empfundene Verhalten hätte im nuklearen Schlagabtausch enden können. Entsprechend groß war die Angst vor einem Einsatz von Atomwaffen und der damit verbundenen völligen Vernichtung, besonders im sich in der Mitte befindenden Deutschland.

Wie real diese Gefahr tatsächlich war, sollte erst nach dem Ende des Kalten Krieges, mit dem Fall des Eisernen Vorhangs, vollends bekannt werden. Brandts Bekenntnis, dass ohne den Frieden alles nichts sei, war und ist, so gesehen, also durchaus wörtlich zu verstehen. Auch am Ende seiner politischen Karriere setzte er sich weiterhin für eine Verständigung zwischen Ost und West ein.

Foto Raczynski: Die Hoffotografen; Foto Geschütz: Wikimedia Commons / Paul Hermans (CC BY-SA 3.0)

Der »Wind of Change« – die damals spürbare Aufbruchstimmung und die damit verbundene Hoffnung auf dauerhaften Frieden – währte jedoch nicht lange, denn neue Konflikte in Europa und weltweit traten recht schnell an die Stelle der alten.

Und leider gibt es inzwischen wieder – oder immer noch – Regierungen, die die Angst vor einem Atomkrieg politisch für sich ausnutzen. Und es gibt, damals wie heute, ernsthafte Erwägungen über den taktischen Einsatz von Atomwaffen. Auch wenn es sich dabei glücklicherweise nicht um mehrheitliche Positionen handelt, zeigt beides jedoch, dass wir im 21. Jahrhundert noch lange nicht in friedlichen Zeiten angekommen sind und die Vernunft als Grundlage politischen Handelns nicht ausnahmslos vorausgesetzt werden kann. Sollte man da nicht besser Konflikten ganz aus dem Weg gehen? Brandt, der das Nazi-Deutschland seiner Jugend zunächst von innen und nach seiner Flucht von Norwegen aus bekämpfte, hat dies auch später verneint. Dem unbedingten Wunsch nach Frieden dürfen Freiheit und andere fundamentale Werte einer demokratischen Gesellschaft nicht geopfert werden; Angst oder Bequemlichkeit sollten nicht dazu verleiten, faule Kompromisse einzugehen oder Sonderwege einzuschlagen. Oder, um das Eingangszitat zu bemühen: »Ohne den Frieden ist alles nichts, und gleichzeitig ist der Frieden nicht immer alles.«

Dieser Text könnte hier bereits sein Ende finden in der Feststellung, dass rationale und besonnene Abwägungen zwischen Krieg und Frieden als Navigationsmittel zwischen den Extrempositionen, einem idealistischen Gewaltverzicht des Pazifismus einerseits und einer nüchternen Kriegslogik andererseits, das Mittel der Wahl sind. In jüngster Zeit sind jedoch in diesem Diskurs vermehrt Stimmen zu vernehmen, welche die eigene Position als die einzige, unfehlbar richtige propagieren, indem versucht wird, die jeweils andere Seite zu diskreditieren. Die dabei an den Pazifismus gerichteten Vorwürfe reichen von Naivität und Anachronismus bis hin zur Anbiederei.

Gleichwohl erfahren Pazifistinnen und Pazifisten der Vergangenheit nach wie vor unsere kollektive Wertschätzung, sei es eine Bertha von Suttner, ein Mahatma Gandhi, ein Martin Luther King oder ein Nelson Mandela. Würden aus ihnen in der Vehemenz heutiger Diskussionen Britenversteher oder Weißen-Freunde? Es wäre eine Ironie.

Foto Rother: Privat; Foto Geschütz: Wikimedia Commons / Paul Hermans (CC BY-SA 3.0), Pexels 895-4866 Kampus Production, Montage: diesseits

Zu Recht gedenken wir ihres kompromisslosen Eintretens für zivilen Widerstand als gewaltlosem Weg zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele, aber auch ihrer persönliche Opferbereitschaft – nicht zuletzt auch ihrer Bereitwilligkeit, sich zum Teil massiver Kritik, auch aus den eigenen Reihen, auszusetzen. So wurde beispielsweise Gandhi seinerzeit von keinem Geringerem als dem Schriftsteller George Orwell vorgehalten, der Erfolg seiner auf zivilem Widerstand gegründeten Bewegung sei ausschließlich der liberalen Haltung der damaligen Labour-Regierung geschuldet. So zutreffend diese Einschätzung in Bezug auf die Compliance des Gegners auch sein mag, übersieht sie doch, dass Alternativen nicht nur jederzeit denkbar, sondern auch gangbar sind. Dies gilt für die gewaltsamen Auseinandersetzungen im unabhängigen Indien nicht weniger als für die Unruhen in den USA der 60er Jahre, im Südafrika nach Abschaffung der Apartheid oder für den Ersten Weltkrieg, der Urkatastrophe des modernen Europas.

Man mag nun mit gleicher Berechtigung einwenden, dass auf Gewaltlosigkeit und Ungehorsam beruhende zivile Verteidigung zwar selbst gewählt werden kann, sie und die damit notfalls verbundene Aufopferung von anderen zu erwarten jedoch zynisch wäre. In der Frage einer pazifistischen Haltung kann es also nicht darum gehen, das grundsätzliche Recht auf Selbstverteidigung in Frage zu stellen, oder die Möglichkeit, anderen Staaten im Fall eines Angriffskrieges auch militärische Unterstützung zu gewähren.

Das moralische Dilemma, völkerrechtswidrigem Krieg nicht immer mit friedlichen Mitteln begegnen zu können, bleibt bestehen. Es würde der Sache freilich helfen, wenn die sich nicht nur als Militär-, sondern auch als Wertebündnis begreifende, westliche Staatengemeinschaft verbindlicher zu ihren Werten stünde. Zu groß war häufig die Diskrepanz zwischen moralischem Anspruch und Wirklichkeit, gerade in Hinblick auf die zugrundeliegende politische Motivation. Nicht umsonst sind militärische Interventionen in Irak oder Afghanistan in die öffentliche Kritik geraten, da ihr Anlass teilweise durch frühere politische Fehlentscheidungen begründet ist. Doch auch in Bezug auf die Nachhaltigkeit der Intervention und Verlässlichkeit der Handelnden gibt es offenkundige Diskrepanzen zwischen gesetzten Zielen und dem tatsächlich Erreichten und vielleicht auch Erreichbaren.

»Unsere Welt braucht Pazifist*innen mehr denn je und ein klares Bekenntnis zum Frieden sowie zu allgemeinverbindlichen internationalen Strukturen, die ihn gewährleisten.«

Gerade dieser letzte Punkt macht auch die größte Schwäche einer Fokussierung auf militärische Lösungen deutlich. Ein Konflikt endet nicht mit der Beendigung der Kampfhandlungen oder dem militärischen Sieg einer der Parteien. Die wirkliche Arbeit am Frieden beginnt dann erst. Ein Vergleich des Umgangs mit dem besiegten Deutschland nach beiden Weltkriegen und der jeweiligen Entwicklung einer stabilen Demokratie veranschaulicht dies, trotz aller anderen bestehenden Unterschiede, ganz gut. Eine nachhaltige Friedenssicherung braucht Friedensarchitekt*innen.

In diesem Sinne braucht unsere Welt Pazifist*innen mehr denn je und ein klares Bekenntnis zum Frieden sowie zu allgemeinverbindlichen internationalen Strukturen, die ihn gewährleisten. Damals wie heute gilt auch, dass es, wie Willy Brandt in seiner Rede bemerkte, wirklichen Frieden und damit Sicherheit nicht voreinander, sondern nur miteinander geben kann. Und so bleiben die grundsätzliche Bereitschaft zum Dialog und zur Annäherung unerlässlich, um Konflikte zu beenden und tragfähige Beziehungen wiederherzustellen. Dazu bedarf es eines politischen Handelns, das Mut, Besonnenheit und Integrität mit einer, wie Brandt es nannte, »brutalen Ehrlichkeit« verbindet.

Sascha Rother (*1979) interessiert sich als promovierter Biochemiker und Lehrer für die stoische Philosophie als Lebensweise im Alltag. Seit 2016 ist er Mitglied des Landesvorstands des HVD Niedersachsen.

»Es handelt sich ganz offenkundig auch um einen globalen strategischen Konflikt«

Interview mit Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin

Das Interview führte Ralf Schöppner

Gibt es tieferliegende Ursachen für den gegenwärtigen Krieg? Welche Kriegsziele sind legitim, welche illusorisch und gefährlich? Überwiegen in der deutschen Diskussion die militärischen Narrative? Diesen und anderen Fragen geht Dr. Ralf Schöppner, Geschäftsführender Direktor der Humanistischen Akademie, im Gespräch mit Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin, Philosoph und Gründungsrektor der Humanistischen Hochschule Berlin, nach.

Foto Nida-Rümelin: Diane von Schoen

Herr Nida-Rümelin, ich würde gerne mit der Frage der Ursachen des aktuellen Krieges beginnen. Russland hat die Ukraine brutal überfallen und hegt sicherlich imperiale Ambitionen. Ist aber damit die Ursachenfrage ausreichend bedacht oder muss man nicht tiefer gehen?

Wir haben gegenwärtig viele Narrative, die begleitet sind von teilweise massiven Realitätsverlusten. Die Fakten verschwinden hinter Narrativen, und das macht mich besorgt, weil das die Rationalität der politischen Meinungsbildung gefährdet. Zu einem kohärenten Bild gehört, dass dieser Konflikt, ich rede nicht lediglich vom jetzigen Krieg, sondern von einem Konflikt, eine sehr lange Vorgeschichte hat, die zum Teil bis ins 19. Jahrhundert zurückgeht. Nach dem Ende der Sowjetunion und der bipolaren Welt köchelte dieser Konflikt langsam wieder hoch. Und das hat man sehr früh erkennen können. Nur exemplarisch: Brzeziński, das gleichgewichtige demokratische Pendant zum republikanischen Außenpolitikstrategen Kissinger, vertritt 1997 die These, dass der Status der USA als alleinige Supermacht nur beibehalten werden kann, wenn es gelingt, die Ukraine aus dem Einflussgebiet Russlands herauszulösen. Im selben Jahr warnt der heutige Präsident Joe Biden vor gravierenden Konsequenzen einer NATO-Osterweiterung bis an die Grenzen Russlands.

In der Folge kommt es zur NATO-Osterweiterung einschließlich der baltischen Staaten. Ich halte die Einbeziehung europäischer Staaten, die zuvor im Einflussgebiet der Sowjetunion waren, grundsätzlich für richtig. Ab 2007/2008 kippt jedoch die Stimmung, ab diesem Zeitpunkt herrscht zunehmend Eiszeit in den Beziehungen zwischen USA und Russland. Das hängt auch mit dem Angebot George W. Bushs zusammen, die Ukraine und Georgien in die NATO aufzunehmen, innerhalb der Ukraine damals übrigens hoch umstritten. Der Majdan-Prozess wird massiv unterstützt von westlichen Staaten. Die russische Seite scheint mir seit der Präsidentschaft Putin geschwankt zu haben zwischen zwei Optionen: Entweder Kooperation mit dem Westen, gleiche Augenhöhe, Anerkennung als Supermacht und Integrationsbereitschaft oder aber wenn nicht: Rückfall in den alt-russischen, regionalen Imperialismus. Zwischen diesen Polen bewegt sich nach meinem Eindruck die russische Politik, die Kooperationserwartung wurde enttäuscht und damit fühlt sich Putin zu Unrecht zu einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine legitimiert.

Julian Nida-Rümelin

Prof. Dr. Dr. h. c. Julian Nida-Rümelin (*1954) ist emeritierter Lehrstuhlinhaber für Philosophie und politische Theorie an der LMU, war Kulturstaatsminister im ersten Kabinett Schröder, ist stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Ethikrates und Gründungsrektor der Humanistischen Hochschule Berlin.

Die triumphalische Siegermentalität des Westens nach 1990 scheint eine gewisse Rolle gespielt zu haben. Der Verweis auf sicherheitspolitische Interessen Russlands ist in Verruf geraten. Gestern (24.04.2023) leitete Lawrow eine Sitzung des UN-Sicherheitsrates und sprach von der Notwendigkeit, das Ganze als geopolitischen Konflikt analysieren zu müssen. Da dachte ich auch an Ihren Text *(»Perspektiven nach dem Ukrainekrieg«, Anm. d. Red.)*, in dem Sie ebenfalls schreiben, man müsse das geopolitisch analysieren. Läuft man damit Gefahr, »der russischen Propaganda auf den Leim zu gehen«, wie viele behaupten?

Das ist eine absurde Vorstellung, Tatsachen richten sich nicht nach dem Wunschdenken der einen oder anderen Seite. Es handelt sich zweifellos zum einen um einen regionalen Konflikt, in dem Russland seine Anrainerstaaten mit Dominanzgesten, Interventionen und Annektionen bedroht. Die Anrainerstaaten reagieren mit Unterdrückung der russischen ethnischen Minderheiten in ihrem Land, bis hin zu Sprachverboten. Und dann handelt es sich aber ganz offenkundig auch um einen globalen strategischen Konflikt. Nur das erklärt das massive Engagement der USA in der Region. Und wer da sagt, nur Russland nimmt für sich solche global strategischen Argumente in Anspruch, der lügt. Die USA haben massiv reagiert, als China 2.000 Meilen von Australien entfernt einen Militärstützpunkt mit den Salomonen vereinbart hat. Oder mein Beispiel, das ich auch im Buch bringe: Man stelle sich einmal vor, es gibt in Kanada Konflikte zwischen proamerikanischen und prorussischen Kräften und Russland setzt sich dafür ein, dass die prorussischen Kräfte sich durchsetzen und Kanada einem russisch geführten Militärbündnis beitritt, investiert dazu fünf Milliarden US-Dollar. Wie würden die USA reagieren?

Würden die USA sagen, ja klar, das ist das Souveränitätsrecht Kanadas? Glaubt das irgendjemand ernsthaft? Alle Außenpolitikexperten bestätigen, es gilt immer noch die Monroe-Doktrin: Keine anderen Mächte auf dem amerikanischen Doppelkontinent. Also: keine *double standards*. Die USA sind die globale Macht der Welt, militärisch und wirtschaftlich. Nach wie vor. Sie unterhalten über 800 Militärstützpunkte weltweit, Russland ungefähr 20. China rüstet massiv militärisch auf, aber hat nicht wie die USA auf der ganzen Welt Militärstützpunkte. Die großen Drei, USA, China und Russland, agieren global-strategisch, allerdings mit unterschiedlichem Gewicht. Alles andere ist eine Illusion und alle drei sind interessanterweise nicht Mitglied des Internationalen Strafgerichtshofs, das heißt, sie wollen sich einer regelbasierten Außenpolitik nicht wirklich unterwerfen.

SIPRI (*Stockholm International Peace Research Institute, Anm. d. Red.)* hat ja gestern die neuen Zahlen rausgebracht. 2022 haben die USA über 800 Milliarden US-Dollar für Rüstung ausgegeben, Russland ca. 90 und China ca. 300 Milliarden. Apropos Waffen: Aktuell, wenn man die bundesdeutsche Öffentlichkeit betrachtet, bekommt man ja den Eindruck, es gibt eigentlich keine Alternative zur militärischen Unterstützung der Ukraine. Gab es die und gibt es die auch heute?

Im Vorfeld des Krieges gab es ganz offenkundig eine Alternative, die kann man nachhören und nachlesen. Das waren die Bedingungen, die Russland genannt hat, die sind ja verhandlungsfähig. Und zu diesen Bedingungen gehörte, dass die Ukraine nicht der NATO beitritt. Es ist falsch zu sagen, das richtet sich lediglich an die Ukraine, weil die NATO nicht gezwungen ist, ein Mitglied aufzunehmen. Da genügt eine einzige Veto-stimme, wie man jetzt bei der Türkei und Finnland bzw. Schweden gesehen hat, um das zu verhindern. Also hätte es genügt, wenn auch nur ein einziges NATO-Land, zum Beispiel die USA, erklärt hätte, nein, wir werden die Ukraine nicht aufnehmen. Und vermutlich hätte es dann auch keinen Krieg gegeben. Das rechtfertigt nicht, das ist immer die Konfusion in den Köpfen, einen völkerrechtswidrigen, brutalen Angriffskrieg Russlands. Das entlastet Putin in keiner Weise, es haben schwere Kriegsverbrechen stattgefunden. Aber die Frage war, hätte es Möglichkeiten gegeben, diesen Krieg zu verhindern? Und ich glaube, ja, und es hätte offenkundig die Möglichkeit gegeben, den Krieg relativ rasch nach Kriegsbeginn wieder zu beenden, nämlich Ende März, Anfang April, mit einem Vertragsentwurf, der schon ausgehandelt war zwischen Russland und der Ukraine. Darüber gehen die Narrative auseinander. Russland hatte angeboten, sich auf die Grenzen vor dem 24. Februar zurückzuziehen und die Ukraine, die Nicht-Mitgliedschaft in der NATO gesetzlich und verfassungsrechtlich zu verankern. Wie auch immer. Aber es gab offenkundig Verhandlungsbereitschaft. Es heißt immer, die Ukraine sei nicht verhandlungsbereit. Das stimmt nicht. Kuleba, der Außenminister der Ukraine, hat vor Weihnachten vorgeschlagen, eine internationale Konferenz einzuberufen, um Friedenschancen auszuloten. Das heißt, viele biegen sich die Realitäten so zurecht, wie es ihnen eben gerade passt, und das ist schon besorgniserregend.

Und mit Blick auf die aktuelle Lage? Ich selbst bin pazifistisch sozialisiert, Kriegsdienstverweigerer und habe viele Jahre KDV-Beratung gemacht. Aber aktuell ist für mich völlig klar, ich möchte nicht unter Herrschaft der aktuellen russischen Regierung leben, und da verstehe ich auch jeden Ukrainer, jede Ukrainerin, die das ebenso wenig will. Bedeutet das, dass im Konfliktfall ein Wert wie Freiheit dann doch bedeutender ist als Frieden?

Ukrainischer Soldat auf einem erbeuteten russischen Panzer.

Foto Soldat: Wikimedia Commons / 24th Mechanized Brigade „King Danylo" (CC BY 4.0); Foto Schöppner: Arik Platzek

Ich glaube, das gehört zu den Narrativen, die problematisch sind. »Da steht Demokratie gegen Autokratie«. Die Demokratie-Rankings vor dem Krieg sehen Ukraine und Russland nahe beieinander im untersten Feld. Russland ist schlimmer, aber die Ukraine ist auch kein wirklich demokratischer Staat. Massive Korruption, keine Minderheitenrechte und so weiter. Also die europäischen Werte, das ist auch so ein Narrativ, werden dort nicht verteidigt. Die Ukraine hat noch einen sehr weiten Weg vor sich. Integration in die EU, die ich grundsätzlich begrüßen würde, setzt voraus, dass die Ukraine eine echte europäische Demokratie wird und dass sich nicht das wiederholt, was wir in Polen oder Ungarn erlebt haben, nämlich dass die demokratischen Institutionen, kaum sind sie Mitglied in der Europäischen Union, massiv beschädigt werden: Entmachtung des Verfassungsgerichtes, wie in Polen, Verfolgung Andersdenkender wie in Ungarn und anderes.

Ein zweiter Punkt, ein bisschen pragmatischer: Wenn Länder sich nicht verteidigen können und umgeben sind von Ländern, die über militärische Mittel verfügen, dann ist das destabilisierend. Die Vernachlässigung der deutschen Landesverteidigung nach 1990 zugunsten von Interventionen am Hindukusch, um einen früheren Verteidigungsminister, nämlich Herrn Struck, zu zitieren, hielt ich und halte ich für falsch. Ein Fehlschlag auf der ganzen Linie. Afghanistan-Intervention, Irak-Intervention, Syrien-Engagement, Libyen, Diktatorensturz Ägypten und so weiter. Es ist alles schief gegangen. Landesverteidigung hingegen ist sinnvoll im Sinne von struktureller Nichtangriffsfähigkeit.

Und der dritte, eher philosophische Aspekt Ihrer Frage, Freiheit versus Frieden, naja, also da schlagen zwei Herzen in meiner Brust. Wenn Sie mich als Person fragen, ob ich Pazifist bin, muss ich sagen, selbst in den Fällen, in denen ein Angreifer vielleicht noch mit militärischem Widerstand zurückgeschlagen werden kann, aber Hunderttausende von Toten die Folge sind, bin ich persönlich gegen den Krieg. Die Rechtfertigung dafür ist, dass das nie für die Angreifer gut geht. Russland hat 1979 Afghanistan erobert und was ist rausgekommen: der Niedergang der Sowjetunion. Dasselbe passierte dem Westen mit dem Irak und passierte zwanzig Jahre lang in Afghanistan unter westlicher Ägide und dasselbe wäre passiert, wenn jetzt Russland die Ukraine besetzt hätte. Da bin ich ziemlich sicher, dass das nicht gut ausgegangen wäre. Denn die ukrainische Bevölkerung hätte das nicht mitgemacht. Es wäre extrem kostspielig geworden für die russische Seite. Das ist das eine Herz, wenn Sie mich als Person fragen. Als politischer Kopf sage ich, das kann eine verantwortliche Politik nicht zur Richtschnur machen. Diese Haltung kann ich als Ministerpräsident oder Kanzlerin nicht vertreten, weil es wie eine Einladung wirkt. Was wir brauchen, ist Entspannungspolitik plus Verteidigung.

Dr. phil. Ralf Schöppner

Dr. phil. Ralf Schöppner ist praktischer Philosoph und Direktor der Humanistischen Akademien Deutschland und Berlin-Brandenburg.

Mir ist aufgefallen, Sie haben im März/April 2022 den ersten »Intellektuellen-Brief« gegen den Krieg und auch den ersten Schwarzer-Brief noch unterzeichnet, den zweiten aber Ende 2022 nicht mehr. Hat sich in Ihrer Betrachtungsweise auch etwas geändert in dem halben Jahr oder ist es eher Vorsicht, was das Unterzeichnen solcher Briefe angeht?

Man muss aufpassen, dass man nicht in so eine Kaskade von Unterschriften hineingerät. Es gab aber eine massive Medienkampagne gegen das außenpolitische Agieren von Scholz. Dabei hatte er meines Erachtens genau die richtige Linie:

Unterstützung der Ukraine, damit es keinen Diktatfrieden Russlands gibt. Unterstützung nur so weit, dass es keinen Durchmarsch Russlands gibt, kein *regime change* in der Ukraine, dass Russland seine Kriegsziele nicht erreicht, aber eben nicht Aufrüstung in Hinsicht auf Sieg über eine Nuklearmacht, möglicherweise Eskalationsgefahr bis hin zum Einsatz von Atomwaffen und Einbeziehung von NATO-Staaten. Diese Linie wurde als zögerlich und schwach massiv unter Beschuss genommen. Und in diese Phase fiel die Frage an mich, ob ich bereit wäre, einen Aufruf mit zu unterzeichnen. Ich war mit den Formulierungen nicht ganz glücklich, es waren zwei Formulierungen dabei, die ich so nicht unterstützen konnte. Der zweite Brief war ein relativ banaler Aufruf, nämlich zu Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Den habe ich mitunterzeichnet, und der dritte war dann die Vorbereitung der Kundgebung und das war schon sehr stark politisiert. Die Friedensbewegung war nicht wirklich einbezogen, die sich deswegen auch beschwert hat, und die Verbindung mit einer eventuellen Parteigründung fand ich problematisch. Und außerdem muss man auch irgendwann mal wieder aus dieser Kaskade raus. Ich habe inhaltlich eine differenzierte Position eingenommen, die man im Buch »Perspektiven nach dem Ukrainekrieg« nachlesen kann. Es ist schwierig genug, die in Talkshows zum Beispiel überhaupt zu Gehör zu bringen, weil man permanent unterbrochen wird. Ich gehöre nicht zu denen, die gegen Waffenlieferungen waren. Ich bin für Waffenlieferungen an die Ukraine. Ich bin kein Waffenexperte, ich weiß nicht, welche Waffen, aber ich kenne das Kriterium. Das Kriterium ist in diesem Fall: verhindern, dass es einen Diktatfrieden oder einen Durchmarsch Russlands gibt. Welche Waffen dafür erforderlich sind, kann ich nicht beurteilen. Das müssen andere beurteilen, aber man darf nicht die Ukraine in der Illusion wiegen, sie könnte einen umfassenden Sieg über eine Nuklearmacht erreichen. Das ist die schwierige Gratwanderung. Vielleicht nicht immer rhetorisch, aber in der Praxis hat Scholz sich ziemlich genau auf diesem Grat bewegt.

Mich hat das massiv gestört, dass so sehr auf dieser vermeintlichen Zögerlichkeit rumgeritten wurde, denn man könnte es ja auch Vorsicht nennen oder Behutsamkeit. Ich war auch nicht gegen Waffenlieferungen. Ich sehe auch aktuell keine andere Alternative. Aber die Selbstverständlichkeit, mit der man das fordert, die Alternativlosigkeit, mit der man es hinstellt, die mangelnde Melancholie oder Traurigkeit angesichts der Opfer, der Zerstörung oder auch der immensen Kosten für Waffen: Das ist erschreckend. Stattdessen gefallen sich einige Politiker*innen darin, sich öffentlich mit ihren neuen Waffenkenntnissen zu brüsten. Und es gibt wenig Suche nach Alternativen.

Meine Frau (*die deutsch-französische Schriftstellerin Nathalie Weidenfeld, Anm. d. Red.*) hat dazu einen sehr anrührenden Artikel in der Süddeutschen Zeitung geschrieben: Was hat sich eigentlich von der Mentalität her geändert, wenn jetzt sogar Intellektuelle in Paris, die immer kritisch und friedlich waren, sich auf einmal begeistern können für Waffen. Dieses neue Narrativ, der Heldenmut. Wir wissen ja gar nicht genau, was alles los ist. Die Soldaten werden gezwungen. Was sagt feministische Außenpolitik dazu? Frauen dürfen raus aus der Ukraine, Männer nicht, Männer müssen zum Militär und sie werden zum großen Teil verheizt. Ob das alles so toll gefunden wird von denen selbst und von ihren Familien, da bin ich mir nicht so sicher. Und auf russischer Seite sind es die Bauernsöhne, nicht die aus den großstädtischen bürgerlichen und Führungsschichten, die eingezogen werden. Die haben ja keine Generalmobilmachung im Gegensatz zur Ukraine und die Familien werden großzügig finanziell entschädigt, wenn die Söhne fallen. Die fallen zu Hunderttausenden, jeden Tag Hunderte oder Tausende von jungen Männern und viele Leute gehen da mit einem Achselzucken drüber hinweg. Es ist doch grausig!

Und wenn sich jetzt abzeichnet, dass es in diesem Krieg im Grunde so zugeht wie im Ersten Weltkrieg, nämlich keine Bewegung mehr nach dem ersten halben Jahr, aber es starben und starben die Menschen. Will man das wirklich? Und jeder, der einen Waffenstillstand fordert, wird kritisiert. Dabei ist Waffenstillstand keine Anerkennung von Eroberung, man kann dann behutsam verhandeln und dies vielleicht auf der Linie, die ich vorher beschrieben habe: Rückzug in die Grenzen vor dem 24. Februar, Autonomiestatus der beiden Ostprovinzen, was schon im Minsker Abkommen drinsteht. Die Krim bleibt bei Russland, es kann ja dazu ein Referendum unter Ägide der Vereinten Nationen abgehalten werden. Ich finde sowieso: Warum nicht mal die Bevölkerung fragen, wir haben das im Saarland auch getan. Es ist alles möglich, aber den jetzt reihenweise fantasierten umfassenden Sieg kann es gegen eine Nuklearmacht nicht geben.

Es ist ja fast eine Kriegsstimmung in Deutschland. Wo Sie den Ersten Weltkrieg angesprochen haben: »Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche« hieß es damals kaiserlich. Also so ganz kann man sich eines solchen Eindrucks heute auch nicht erwehren.

Und ich fürchte da eine Dynamik. Es ist jetzt schon schrecklich, was dort passiert, und dieses Achselzucken, mit dem wir über die vielen Toten hinweggehen, stört mich sehr. Zugleich wird schon der Taiwankonflikt als großes Thema hochgejazzt, was es nur wahrscheinlicher macht, dass China interveniert. Taiwan hat einen anderen Status als die Ukraine, denn der gesamte Westen akzeptiert die Ein-China-Theorie, dass Taiwan zu China gehört. Es wird nicht als souveräner Staat betrachtet, sonst hätten wir da nämlich eine diplomatische Vertretung. Das haben wir nicht. Und umso mehr jetzt der Westen sagt, das ist jetzt das Pfand unserer globalen Rolle, umso gefährlicher wird es, weil dann China sagt, ja gut, dann ist das genau der Beleg für unseren Supermacht-Status, dass wir das in unserem Sinne lösen. Also ist es unklug, in dieser Weise vorzugehen. Und hochgefährlich.

Mein Eindruck ist, das Verlangen nach Stärke ist ein Problem. Das ist eher eine psychologische Kategorie, aber dennoch, glaube ich, hilfreich auch in der internationalen Politik. Immer will man stark sein, es müssen Stärke und Härte gezeigt werden gegenüber den anderen. Wenn sich das verhärtet, kann man keinen Rückschritt mehr machen und es ergeben sich Entwicklungen, die kaum noch zu stoppen sind. Die anderen werden auch stark sein wollen. Alle werden immer auch wieder was Neues draufsetzen müssen. Anlässlich unseres Buches »Wie geht Frieden?« (*Schriftenreihe der Humanistischen Akademie Deutschland, Band 6, Anm. d. Red.*) haben wir 2017 überlegt, was die Elemente einer humanistischen Friedensethik und Friedenspolitik sind. Was wäre Ihre Antwort?

So wie ich Humanismus verstehe, geht es vor allem um die menschliche Fähigkeit zur Lebensautorschaft, zu einer Praxis, die nicht rücksichtslos, sondern die kooperationsbereit ist, die weiß, dass wir nicht Monaden sind in der Welt, die ihre eigenen Interessen optimieren, sondern eingebettet sind in Strukturen der Kooperation, die wechselseitigen Respekt voraussetzen. Und diese Fähigkeit haben Menschen ganz offensichtlich. Es ist auffällig, dass Gesellschaften, die noch keine Gefängnisse kennen und keine Polizei, ein ziemlich hohes Niveau an interner Friedlichkeit haben. Intern ist von Mord und Totschlag da sehr selten die Rede und das zeigt, dass wir offenbar auch ohne staatliche Sanktionsgewalt in hohem Maße fähig sind, friedlich und kooperativ miteinander umzugehen. Michael Tomasello hat gezeigt, dass Empathie sogar ein Spezifikum unserer Affenart ist. Wenn diese Fähigkeit in der politischen Sphäre verloren geht, entsteht die *Dirty-hands*-Problematik der Politik. Man könne Politik gar nicht betreiben, wenn man sich nicht von diesen ethischen Bindungen frei mache. Meine Erfahrung ist ganz anders. Wenn man sich davon freimacht, dann gelingt Politik nicht. Also die Imprägnierung der politischen Sphäre durch Werte, humanistische Werte des Respekts, der wechselseitigen Anerkennung, der Kooperationsbereitschaft, ist eigentlich das Zentrum einer demokratischen Ordnung, also politischen Zynismus zu domestizieren und die politische Praxis zu zivilisieren. Und dann bin ich ganz in den Fußstapfen von Immanuel Kant, seiner Schrift von 1795, »Zum ewigen Frieden«: Wenn alle Staaten der Welt in diesem substanziellen Sinn demokratisch verfasst sind, kollektive Selbstbestimmung der Freien und Gleichen, wechselseitige Anerkennung, Respekt, Menschenwürde, dann führen die unter günstigen Bedingungen, die Kant übrigens schon zum Teil ganz treffend beschreibt, keinen Krieg.

Vielen Dank für das Gespräch, Herr Nida-Rümelin.

Publikationen zu den Themen des Gesprächs:

Julian Nida-Rümelin: Perspektiven nach dem Ukrainekrieg (Herder 2022), Humanistische Reflexionen (Suhrkamp 2016).

Ralf Schöppner (Hrsg.): Wie geht Frieden? Humanistische Friedensethik und humanitäre Praxis (Alibri 2017).

Gemeinsam ein Haus der Zuflucht schaffen

Von Annathea Braß

Wie aus der Frage »Was soll ich tun?« eine Antwort auf »Was darf ich hoffen?« wurde: von einem Hotel zu einer Geflüchtetenunterkunft in nur fünf Tagen. Ein sehr persönlicher Erfahrungsbericht.

Ukrainische Geflüchtete im März 2022

Foto Geflüchtete: Flickr Creative Commons / UN Women / Aurel Obreja (CC BY-NC-ND 2.0)

Der Konflikt in und um die Ukraine wird bereits seit über einem Jahr gewaltsam ausgetragen und ein Ende scheint nicht in Sicht. Unser Diskurs mündet dabei schnell in die Analyse komplexer politischer und historischer Zusammenhänge, und von dort ebenso schnell in die dringende Frage nach einer humanistischen Positionierung: Wie bewertet man politische Entscheidungen im Großen nach ethischen Gesichtspunkten? Wie hoch ist das Risiko einer interkontinentalen Eskalation durch eine humanitäre Intervention im Verhältnis zum Recht auf Freiheit und Frieden des ukrainischen Volkes? Kann es überhaupt noch eine bedingungslose pazifistische Haltung geben? Was lässt uns in diesem Konflikt so beherzt mitfühlen, während andernorts an Landesgrenzen, in Lagern, auf dem Mittelmeer täglich unzählige Menschen anderer Nationalitäten zurückgedrängt, abgeschoben, inhaftiert, brutal durch unser Zutun oder Wegsehen ermordet werden? Die Realität hält mindestens so viele aufgeworfene Fragen wie Antworten bereit. Persönlich sehe ich mich mit Fortschreiten des Konflikts eher überforderter mit einer eindeutigen bzw. ausschließlichen eigenen Positionierung. Die Grenze zwischen Richtig und Falsch erscheint zunehmend weniger klar. Wie viel einfacher es sein kann, Antworten im Handeln zu finden, konnte ich direkt nach Ausbruch des Ukrainekrieges 2022 erfahren.

Die Entscheidung, das vom HVD Berlin-Brandenburg betriebene Hotel in ein »Haus der Zuflucht« für Geflüchtete aus der Ukraine umzuwidmen, fiel in einer über Nacht einberufenen Sondersitzung des Präsidiums am Montagmorgen des 24. Februar 2022, unmittelbar nach Kriegsausbruch. Die Idee des Vorstands lag auf dem Tisch: Das Hotel mit seinen ca. 100 Zimmern sollte innerhalb weniger Tage zur Hälfte ein Ort für die Unterbringung geflüchteter Familien aus der Ukraine werden. Die Direktorin des Hotels saß mit in der Runde: »Kriegen wir hin.« Zu der existierenden Infrastruktur des Hotels sollte sich schnellstmöglich eine Vernetzung mit unseren humanistischen, sozialen Angeboten und Kooperationspartner*innen entwickeln. Die Finanzierung sollte aus Eigenmitteln und Spenden erfolgen – angetrieben durch die vagen Aussagen des Landes Berlin, dass es für die eigeninitiierten Projekte nachträglich Finanzmittel bereitstellen werde. Realistisch wogen wir bereits ab und entschieden: Das Projekt sollte trotz des finanziellen Risikos umgesetzt werden.

»Für alle Helfenden galt gleichermaßen: Wer noch da war, half. Schichtpläne spielten keine Rolle mehr.«

Für mich persönlich kam die Rolle der operativen Leitung des Projekts einer Flucht nach vorn gleich, wissend, dass die Terminologie hier einen besonders bitteren Beigeschmack hat. Ich fühlte mich hochgradig alarmiert und hilflos gegenüber dem Leid der vom Krieg direkt betroffenen Menschen. Hinzu kam ein bisher unbekanntes Gefühl einer unmittelbaren Bedrohung durch eine mögliche globale Eskalation. Ich kann auch heute die Frage, ob ich mit meiner Entscheidung selbstlos den Opfern des Krieges helfen oder die tief in mir aufsteigende Panik dämpfen wollte, nicht klar beantworten. Vom Start des Projektes an war alles nur noch »Tun«. Es gab keine sorgfältigen Abstimmungsprozesse mehr, keine Qualitätssicherungsschleifen, keine Rückversicherung. Das Projekt lebte vom Vertrauen ineinander und dem Festhalten am selben Ziel: Wir wollen jetzt etwas aufbauen, und es musste verdammt schnell gehen. Ich gab meine ersten – obwohl zu diesem Zeitpunkt gar nicht haltbaren – Zusagen an Menschen, die Geflüchtete in sichere Unterkünfte vermitteln wollten: »In drei Tagen können sie kommen.« Angebote zur Unterstützung durch Ehrenamtliche und Freiwillige kamen im Minutentakt zu uns. Über Nacht entwickelten wir einen Prozess zur Einsatzplanung, improvisierte Zoom-Briefings für die Ehrenamtlichen, Kommunikationskanäle. Das Adjektiv »irgendwie« bestimmte oftmals den Charakter unseres Tuns. Am dringendsten brauchten wir Muttersprachler*innen. Am zweiten Tag erhielt ich eine E-Mail aus dem *Janusz Korczak Haus*, einem jüdischen Jugendfreizeitzentrum in Berlin-Mitte: 50 junge Ehrenamtliche mit Sprachkenntnissen wollten sich engagieren. Nur so konnten wir schon ab dem dritten Tag eine Kinderbetreuung anbieten, die den Eltern Zeit für Organisatorisches, Anrufe und Behördengänge ermöglichte. Ein zusätzlicher Empfang wurde gegenüber der Rezeption eingerichtet und täglich von Ehrenamtlichen besetzt; wir bauten eine Spielecke für Kinder und organisierten die Ausgabe von Artikeln des täglichen Bedarfs – Zahnbürsten, Hygieneartikel und Babyutensilien, Socken, Unterwäsche.

PRAKTISCHER HUMANISMUS

Yanina Schustermann (rechts) übernahm einen Monat nach dem Projektstart die operative Projektleitung von Annathea Braß (links). Hier beide gemeinsam vor dem Hotel4Youth, das für eine Weile zu einem Ort der Zuflucht wurde.

Aufgebaut wurde nachts. Noch in dieser Aufbauphase kamen die ersten Familien im Hotel an. Sie standen einfach im Foyer. Ein fragender Blick ging in Richtung Rezeption: »Können wir schon aufnehmen?« Und da war wieder einer dieser unglaublich hoffnungsvollen Momente: »Klar. Kriegen wir hin.« Die Direktorin des Hotels krempelte sich die Ärmel hoch, es ging los.

Was nun folgte, sprengte in der Fülle an Gleichzeitigkeit, unmittelbar Erlebtem und Improvisation alles je Erlebte. In der Erinnerung verschwimmen chaotische Tage und Nächte. Täglich erreichten mich über 50 Anrufe: »Wir haben wieder eine Frau mit drei Kindern, eins ist schwer krank.« »Der HVD betreibt doch ein Hospiz – können wir jemanden versorgen?« »Bitte, nur für drei Nächte.« Die Hoteldirektorin und ich kommunizierten Tag und Nacht, alle Kanäle liefen heiß. »Ihre Mailbox ist voll.« »Ihr Postfach ist voll.«

Das Hotel brummte wie ein Bienenstock, die Herausforderungen wuchsen: Mittlerweile hatten wir die »50 Prozent Geflüchtete, 50 Prozent Gäste«-Regelung gekippt. In der Spitze vergaben wir 300 Schlafplätze an Geflüchtete, davon fast die Hälfte an Kinder, mehrere Schwangere, viele Kranke. Ein schwer krankes Kind wurde parallel von Mitarbeitenden unseres Kinderhospizes versorgt. Ärzt*innen kamen regelmäßig, um zu impfen und zu behandeln. Die Volkssolidarität unterstützte uns täglich mit warmen Abendessen. Die örtliche Schule richtete nach nur einem Anruf eine Willkommensklasse ein. Oftmals galt für alle Helfenden gleichermaßen: Wer noch da war, half. Schichtpläne spielten keine Rolle mehr. In jeder Familie, die ankam, sahen sie ihre eigene Familie, in jedem Kind sahen sie ihr eigenes Kind.

Eine Beobachtung zeigte schmerzhaft, dass wir traumatisierte Familien aufnahmen, die viel mehr brauchten als nur einen Schlafplatz: Eine ankommende Familie stieg aus einem Auto. Am Himmel war plötzlich ein Flugzeug zu hören, die Kinder und die Eltern zuckten zusammen und hielten sich die Hände über den Kopf – ein unvergessenes Bild.

Und das Team des Hotels? Sie hatten wir nicht gefragt, ob sie sich das, was kam, zutrauten. Jede*r wuchs über sich hinaus, auch hier flossen immer wieder Tränen. Der Spagat zwischen der Improvisation des bedingungslosen Helfen-Wollens und gelernter Perfektion ihrer Dienstleistung war eine unglaubliche Herausforderung. Immer wieder stellte ich mir die Frage: Was ist zumutbar?

Wenn ich Erschöpfung spürte, wiederholte sich in meinem Kopf ein Satz in Dauerschleife, den ich von einer verzweifelten Hotelangestellten gehört hatte: »Ich bin doch dafür nicht ausgebildet!«, und ich schämte mich schon im nächsten Moment für mein Selbstmitleid. Ich fühlte mich irrational schuldig, am Abend in mein sicheres, warmes Bett krabbeln zu können.

Yanina, selbst Ukrainerin, übernahm vier Wochen nach dem Start des Projekts von mir den Staffelstab der operativen Projektleitung. Die Sprachbarriere fiel mit ihr, die Bewohner*innen stürzten sich förmlich auf sie. Heute sagt sie: »Ich war Anwältin, Psychologin, Lehrerin, Freundin – die Zeit war unglaublich intensiv.« Die Angebote wurden mit ihr weiter ausgebaut, die Bewohner*innen wurden selbst aktiv, das Schwarze Brett quoll über.

Eine eigene Balance wiederzufinden war für alle nicht leicht. Der eigene Alltag, der sein Recht einforderte in Form von dringenden, liegen gebliebenen Tätigkeiten im Job, Krankheiten, Bedürfnissen der eigenen Kinder, half; die Gewöhnung, die notgedrungen einsetzte, tat ihr Übriges. Aber auch die ernüchternde Erkenntnis, dass das Land Berlin keine Finanzierung ermöglichen würde: Das Projekt war endlich. Und wieder mussten pragmatische Lösungen her. Als das Ende des »Haus der Zuflucht« feststand, wuchsen alle nochmals über sich hinaus. In nur sechs Wochen schafften wir es, durch unser Netzwerk, persönliches Vorsprechen, Hartnäckigkeit bei Behörden und wieder unermüdliche Unterstützung unserer Ehrenamtlichen alle im Hotel verbliebenen Familien individuell unterzubringen. Yanina erinnert sich: »Es ist ein Rückschlag, dass das Projekt nicht weiterfinanziert wurde. Es bleibt eine unglaublich intensive Erinnerung. Mit einigen Bewohner*innen verbindet mich Freundschaft. Mein Fazit: Es ging einer großen Zahl an Menschen gut bei uns, wir haben den Weg in eine andere Normalität geebnet. Man kann dieses Engagement nicht von allen Menschen und offensichtlich auch nicht für alle Menschen in gleichem Maße erwarten – aber das wäre mein Wunsch.«

Und mein eigenes Fazit? Für mich bedeutete das Projekt einen radikalen Perspektivwechsel in die Operative. Ich weiß nun, wie es sich anfühlt, wenn man mitten im Projekt steht, ein Telefon nicht funktioniert oder die IT nicht erreichbar ist. Ich habe einen noch tieferen Respekt vor der täglichen Leistung gewonnen, die durch unsere Fachabteilungen erbracht wird. Gleichzeitig empfinde ich eine starke Dankbarkeit für die große Unterstützung aus meinem Team, die im Alltag oftmals unsichtbar bleibt.

Irgendwann inmitten dieser intensiven Wochen stand ich am Empfang und sprach mit einem Ehrenamtlichen aus dem *Janusz Korczak Haus* über den Waschsalon, in dem die untergebrachten Menschen ihre Wäsche waschen konnten. Wir planten, die dafür notwendigen Zwei-Euro-Münzen bei der Bank zu holen und direkt an der Rezeption zu hinterlegen. Die Tür ging auf, ein alter Mann trat gebückt ein, er wurde von einer Frau gestützt. »Ist hier der HVD?« Er stellte eine Plastiktüte mit 200 Euro in Münzen auf den Counter. Er habe gestern den ganzen Tag Drehorgel gespielt, das seien seine Einnahmen. »Ich habe fast 80 Jahre meines Lebens gehofft, dass ich so etwas niemals wieder erleben muss.« Ihm kamen die Tränen, und wir waren alle sprachlos. Der jüdische Student schaute mich an: »Und du glaubst nicht an Gott?« Wir lachten ein sehr befreiendes Lachen. »Nein. Aber ich glaube an den Menschen, der hier gerade 200 Euro auf den Tisch gelegt hat«, antwortete ich ihm.

Was bleibt? Die Fragen dieser Zeit und die möglichen Antworten werden immer komplexer. Dieses praktische Krisenprojekt hat für mich über die Handlungsebene eine hoffnungsvolle Antwort hervorgebracht: Dass Unmögliches eben doch möglich sein kann, und zwar gemeinsam – an dieser Erkenntnis möchte ich unbedingt festhalten.

Persönlicher Dank

Mein großer Dank gilt allen voran den weit über 100 Ehrenamtlichen sowie dem gesamten Team des Hotel4Youth um Malgorzata Kreiß, Sarah Akopova, Maxim, Sofya und all den anderen freiwilligen Helfer*innen, Übersetzer*innen, Fahrer*innen, Dr. Katharina Larisch, Dr. Schefzig und den vielen anderen Ärzt*innen und Psycholog*innen, dem Zentrum »Überleben«, Ella Nilova und dem Janusz Korczak Haus, der Firma Wodara, der Schule am Mauerpark, Leadership Berlin, Yanina Schustermann und mit ihr allen Kolleg*innen im HVD BB, durch deren unermüdliche Unterstützung über ihre Jobs, ihre Studien, ihren Alltag hinaus nichts von all dem Beschriebenen möglich gewesen wäre. Ich danke auch unserem Vorstand, der mit Unterstützung des Präsidiums so beherzt ins Risiko gegangen ist und andere verbandliche und betriebliche Themen bedingungslos hintenangestellt hat, um eine solche Soforthilfe zu ermöglichen

Annathea Braß ist seit 2020 Leiterin der Abteilung Zentrale Dienste im HVD Berlin-Brandenburg. Nach ihrem Studium der Philosophie und Politikwissenschaften sowie 15 Jahren Managementerfahrung führte sie die Chance, berufliche Expertise und humanistische Haltung vereinen zu können, zum Verband.

Foto Braß/Schustermann: HVD Berlin-Brandenburg; Porträt Braß: headshots.de

Ein politischer Pazifismus als unverzichtbare Dimension des praktischen Humanismus

Ein Plädoyer von Frieder Otto Wolf

Foto Flower Power: Wikimedia Commons / S.Sgt. Albert R. Simpson, Dep. of Defense, Dep. of the Army, Office of the Deputy Chief of Staff for Operations, U.S. Army Audiovisual Center (PD)

Kriegszeiten stürzen jede*n Vertreter*in eines praktischen Humanismus in ein (ich denke, fast) unlösbares Problem: *Einerseits* ist es doch evident, dass jedes Kriegführen (zumindest tendenziell) inhuman ist; *andererseits* ist es aber auch unbestreitbar, dass einmal begonnenen Kriegen nicht so einfach mit der Parole »Die Waffen nieder!« begegnet werden kann – denn dies könnte in der Tat als eine Aufforderung verstanden werden, dass auch und gerade die sich mit guten Gründen gegen einen Angriff Wehrenden sich einfach ergeben und dem Angreifer unterwerfen sollen – was in der Konsequenz eine Einladung an alle aggressiven politischen Kräfte wäre, ihrerseits Kriege anzufangen, um ihre Ziele durchzusetzen.

Präsentiert uns die derart beschreibbare Lage aber wirklich mit einer solchen Aporie: Kapitulation vor dem Aggressor oder aber Bejahung der Kriegführung? Dann wäre ein politischer Pazifismus unmöglich bzw. irrelevant. Ich denke, diese Auffassung lässt sich überzeugend widerlegen.

Dazu werde ich in drei großen Schritten argumentieren: Zunächst werde ich noch einmal rekapitulieren, inwiefern und wodurch sich der Grundimpuls des Pazifismus trotz aller Schwierigkeiten begründen lässt – nämlich der Imperativ, unbedingt Frieden zu schaffen; dann werde ich auf die Probleme eingehen, in die dieser Imperativ verwickelt wird, sobald ein Krieg begonnen worden ist.[1] Schließlich werde ich in Umrissen eine Lösung umreißen, welche angibt, wie ein reflektierter und aufgeklärter, kurz »humanistischer« Pazifismus auch in Situationen des Krieges relevante Positionen entwickeln und vertreten kann. Ich werde hierbei versuchen, meine Argumentation durch Beispiele in Bezug auf gegenwärtig geführte Kriege zu bebildern.[2]

[1] Hier ist es mir wichtig zu betonen, dass jedenfalls moderne Kriege nicht einfach »ausbrechen«, sondern immer von menschlichen Subjekten verantwortet und angefangen werden.

[2] Derartige »Exemplifikationen« sollten nicht als eine konkrete Analyse der Kriege missverstanden werden, aus denen sie entnommen sind. Das bleibt eine eigenständig anzugehende und zu bewältigende Aufgabe, zu der allerdings Vertreter*innen eines politischen Pazifismus in der Tat besonders herausgefordert sind.

»Systematisch und organisiert betriebene Verletzungen all dessen, was wir als Menschheit inzwischen historisch als Menschen- und Bürger*innen-Rechte artikuliert und zur Geltung gebracht haben, machen eine wirksame ›Antwort‹ erforderlich – bis hin zu einer dann in der Tat humanitär zu begründenden und humanitär zu begrenzenden Kriegführung.«

Warum unbedingt Frieden zu schaffen ist – und was dies bedeutet

Kant hat den Gedanken einer »unbedingten Verpflichtung« in Gestalt der Konzeption eines »kategorischen Imperativs« ausformuliert. Warum soll das Gebot, Frieden zu schaffen, aber den Status eines derartigen Gebotes haben? Eine knappe Begründung dafür braucht m. E. zwei Schritte: Erstens nämlich den Schritt, sich klarzumachen, dass der kategorische Imperativ in allen seinen Versionen impliziert, dass unbedingt Frieden zu halten ist – und zweitens den Schritt, dass nach Ausbruch eines Krieges ebenso unbedingt Frieden zu schaffen ist.

Die Frage ist allerdings hier zu stellen, was dies vernünftigerweise konkret bedeuten kann. Sicherlich lässt sich gut begründen, dass auf jeden Fall gilt: »Die Waffen nieder!« – eine sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen auf beiden Seiten ist also unbedingt geboten. Daraus folgt allerdings nicht, dass eine Seite in einem derartigen Konflikt auch dann zur Einstellung der Kampfhandlungen verpflichtet wäre, wenn die andere Seite dies nicht tut. Denn dann gilt wieder, dass jede Seite sich ihrer Haut wehrt, so gut sie eben kann – und dies auch darf.

Thomas Hobbes hat diese dilemmatische Lage der Menschen in einem »Kriegszustand« mit der eindrucksvollen Formel erfasst:

»Und folglich ist es eine Vorschrift oder allgemeine Regel der Vernunft, daß jedermann nach Frieden streben sollte, soweit er Hoffnung hat, ihn zu erlangen, und daß er, wenn er ihn nicht erlangen kann, alle Hilfen und Vorteile des Krieges suchen und von ihnen Gebrauch machen darf.« (Leviathan, Kap. XIV, 4. Absatz).

Gibt es aus dieser Lage einen pazifistischen Ausweg? Ich denke, ja: Das ist durchaus der Fall – es setzt allerdings voraus, dass ein politisches Verständnis von Pazifismus entwickelt wird, welches über den ersten Grundgedanken des »Die Waffen nieder!« deutlich hinaus geht.

Ein realistischer Umgang mit realen Antagonismen

Eindrucksvolle historische Beispiele für ein Scheitern des Pazifismus hat es im 20. Jahrhundert in Großbritannien und in den USA gegeben – in Gestalt eines grundsätzlichen Verfehlens der durch Hitlerdeutschlands (und »Großjapans«) Angriffskriege geschaffenen Lage, 1939 und 1940: Hier war es nachvollziehbar falsch, auf den »Kriegsausbruch« bzw. den »Kriegseintritt« einfach nur mit der Formel »Die Waffen nieder!« zu reagieren – denn es hätte in der Realität bedeutet, dem deutschen Faschismus und dem japanischen Imperialismus kampflos die Weltherrschaft zu überlassen.

Dieses historische »Scheitern des Pazifismus« einzusehen, setzt allerdings voraus, zu begreifen, dass es historische Lagen gibt, in denen kriegerische Angriffe in Verbindung mit systematisch betriebenen Massenmorden und Genoziden eine in der Tat »humanitäre Intervention« erforderlich machen – letztlich eben auch, wenn alles andere nicht hilft, auch kriegerisch.

Dies lässt sich wiederum durch den Rückgriff auf eben den kategorischen Imperativ begründen, auf den wir das grundlegende Gebot des Pazifismus zurückgeführt haben: Systematisch und organisiert betriebene Verletzungen all dessen, was wir als Menschheit inzwischen historisch als Menschen- und Bürger*innen-Rechte artikuliert und zur Geltung gebracht haben, machen eine wirksame »Antwort« erforderlich – bis hin zu einer dann in der Tat humanitär zu begründenden und humanitär zu begrenzenden Kriegführung.

Die grundsätzliche Anerkennung derartiger Konstellationen bedeutet aber keineswegs, dass nun leichtfertig mit solchen historischen Analogien praktisch jederlei militärische Interventionen gerechtfertigt werden könnten., Auch die Gleichsetzung der aggressiven Großmachtpolitik und Kriegsführung Wladimir Putins mit der Politik und Kriegsführung Nazi-Deutschlands zu kritisieren, bedeutet keineswegs, die Kritik an Putins Aggression irgendwie einzuschränken oder zu »relativieren«. Diese Kritik ist nichts weiter als der Versuch, nicht alle rationalen Maßstäbe zur Beurteilung derartiger Prozesse zu verlieren – die immer auch darauf beruhen, Unterschiede zu erkennen und zum Ausgangspunkt möglicher politischer Initiativen zu machen: Die adäquate Antwort auf Putins Krieg in der Ukraine besteht nicht darin, nun gegen Russland einen Krieg zu eröffnen, sondern vielmehr darin, in der Unterstützung der Ukraine alles zu tun, was erforderlich ist, um einen russischen Sieg zu verhindern. Das kann sich übrigens durchaus davon unterscheiden, was erforderlich ist, um der Ukraine zu einem »vollständigen Sieg« über Russland zu verhelfen – denn die Verpflichtung zur Hilfe gegenüber der Kriegsführung der Ukraine bezieht sich eben nur auf deren erfolgreiche Verteidigung.[3]

Mögliche Interventionen eines politischen Pazifismus

Es fällt relativ leicht, aufzuzählen, wozu auch ein politischer Pazifismus in einer akuten Kriegssituation nicht in der Lage ist: Er kann einem sich verteidigenden Staat nicht vorschreiben, wie weit er gegebenenfalls seine Verteidigung betreiben will – und zwar weder im Fall von relativen Niederlagen noch im Fall relativer Erfolge. Und er kann daher auch nicht definieren, wann eine wirkliche Gelegenheit zu einem Waffenstillstand besteht, der einen realen Ausweg aus der Kriegssituation bahnen könnte.[4]

Was er dagegen ausgewiesenermaßen und mit guten Gründen kann, ist, denke ich, keineswegs bedeutungslos oder irrelevant: Er kann nämlich *erstens* darauf hinwirken, dass in der öffentlichen Debatte um strategische Fragen der Kriegsführung – wie sie in bestimmbarem Umfang in demokratischen Staaten möglich sein muss – immer schon mitgedacht und beachtet wird, welche Akte und Strategien der Kriegsführung unter dem Gesichtspunkt der Achtung der Menschenrechte vertretbar sind – und welche dies nicht sind. Das könnte durchaus einen wichtigen Unterschied ausmachen, in dem es nämlich dazu beiträgt, dass derartige demokratische Staaten nicht etwa in der Stärke und Intensität ihrer Kriegsführung nachlassen, aber doch immer wieder mit der möglichen Sorgfalt klären, welche Strategien und Kriegsakte überhaupt menschenrechtlich vertretbar sind – ich denke hier etwa an die Bombardierung von militärischen Anlagen aller Art, von Rüstungsfabriken im weitesten Sinne und vielleicht auch der Wohnviertel ihrer Arbeiterschaft.

Zweitens kann er dafür eintreten, dass Kriegsverbrechen überhaupt als solche beweissicher erfasst werden – was, solange es keine entsprechende Institution auf der Ebene der Vereinten Nationen gibt, durchaus auch von zivilgesellschaftlichen Initiativen wirksam geleistet werden kann. Das wird in vielen Fällen – wenn sich nämlich die kriegführenden Parteien bei einem Waffenstillstand oder einem Friedensschluss darauf verständigen, die auf beiden Seiten womöglich begangenen »Kriegsverbrechen« außer Verfolgung zu stellen – letztendlich nicht dazu führen, dass es dann auch zu einer angemessenen strafrechtlichen Verfolgung kommt. Und dies ist auch hinzunehmen, weil es ja dazu beiträgt, dass Kriege beendet werden. Aber es klärt die Lage, in der dann politische Debatten zu einer angemessenen gesellschaftlichen Aufarbeitung der vergangenen Kriegsführung geführt werden können und müssen.

Darüber hinaus kann ein politischer Pazifismus in einer akuten Kriegssituation *drittens* grundsätzlich immer auch darauf hinwirken, dass es zu einer gerichtlichen Aufarbeitung und damit auch wirklichen Klärung aller Verdachtsfälle auf Kriegsverbrechen kommt. Das würde jedenfalls die nach Kriegsende ohnehin erforderliche Aufarbeitung des Kriegsgeschehens erheblich erleichtern. Dazu sind die Kompetenzen der bereits bestehenden internationalen Gerichtshöfe für Menschenrechte entsprechend zu erweitern und die gegebenenfalls kriegführenden Parteien dazu einzuladen, diesen Weg einer Klärung nach Kriegsende zu wählen und auch wirklich einzuschlagen.

»Und folglich ist es eine Vorschrift oder allgemeine Regel der Vernunft, daß jedermann nach Frieden streben sollte, soweit er Hoffnung hat, ihn zu erlangen, und daß er, wenn er ihn nicht erlangen kann, alle Hilfen und Vorteile des Krieges suchen und von ihnen Gebrauch machen darf.«
(Leviathan, Kap. XIV, 4. Absatz).

Ich denke, hier ist noch ein sehr wichtiger *vierter* Punkt zu ergänzen, der leicht übersehen werden kann, weil er sich nämlich nicht spezifisch auf bereits eingetretene Kriegs-Situationen bezieht: Nämlich die zentrale Aufgabe jedes politischen Pazifismus, umfassend dafür einzutreten, dass die internationalen Mechanismen und Verfahren der Konfliktprävention und der ohne kriegerische Gewaltanwendung auskommenden Konfliktlösung gestärkt und ausgebaut werden. Hierzu finden sich schon in Kants lange Zeit unterschätzter Schrift *Zum ewigen Frieden* wichtige Hinweise: Abrüstung, Abschaffung aller stehenden Heere, diplomatische Mechanismen der Konfliktartikulation und der Konfliktlösung.

Ich denke, damit ist jedenfalls klar, dass ein politischer Pazifismus, der angesichts des Faktums von Kriegen sich nicht einfach darauf zurückzieht, seine Grundsätze hochzuhalten, sondern realitätstüchtig einzugreifen sucht, keineswegs eine leere, sondern eine durchaus gehaltvolle Idee präsentiert.

Foto Wolf: Privat

Frieder Otto Wolf, Jahrgang 1943, ist Honorarprofessor für Philosophie an der Freien Universität Berlin und Präsident der Humanistischen Akademie Berlin-Brandenburg.
Mehr Infos: www.friederottowolf.de

[3] Das mag haarspalterisch klingen, lässt sich aber durchaus konkretisieren, etwa in Bezug auf die Fragen einer vollständigen Rückeroberung der Donbass-Sezessionsgebiete oder auch der Krim – wobei richtig bleibt, dass diese Fragen nicht einfach zu beurteilen sind und dass ohne eine aktive Teilnahme der Ukraine hier keine Lösungen möglich sein werden.

[4] Der Korea-Krieg bietet bekanntlich ein Beispiel dafür, dass auch ein bloßer Waffenstillstand faktisch einen Krieg beenden kann.

Krieg und Pädagogik
Auf der Suche nach Frieden

Von Lisa Romig

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine berührt auch die pädagogische Praxis: Wie kann man mit Kindern über Krieg sprechen? Welche Narrative können erklären und reflektieren, wie es zu Konflikten kommt – und schließlich über ein besseres Verstehen auch zur Konfliktprävention beitragen?

Foto Kinder: Konstantin Börner; Foto Gebäude: Konstantin Börner

Warum ist Putin böse?«, fragt Emily (sechs Jahre). Der Russland-Ukraine-Krieg ist allgegenwärtig, auch für Kinder. Damit ist er auch ein Thema, welches uns an der Humanistischen Fachschule für Sozialpädagogik beschäftigt. »Wir können unsere Cupcakes ja in gelb und blau machen, das sind die Farben der Ukraine«, schlägt Tom vor (fünf Jahre). Auf solche Gesprächsanlässe gilt es, sich als pädagogische Fachkraft einzulassen. Das vermitteln wir auch den angehenden Erzieher*innen, die zu uns an die Fachschule kommen.

»Als Anne Frank gelebt hat, war auch Krieg. Da sind ganz vielen Menschen verhungert und wurden vergiftet«, sagt Luisa (sieben Jahre). Auf solche Äußerungen fällt es gut ausgebildeten pädagogischen Fachkräften meist leicht einzugehen. Das Thema ernst nehmen, nachfragen und ins Gespräch gehen. Vielleicht ein Angebot entwickeln, welches das Thema aufgreift. Stichwort Lebensweltorientierung, pädagogische Grundhaltung, Situationsansatz. Mit Kindern, die Krieg im Museum oder Fernsehen kennenlernen, fällt das meist nicht schwer. Aber wie geht man auf Kinder und Jugendliche zu, die Krieg hautnah erleben mussten? Die traumatisiert sind, sich vor Bomben verstecken mussten und Geschwister und Eltern an den Krieg verloren haben? Das sind Umstände, die nicht nur die Studierenden, sondern auch uns Dozierende an unsere Grenzen bringen.

So wie Esma, das siebenjährige Mädchen aus Syrien, welches sich bei zu viel Unruhe im Klassenzimmer unterm Tisch versteckt. Ihrer Klassenlehrerin begegnete ich bei einem Workshop zum Thema Traumapädagogik, an dem wir beide teilnahmen, weil wir uns in der pädagogischen Praxis mit Herausforderungen konfrontiert sahen, auf die uns unsere jeweiligen Ausbildungen nicht vorbereitet hatten. Das war noch vor meiner Zeit als Dozentin an der Humanistischen Fachschule. Meine Herausforderung war damals ein siebenjähriger Junge aus Syrien, der sein Zuhause malen sollte und entgegnete: »Ich habe kein Zuhause mehr.« Auch das ist Krieg als pädagogischer Alltag.

»Wie macht sich Krieg in Ihrer pädagogischen Praxis bemerkbar?« Diese Frage stellte ich kürzlich einer Klasse von Studierenden im zweiten Ausbildungsjahr. Die Antworten waren divers:

Humanistische Fachschule für Sozialpädagogik (HFS)

Die HFS gehört zum HVD Berlin-Brandenburg und bildet seit 2012 angehende Erzieher*innen in Berlin aus. Im Mittelpunkt der dreijährigen berufsbegleitenden Ausbildung stehen die Werte Toleranz, Solidarität, Selbstbestimmung, Partizipation und Demokratie auf der Basis eines modernen weltlichen Humanismus. Mehr unter: humanistisch.de/fachschule

Josi (19 Jahre): »Wir machen in der Kita ganz viel zum Thema Krieg in der Ukraine. Die Kinder basteln Ukraine-Flaggen und letztens haben wir einen Spendenlauf veranstaltet. Wir haben aber auch ein russisches Kind in der Kita, was eigentlich sehr beliebt war, nun aber schon ein paar Mal beim Spielen ausgegrenzt wurde.«

Marlies (27 Jahre): »Bei uns im Hort gibt es immer wieder Streit zwischen türkischen und kurdischen Kindern. Auch vor dem Kollegium macht das nicht halt. Es haben sich zwei Fronten gebildet und die sind schon sehr verhärtet. Ich weiß nicht, wie ich damit umgehen soll.«

Aaron (32 Jahre): »An meiner Einrichtung gibt es aktuell einen Konflikt zwischen zwei geflüchteten Jugendlichen. Beide mussten in ihrem Herkunftsland schlimme Gewalterfahrungen machen. Letzte Woche ist der Konflikt zwischen den beiden körperlich geworden und einer der Jungs liegt jetzt im Krankenhaus. Der Freundeskreis ist auseinandergerissen. Der ganze Jugendclub leidet darunter!«

»Die Erfahrungen, die Menschen im frühen Kindesalter machen, stehen in direktem Zusammenhang mit der Gesellschaft, die sie im Erwachsenenalter mitgestalten.«

Durch Erzählungen wie solche werden die Auswirkungen von Krieg spürbar, noch hunderte Kilometer vom Konfliktherd entfernt. Da werden Konflikte zwischen Ländern plötzlich zu Konflikten zwischen Individuen – nur um im Umkehrschluss wieder zu Konflikten zwischen Gruppen zu werden. Was also können wir als pädagogische Fachkräfte tun?

Konfliktprävention als Aufgabe von Pädagogik

Wenn ich mir diese Frage stelle, kreisen meine Gedanken um den Begriff der Prävention. Die Prävention ist im Rahmenlehrplan für Fachschulen für Sozialpädagogik als Querschnittsaufgabe geführt und wird definiert als »sozialpädagogische Ressourcenorientierung«, mit dem Ziel, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene »bei der Bewältigung von Lebensphasen und Übergängen zu unterstützen« (Rahmenlehrplan für Unterricht und Erziehung 6). Der Begriff der Prävention kann aber auch umfassender als vorbeugende Haltung verstanden werden. Bezogen auf Krieg kann er z. B. bedeuten, zu verstehen, wie es zu Krieg kommt, denn Verstehen ist Prävention: Wenn man die Ursachen von etwas kennt, ist man dafür sensibilisiert, erkennt Warnzeichen und kann Konflikte verhindern, bevor sie ausbrechen.

Aber was sind Ursachen von Krieg? Greift hier die Vorstellung von Emily? Sind manche Menschen einfach böse? Die Vorstellung ist für eine Sechsjährige nachvollziehbar. Immerhin ist das ein präsentes Narrativ in ihrem Leben, dass es böse und gute Menschen (Tiere, Fabelwesen) gibt. Dass die Bösen Unfrieden stiften und die Guten den Frieden nur wiederherstellen können, wenn sie die Bösen besiegen. Geschichten, die diese Deutung der Welt nahelegen, umgeben uns zuhauf. Sie existieren in den alten Märchen, die Emily zum Schlafengehen vorgelesen werden, sie existieren in dem Disneyfilm, den sie am Ostersonntag gucken durfte, sie existieren auf KiKa, in Hollywoodfilmen, in politischen Framings, auf Twitter – und damit auch am familiären Esstisch.

Wenn Emily verstehen möchte, wie es zu Krieg kommt, ist es daher logisch, dass sie fragt, »Warum ist X böse?« Das ist eines der dominanten Deutungsmuster, die ihr zur Verfügung stehen.

Aber es gibt auch andere, differenziertere Deutungsmuster, die für die vielschichtigen Dynamiken in Konflikten zwischen sowohl Individuen als auch Nationen sensibilisieren. Diese anzubieten – ob in Form einer Angebotsplanung, als Referenz im durch Kinder spontan initiierten Austausch oder auch als Reflexionsinstrument in der Ausbildung der eigenen pädagogischen Grundhaltung – kann eine Aufgabe von Pädagogik im Sinne der Prävention sein.

Geschichten über das Verstehen – und was wir daraus lernen können

Eine kindgerecht aufbereitete Antwort auf die Hintergründe von Krieg, aus der wir auch als Erwachsene noch viel lernen können, findet zum Beispiel das Kinderbuch *Sechs Männer* von David McKee. Die Handlung des Buches beginnt mit sechs Männern, die durch die Welt reisen und einen Ort suchen, an dem »sie in Frieden leben und arbeiten könnten.« Sie finden einen Ort, lassen sich nieder und kommen zu Wohlstand. Aus Angst vor Dieben errichten sie einen Turm, von dem aus sie nach Fremden Ausschau halten, und weil sie dadurch nicht mehr zum Arbeiten kommen, ernennen sie Wachen, die das Ausschauhalten übernehmen. Aber es greift niemand an und die Wachen haben nichts zu tun. Die Männer befürchten daher, die Wachen könnten das Kämpfen verlernen und dass der Lohn, den sie den Wachen zahlen, damit verschwendet sei und lassen sie daher den nächsten Bauernhof plündern. So geht es weiter, bis auch eine andere Gruppe zum Widerstand Soldaten ausbildet und sich schließlich zwei Armeen gegenüberstehen. Ein versehentlicher Schuss von beiden Seiten auf eine Ente wird am Ende als gegenseitiger Angriff missverstanden und lässt den Krieg ausbrechen. »Als die Schlacht vorbei war, lebte keiner mehr« – bis auf sechs Männer, die losziehen auf der Suche

Foto Kinder: Konstantin Börner

nach einem Ort, an dem sie in Frieden leben und arbeiten können.

Der Wunsch nach einem sicheren, friedvollen Ort, die Angst, dass einem jemand etwas wegnimmt, etwas nicht teilen zu wollen oder mehr von etwas haben zu wollen, als man schon hat, jemand anderem Dinge wegnehmen, sich missverstehen – das sind alles Motive, die auch schon Kinder nachvollziehen können. Böse, die Böses um des Bösen Willens tun, gibt es in der Geschichte der sechs Männer nicht, stattdessen die Darstellung einer Dynamik, in der viele Faktoren eine Rolle spielen und an deren Ende Krieg steht. Damit geht das Narrativ einen ähnlichen Weg wie *Knietzsche*, der kleinste Philosoph der Welt, eine Figur des Lernangebots *Planet Schule*. *Knietzsche* verortet die Ursache von Krieg in sich ausbreitender Ungerechtigkeit und wählt damit einen ähnlich intersubjektiven Zugang.

Das simple Narrativ von Gut und Böse als Auslöser von Konflikten wird auch im, leider aktuell nicht in Deutsch erhältlichen, Kinderbuch *The TRUE Story of the Three Little Pigs* von Jon Scieszka hinterfragt, wenn auch auf persönlicherer Ebene. Wir kennen alle die Geschichte vom bösen Wolf und den drei kleinen Schweinchen. *The TRUE Story of the Three Little Pigs* erzählt die Geschichte, wie der Titel schon vermuten lässt, aus Perspektive des Wolfes. In seiner Darstellung wollte der Wolf sich nur eine Tasse Zucker bei seinen Nachbarn, den Schweinchen, holen, um einen Kuchen für seine Oma zu backen. Vor der Tür stehend, bekommt er eine Niesattacke, in Folge derer er versehentlich das Haus des ersten und zweiten Schweinchens niederpustet. Beim Versuch, sich vom dritten Schweinchen Zucker zu borgen, gerät er mit dem Schweinchen in Streit und klopft wild an dessen Tür – während er dabei von weiteren Niesattacken gebeutelt wird. Hierbei wird er fotografiert und das Bild publiziert – wodurch er weltweit als böser Wolf bekannt wurde.

Die Geschichte ist so ein starkes Präventionsinstrument, weil sie auch auf der Meta-Ebene funktioniert – zumindest für diejenigen von uns, die mit Geschichten vom bösen Wolf sozialisiert wurden. Anstatt nur Charaktere kennenzulernen, die Missverständnissen aufgesessen sind, werden die Zuhörer*innen der Geschichte mit eigenen Fehlannahmen konfrontiert und müssen diese hinterfragen. Die Geschichte sensibilisiert für die unterschiedlichen Perspektiven in einem Konflikt und wählt damit einen Zugang, der auch in Mediation und anderen Formen der Konfliktbearbeitung eine große Rolle spielt. Quasi ein Vektorenbild in Erzählform, welches gleichzeitig noch auf die Notwendigkeit einer medienkritischen Perspektive verweist.

»Der Wunsch nach einem sicheren, friedvollen Ort, die Angst, dass einem jemand etwas wegnimmt, etwas nicht teilen zu wollen, sich missverstehen – das sind alles Motive, die auch schon Kinder nachvollziehen können.«

Als deutschsprachige Alternative ließe sich auf Paul Maars *Der tätowierte Hund* zurückgreifen, in der Maar bekannte deutsche Märchen aus Sicht der Antagonist*innen nacherzählt und damit einen ähnlichen Effekt erzielt.

Die differenzierteste mir bekannte Auseinandersetzung mit dem Thema Krieg ist aber wohl in dem Kinder- und Jugendmanga bzw. der darauf basierenden Animeserie *Naruto/Naruto: Shippuden* zu finden. Wie Florin Cherman in seinem Artikel *The Quest for Perpetual Peace in Naruto: Shippuden* (2022) schreibt, ist *Naruto* vielerlei. Ein buntes Bilderspektakel, eine Geschichte über Empowerment und Resilienz, über einen Außenseiter, der sich gesellschaftliche Anerkennung verschafft, über das an sich glauben und niemals aufgeben – aber eben auch eine philosophische Auseinandersetzung mit den Hintergründen von Krieg und Konflikt und den Voraussetzungen für nachhaltigen Frieden. Und als solche lokalisiert Naruto die Ursache von Krieg – wie auch *Knietzsche* und die *Sechs Männer* – ganz klar in sich ausbreitender Ungerechtigkeit. Mit anderen Worten: in strukturellen Umständen, die zu individuellem Leid führen, welches sich wiederum in einer Perpetuierung der strukturellen Umstände, die zu Leid führen, übersetzt. So kommt kaum ein Antagonist in der 500 Folgen umfassenden Serie ohne Kindheitsrückblende aus, die seine Denkweisen und Handlungen in der diegetischen Gegenwart für sowohl Protagonist*in als auch Zuschauer*in nachvollziehbar machen und in der die Zirkularität von Gewalterfahrungen, besonders in der frühen Kindheit, betont wird.

Die Grundlage von nachhaltigem Frieden wird dementsprechend mit großer Konsequenz im interpersonellen gegenseitigen Verstehen verortet. Im Erkennen von Vertrautem im vermeintlich Fremden. Im Einnehmen der Perspektive des anderen und der geteilten Erfahrung von Schmerz und Leid. In der Realisation, dass Frieden ein universelles menschliches Bedürfnis ist, und dass es nicht selten die unterschiedlichen Antworten sind, die Individuen oder Gesellschaften auf die Frage nach Frieden finden, die zu Krieg führen. Und nicht zuletzt im Bewusstsein, dass diese Antworten Produkte der gesellschaftlichen Umstände sind, in denen sie entstanden.

Eine Zukunft in Frieden?

Die Erzählung nimmt damit eine Perspektive ein, in der humanistischer Bildungsarbeit eine ungeheure Relevanz in Bezug auf Krieg- und Konfliktprävention zukommt. Die Erfahrungen, die Menschen im frühen Kindesalter machen, stehen in direktem Zusammenhang mit der Gesellschaft, die sie im Erwachsenenalter mitgestalten. Als besonders konstitutiv dabei gelten spätestens seit der intersubjektiven Wende relationale Erfahrungen. Wie wir im täglichen Umgang miteinander in Beziehung gehen, ist ein Lern- und Entwicklungsort für Kinder. Es ist eine weitere Geschichte, die ihnen im Zuge ihrer Erforschung von Welt erzählt wird. Ein weiterer Baustein in ihrer perspektivisch nicht nur metaphorischen Konstruktion von Wirklichkeit.

Die Frage danach, wie man mit diesem gesellschaftlichen Auftrag umgehen will, kann nun jede*r für sich selbst beantworten. Ich habe meine Antwort in der beziehungsvollen Arbeit mit denjenigen gefunden, die Zukunft gestalten. ●

Lisa Romig (*1985) ist Kulturwissenschaftlerin und seit 2016 für den Humanistischen Verband Berlin-Brandenburg aktiv. Aktuell unterrichtet sie als Dozentin an der Humanistischen Fachschule für Sozialpädagogik und ist für die Humanistische Lebenskunde als Digitalkoordinatorin tätig.

Foto Romig: Die Hoffotografen

Anzeige

Humanistische Hochschule Berlin

Ausbilden für eine Gesellschaft mit Sinn

Jetzt bewerben für ein Studium an der

Humanistischen Hochschule Berlin!

Als erste Hochschule Deutschlands gründen wir unsere Forschung und Lehre auf ethisch-humanistischen Überzeugungen. Uns leitet die Frage, wie geht ein möglichst gutes Leben für alle?

Die Humanistische Hochschule Berlin bildet für eine berufliche Praxis aus, die auf Selbstbestimmung und Verantwortung beruht. In diesem Sinne gestaltet die Hochschule Angebote für ein lebenslanges Lernen:
Vom grundständigen Studium bis zur berufsbegleitenden Weiterbildung.

PROF. DR. DR. H.C. JULIAN NIDA-RÜMELIN
Staatsminister a. D.
Rektor der Humanistischen Hochschule Berlin

Foto: ©Diane von Schoen

Jetzt bewerben für:

- Bachelor Soziale Arbeit
- Master Angewandte Ethik, berufsbegleitend
- Master Humanistische Lebenskunde, berufsbegleitend
- Staatlich anerkannter Abschluss
- Persönliche Betreuung, kleine Gruppen
- **Bewerbungsschluss: 31.8.2023**

Kontakt für Fragen:
Humanistische Hochschule Berlin
DOROTHEA WINTER M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin
Tel. 0151 54251 499 | d.winter@humanistische-hochschule-berlin.de
www.humanistische-hochschule-berlin.de

INTERVIEW

»Es ist immer geboten, sich einzumischen, wenn Menschenrechtsverletzungen stattfinden«

Das Interview führte Lydia Skrabania

Sind Kriege etwas Unvermeidliches? Wie kann Frieden geschaffen oder gewahrt werden? Welchen Beitrag könnte feministische Außenpolitik dabei leisten? Und wie lässt sich Versöhnung erreichen? Darüber haben wir mit der Friedens- und Konfliktforscherin **Kristine Andra Avram** gesprochen.

Foto Avram: Daniel Vatamanu

Frau Avram, was halten Sie von der kulturpessimistischen These, dass das Krieg führen zum Menschsein dazugehört?

Sagen wir so, die These hat eine reale Entsprechung in dem Sinne, dass *Konflikte* zur Menschheitsgeschichte gehören. Und es gibt eben gewaltsam ausgetragene Konflikte, die auch die Kriegsbezeichnung erfahren können, da muss man unterscheiden. Ich glaube aber, das ist ein wichtiger Punkt, dass dies nichts Dämonisches ist. Ohne Konflikte hätten wir viele Errungenschaften nicht, über die wir uns heute freuen, zum Beispiel das Frauenwahlrecht. Das ist auch etwas Emanzipatorisches. Wir neigen allerdings zu einem dichotomen Denken: das Böse und das Gute …

… schwarz und weiß, Krieg und Frieden …

Genau. Krieg und Frieden werden immer als einander ausschließende Kategorien dargestellt: Entweder gibt es das eine oder das andere. Aber in der Konfliktforschung, und auch meiner Ansicht nach, ist es ein Kontinuum.

Müssen wir uns also damit abfinden, dass es Kriege immer geben wird?

Dass immer schon Kriege in der Menschheitsgeschichte geführt wurden, das ist de facto so – nur, welche Erzählung haben wir darüber? Sagen wir: »Es war schon immer so und deswegen werden wir immer Kriege führen«? Die gleichen Fakten führen in unterschiedlichen Kontexten zu unterschiedlichen Erzählungen. Außerdem ist die Menschheitsgeschichte nicht nur von Gewalt geprägt, sondern auch von Widerstand, Mut und Transformation. Wenn ich einzig der Lesart der Gewalt folgen würde, wäre meine Arbeit eigentlich obsolet und würde insbesondere die vielen Situationen und Erfahrungen negieren, in denen Frieden geschaffen wurde und Versöhnung gelang.

Natürlich würden wir uns wünschen, wir hätten den Fahrplan und könnten sagen, so und so schafft man Frieden. Aber den gibt es nicht, insbesondere vor dem Hintergrund, dass es so viele Verflechtungen und Interessen gibt. Es gilt daher, unseren Blick zu diversifizieren und diese Komplexität anzuerkennen und auch auszuhalten.

Stichwort Komplexität – da denke ich sofort an den Konflikt zwischen Israel und Palästina. Auch da neigen viele wohl zu dem, wie Sie anfangs sagten, dichotomen Denken.

Ja, ein passendes Beispiel. Es wird immer allgemein gesprochen vom »Israel-Palästina-Konflikt«. Aber auch hier handelt es sich um eine sehr vielschichtige Gesellschaft mit unterschiedlichen Perspektiven auf die Politiken. Diese Komplexität wird oftmals vergessen, auch wenn wir Friedensförderung und Friedensstrukturen versuchen von außen anzustreben. Das ist der sogenannte Tunnelblick. Das gibt es leider überall, dass man sich auf eine Ebene fokussiert oder eben auf eine Konfliktlinie. Und diese Konfliktlinie stellt man sich dann sehr einfach vor, auf einer einzigen zeitlichen Ebene: Hier ist Frieden, dann bahnt sich ein gewaltsamer Konflikt an, es kommt zum massiven Ausbruch von Gewalt. Man interveniert und dann geht die Konfliktlinie runter und wir sind wieder im Friedenszustand.

Wohl nicht besonders realistisch?

Nein. In der Realität ist so eine Konfliktkurve ein absolutes Wirrwarr, ein Knäuel von Linien. Es gibt keine Linearität, weder in der Zeitlichkeit noch im Raum. Aber es ist ein menschliches Bedürfnis, dass wir uns ganz simple, einfache Erklärungen und Lösungen wünschen – gerade in Unsicherheitsmomenten oder wenn es eine überbordende Komplexität gibt, wie eben in einem Kriegsgeschehen oder wenn wir an Globalisierung denken.

Kristine Andra Avram

Kristine Andra Avram (*1987) ist Wissenschaftlerin am Zentrum für Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg. Ihre Dissertation über Verantwortungszuschreibungen im Kontext von kollektiver Gewalt und staatlicher Repression erhielt den Dissertationspreis der Südosteuropa-Gesellschaft und eine Auszeichnung durch das Forum Friedenspsychologie. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der (inter-)nationalen Strafjustiz und Transitional Justice, der Rechtssoziologie sowie narrativen Ansätzen und Analysen.

Kniefall von Warschau: Am 7. Dezember 1970 sinkt Willy Brandt unerwartet vor dem Ehrenmal für die Toten des Warschauer Ghettos auf die Knie. Die Geste wird als Bitte um Vergebung für die deutschen Verbrechen des Zweiten Weltkriegs verstanden.

Auch wenn es keinen »Fahrplan für Frieden« gibt: Es gibt durchaus Studien, die zeigen, dass es in demokratischen Systemen signifikant weniger kriegerische Auseinandersetzungen gibt, sowohl nach innen als auch nach außen.

Das ist richtig, allerdings ist es wichtig zu schauen: Seit wann gibt es diese Wissensbestände? Nationalstaaten und die Demokratieformen, wie wir sie heute haben, gibt es auch noch nicht so lange. Aber ja, es ist ein wichtiger Punkt, dass Demokratien weniger in Kriege involviert sind. Nur: Verflochten sind wir dennoch alle in diese Kriege, auf unterschiedliche Art und Weise. Da gibt es zum Beispiel die historische Verflechtung. Unsere Weltordnung, wie sie heute ist, ist auf Gewalt aufgebaut. Wenn wir an den Kolonialismus denken, ist das einfach ein Gewaltsystem. Die Frage ist: Wie gehen wir damit heute um?

Die europäischen Kolonialmächte sind jedenfalls verantwortlich für viele, auch gewaltsam ausgetragene, Konflikte weltweit. Haben diese Länder aufgrund ihrer Geschichte folglich eine Verantwortung, in solche Konflikte einzugreifen, sich einzumischen?

Ich persönlich würde sagen: Es ist *immer* geboten, sich einzumischen, wenn Menschenrechtsverletzungen stattfinden. Es stellt sich aber die Frage nach der Art und Weise der Einmischung, die von militärischen Interventionen oder Waffenlieferungen über begleitete Reformprozesse und die Schaffung von Dialogräumen bis hin zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen reichen kann. Ich persönlich sehe die erstgenannten Formen kritisch und beziehe mein »Ja« zur Einmischung auf letztgenannte Formen.

Es ist auch zu schauen, mit welcher Intention mischen wir uns anderswo ein und auf welcher Grundlage? Nehmen wir als Referenzrahmen das, von dem wir – der Westen – glauben, dass es das Richtige ist? Oder sind wir uns divergierender Perspektiven bewusst und orientieren uns daran, was vor Ort primär gewünscht wird?

Dies ist auch eine Frage des Realitätschecks: sich also bewusstwerden, dass die Möglichkeiten zum Eingreifen manchmal beschränkt sind und dass – bei den besten Intentionen, die man hätte – es nicht heißt, dass es immer gelingen wird, weil es eben ein sehr komplexer Prozess ist. Und was ebenfalls oft fehlt, ist eine Analyse und Evaluation der Intervention. Was hat denn geklappt? Welche Ziele sind verfehlt worden? Diese vielleicht auch unbequeme Auseinandersetzung darf man nicht scheuen.

Inwiefern könnte eine feministische Außenpolitik dazu beitragen, Frieden zu finden bzw. Frieden zu wahren?

Dazu würde ich das aufgreifen, was Annalena Baerbock gesagt hat, nämlich dass feministische Außenpolitik »kein Gedöns« sei, sondern auf der Höhe der Zeit. Denn so wie Außen- und Sicherheitspolitik bisher betrieben wurde, hat es ja nicht unbedingt zu friedvolleren Zeiten beigetragen.

Foto Kniefall: akg-images / picture-alliance / dpa

Und bei einer feministischen Außenpolitik geht es eben nicht nur darum, dass auch Frauen einbezogen werden. Feminismus ist eine Widerstandspraxis, bei der es um das Aufbrechen von Kategorien geht, und auch ein Instrument der Machtkritik, das darauf hinweist, dass es Ungleichheiten gibt, die Effekte auf die Gesamtgesellschaft haben. Wenn man das überträgt, kann man besser verstehen, welche Möglichkeiten das Konzept bietet. So geht es darum, zu verstehen, dass Ungleichheiten per se eine Gefahr für Frieden sind und wir anders damit umgehen müssen. Denn hier ist sich die Forschung einig: Je größer die Ungleichheit in einer Gesellschaft, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit eines gewaltsamen Konfliktausbruchs.

Ich bin gespannt auf die realpolitische Umsetzung des Konzeptes, aber ich denke, dass feministische Außenpolitik eine sehr nützliche Linse sein kann, um Gesellschaften anders wahrzunehmen, in ihrer Breite und in ihrer Diversität.

Mich beschäftigt mit Blick auf den aktuellen Krieg in der Ukraine, aber auch mit Blick auf die deutsche Geschichte und zwei Weltkriege, wie überhaupt wieder Frieden hergestellt werden kann. Selbst wenn ein Krieg für beendet erklärt und ein Friedensvertrag unterzeichnet wurde, gibt es ja noch lange keinen Frieden. Wie lässt sich diese Transformation vom Krieg zum Frieden gestalten und wie kann eine Versöhnung erreicht werden?

Friedenswahrung ist ein anstrengender, generationenübergreifender Prozess. Der hört nie auf. Das sieht man auch in Deutschland, das mittlerweile für seine Erinnerungskultur sehr bekannt ist. Ich glaube, dass es überhaupt Versöhnung mit Ländern wie Frankreich oder Polen gab, ist zu einem Großteil zivilgesellschaftlichen Bemühungen zu verdanken. Zivile Konfliktbearbeitung wird allerdings immer ein bisschen stiefmütterlich behandelt, der Fokus liegt auf der staatlichen und oft auch militärischen Ebene. Aber Versöhnung findet vor allem auf der gesellschaftlichen Ebene statt. Natürlich gibt es solche ganz wichtigen Momente wie den Kniefall von Willy Brandt. Aber eine Gesellschaft besteht eben aus Strukturen und Beziehungen – und Beziehungen laufen zwischen Menschen ab. Deswegen sind Maßnahmen wie Austauschprojekte oder Städtepartnerschaften so wichtig. Und man muss es auch den Gesellschaften zugestehen, in ihrem eigenen Tempo voranzugehen. Manche Dinge brauchen Zeit.

Sie haben Erinnerungskultur angesprochen. Welche Rolle spielt die bei der Erreichung oder Wahrung von Frieden?

Auch bei der Erinnerungskultur geht es wieder darum, Ambivalenzen und divergierende Perspektiven anzuerkennen und auszuhalten. In der Erinnerungskultur sollte natürlich den Menschen, die Gewalt erfahren haben, vorrangig eine Stimme gegeben werden. Aber es ist auch wichtig, die Erzählungen und die Erfahrungen von Zuschauenden, Involvierten und so weiter mit einzufassen, damit wir daraus lernen können. Denn Erinnern ist nicht nur Gedenken, erinnern heißt auch verändern. Nicht nur zu sagen »Das war schlimm«, sondern »Das war schlimm und was machen wir jetzt?«.

Da sind wir wieder bei der Verantwortung: Nicht nur Betroffenheit zu zeigen und dort aufzuhören, sondern aktiv an Beziehungen zu arbeiten und diese zu gestalten. Meinen Sie das?

Genau, Verantwortung ist relational. Ich bin ja nicht in einem luftleeren Raum verantwortlich, sondern fühle mich verantwortlich, oder ich halte jemanden verantwortlich, in Bezug zu etwas. Es ist eine Beziehung. Da komme ich wieder auf die zivilgesellschaftliche Ebene und was diese leisten kann.

Trotz der angesprochenen Komplexität zum Abschluss die sehr verkürzte Frage: Was braucht es für Frieden?

Es braucht für Frieden eine realistische Erwartungshaltung an unsere Möglichkeiten und auch daran, wie sich Gesellschaften und Strukturen und Beziehungen verändern – und es braucht einen holistischen Blick.

Frieden ist eine Arbeit, die wir machen, eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und ein fortwährender Prozess. Und gerade auch das Wissen um die Zerbrechlichkeit von Frieden ist hierfür wichtig. Nur wenn wir verstehen, dass Frieden kein absoluter, einmal erreichter Endzustand ist, sondern ein emergenter Prozess und das Ergebnis vielschichtiger, generationenübergreifender Aushandlungs- und Versöhnungsprozesse, können wir sinnvolle Strategien entwickeln und das Lernen um Frieden konstruktiv gestalten.

Vielen Dank für das Gespräch!

Zur Idee des Weltfriedens

Auszüge aus Schriften der Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner

Zusammengestellt und eingeordnet von Andrée Gerland

Bertha von Suttner (1843–1914) – die erste Friedensnobelpreisträgerin – wäre in diesem Jahr 180 Jahre alt geworden. Mit Überzeugung und Leidenschaft setzte sie sich für die Frauenbewegung, Tierrechte, gegen den Antisemitismus – und vor allem für den Frieden ein. Als Referenz wird hierzu stets auf ihr bekanntestes Werk »Die Waffen nieder!« von 1889 verwiesen – ein Buch, mit dem sie zu Lebzeiten rasch einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht wurde und das sie zu einer globalen Wortführerin des Pazifismus erhob.

Aber Suttner hat sich auch in ihren anderen, nahezu vergessenen Schriften deutlich und weiterhin noch aktuell zum Frieden geäußert. Zwei Auszüge sollen das im Folgenden verdeutlichen. Beide stammen aus Werken, die eng mit ihrer Zeit im georgischen Exil (1876–1885) verknüpft sind. Während dieser Zeit, die von vertrauter Zweisamkeit mit ihrem Gatten Arthur, einer kargen Lebensweise und einer ungewissen Zukunft geprägt war, entdeckt Suttner nicht nur ihr schriftstellerisches Talent, sondern sie gewinnt durch die Beschäftigung mit Denkern wie Darwin, Haeckel, Spencer und Buckle auch eine Haltung zum Frieden.

Illustration Suttner: diesseits / Midjourney

Über den Zustand des Friedens

Der erste Auszug entstammt ihrem Werk »Inventarium einer Seele«, welches sie zu Beginn der 1880er Jahre begann und das 1883 in Leipzig erschien. Hierbei handelt es sich um »Betrachtungen und Bekenntnisse einer Seele«, wie Suttner im Vorwort zur vierten Auflage des Werkes 1904 schreibt – wobei ihr wichtig ist, dass »eine Seele« nicht mit »meiner Seele« verwechselt wird: Denn die Verfasserin und die sprechende Figur sollen keine Gleichsetzung erfahren, um nicht der Unterstellung zu verfallen, es mangele dem Buch an »Wahrhaftigkeit«.

Die Inventarisierung des geistigen Besitzstandes erstreckt sich über 30 Kapitel und folgt der Choreografie eines Menschenlebens. Im zehnten Kapitel geht es um Abrüstung und »die Idee des Weltfriedens«. Im folgenden Auszug klingt nicht nur Berthas unumstößlicher Fortschrittsoptimismus durch, sondern auch ihre geradezu naturwissenschaftliche Überzeugung, dass der Frieden sich aus den Gegebenheiten ableiten ließe, wozu sie auch immer wieder auf ihren geistigen Ziehvater Henry Thomas Buckle und seiner »History of Civilization in England« von 1857 verweist.

Der Frieden ist ein Zustand, welcher aus dem Fortgange der Kultur notwendig sich ergeben muß. Zwar sind wir noch lange nicht an diesem Punkte angelangt und daher der experimentale Beweis etwas erschwert. Aber sobald der Beweis für eine eingeschlagene Richtung gefunden ist, so ist damit auch schon der Zielpunkt angegeben, denn wir müssen doch das Gesetz anerkennen, nach welchem eine sich vorwärts bewegende Strömung nicht leicht innehalten und noch weniger umkehren kann. Daß sich der Kriegsgeist im Laufe der Jahrhunderte fortwährend vermindert hat, ist eine historische Thatsache, daß eine fortwährende Verminderung endlich zu infinitesimalen Bruchteilen, die wir mit Null ausdrücken, führen wird, ist eine mathematische Gewißheit. It is a safe world.

Aber die Kulturformationen schichten sich mit derselben erhabenen und unermüdlichen Langsamkeit, mit welcher sich die Gebirge durch sedimentäre Ablagerungen aus den Wassern erheben. Zum geologischen Studium genügt kein Alpenspaziergang und zur Beurteilung geschichtlicher Gesetze genügt kein Durchblättern zeitgenössischer Parlamentsberichte. Die Natur arbeitet in großen Zügen und dabei mit so kleinen Werkzeugen, daß wir, um ihre Arbeiten zu erkennen, ganz von den Raum- und Zeitverhältnissen absehen müssen, die für unsern Wirkungskreis maßgebend sind. Die unendlich kleinen Ursachen entziehen sich unsern groben Sinnen, und die unendlich großen Wirkungen liegen außerhalb unserer kurzen Erfahrungen. Wir haben erst lernen müssen, unser Gesicht durch Instrumente zu schärfen, bis wir entdecken konnten, aus welchen mikroskopischen Bestandteilen die Riesenbauten der Erde aufgeführt, und um die Resultate jener Anhäufungswerke zu beurteilen, haben wir von der Spanne unserer persönlichen Erfahrungszeit absehen müssen und gedachte Epochen zu Hilfe nehmen, die nach Jahrmillionen zählen.

Ebenso müssen wir auch – und das ist der Geist der modernen Geschichtsforschung – trachten, die geistigmikroskopischen Faktoren aufzufinden, welche in ihren unzählbaren Anhäufungen kulturhistorische Zustände bilden, und möglichst große Epochen ins Auge fassen, wenn wir den Lauf der Menschengeschichte betrachten wollen.

Auf die Frage angewendet, die mich gegenwärtig beschäftigt (das Prinzip des Friedens nämlich – Abschweifungen würden mich zu weit führen) findet die Theorie der unendlich kleinen Faktoren auch ihre Bestätigung. Dem unbewaffneten geistigen Auge müßte es nämlich scheinen, als ob der Geist des Friedens zu seiner Kräftigung und Verbreitung diejenigen Prinzipien und Gefühle gebrauchte, welche seine Wesenheit kennzeichnen, nämlich: Menschenliebe, Gerechtigkeit, Sanftmut, Mitleid u. dgl.; aber die Erfahrung zeigt, daß ganz andere, mit den Interessen des Friedens scheinbar unzusammenhängende Motive – wie das von Buckle angeführte Beispiel von der Entdeckung des Schießpulvers – diese Interessen gerade am meisten fördern. So steht auch zu hoffen, daß einst die Erfindung von immer gewaltigeren Zerstörungsmaschinen, welche endlich im stande wären, mittelst eines – was weiß ich – elektrisch-dynamischen oder magnetisch-explosiblen Apparats ganze Armeen auf einmal zu vernichten, dadurch die ganze Strategik aufheben und das Kriegführen überhaupt zur Unmöglichkeit machen werde.

Aus: Bertha von Suttner (1904): Inventarium einer Seele, 4. Auflage, Wien, S. 107–109.

Buchtitel: Wikimedia Commons / E. Pierson's Verlag (PD)

Über das internationale Schiedsgericht und seine Friedensrolle

Der zweite hier vorliegende Auszug stammt aus dem *Maschinenzeitalter*, das in der ersten Auflage noch *Maschinenalter* hieß und anonym erschien. Das Buch trug den Untertitel »Zukunftsvorlesungen über unsere Zeit«, was darauf rekurriert, dass die neun Vorlesungen, um die sich das Buch dreht, in die Zukunft verlegt wurden, um so deutlich über die Rückständigkeit der Jahre 1885/1886 berichten zu können – also die Jahre, in denen das Buch verfasst wurde.

Der Fortschrittsglaube und das »Humanitätsprinzip«, wie Suttner es nennt, bekommen in den Vorlesungen nun konkrete Konturen, indem einer konservativen, monarchischen, nationalistischen, glaubensverhafteten und vor allem kriegsdurstigen Gegenwart ein Gegenkonzept aufgezeigt wird, das mit Zukunftsoptimismus und liberal-demokratischer Überzeugung zur friedlichen Weiterentwicklung des Menschen aufruft – und den Zweiflern hierzu eine deutliche Abfuhr erteilt.

Der folgende Auszug entstammt der letzten Vorlesung, die den Titel »Blicke in die Zukunft« trägt. Die bemerkenswerte Vehemenz und Entschlossenheit, mit der Suttner ihre Gedanken vorträgt, sind auch heute noch eine vorbildliche Übung, wie man einen praktizierten Humanismus einfordern kann und verteidigen sollte.

Nur wer im Herzen die Beibehaltung der Barbarei wünschte, wer mit seinem »Si vis pacem« gleißnerisch log, der konnte sich gegen die leichte Ausführbarkeit des sichergestellten, dauernden Völkerfriedens verschließen. Mit zwei Worten: An Stelle der Gewalt das Recht – das heißt: an Stelle der nationalen Selbstjustiz das internationale Schiedsgericht. Ich will das Programm der Vereine vorlegen, die sich der Erreichung dieses Zieles widmeten. Sie werden natürlich nicht den Irrtum teilen, in welchen die Zeitgenossen solchen Bestrebungen gegenüber zumeist verfielen, indem sie glaubten, die paar Schwärmer hätten sich zusammengethan, um selber als Schiedsrichter über alle Streitigkeiten der Völker sich einzusetzen, um durch ihr persönliches Zureden sämtliche Regierungen zur Entwaffnung zu bewegen. Das wäre freilich eine lächerliche Anmaßung gewesen, und da man dieselbe den Friedensbündlern zumutete, so zuckte man zu ihren Vorschlägen mitleidig mit den Achseln und wollte davon nichts hören. »Phantastische, eitle Träume,« hieß es da, »Humanitätsdusel,« »Sittlich ja recht hochstehende, aber praktisch undurchführbare fromme Wünsche« und was dergleichen geringschätzige Bezeichnungen mehr sind, wie dieselben seit jeher einer großen, weltumwandelnden Bewegung von Seiten der blinden Menge gespendet wurden. Wie haben wohl einst die Römer achselzuckend auf das Treiben der zwölf jüdischen Männer geblickt, welche ihres Meisters von Nazareth Lehren zu verbreiten suchten? Wenn wir heute solche geschichtliche Beispiele anführen, so können wir neben den zwölf Aposteln auch u. A. die Gründer der im Maschinenalter entstandenen Liga des Friedens heranziehen. Zuerst schlossen sich ihnen nur einige Hunderte an – dann konnten Tausende folgen, dann Millionen und der Grundgedanke war zum Siege gelangt.

Im Anfang ging die Anschließung freilich nur langsam von statten, nicht, weil es an Gleichdenkenden fehlte, sondern weil diese von der Existenz der Vereinigung nichts wußten. Die großen politischen Blätter, vielfach im Sold oder doch in moralischer Abhängigkeit der jeweilig auf der Kriegsordnung ruhenden Staatsgewalten, konnten oder wollten von der Bewegung keine Notiz nehmen; und so blieben Massen von Gesinnungsgenossen in Unkenntnis darüber, daß ein Kern bereits gebildet war, der durch ihren Anschluß zu überwältigender Größe hätte anwachsen können. Die Einzelnen, welche eine der offiziellen Meinung entgegengesetzte Meinung hegen, glauben immer, daß sie die Einzigen seien. Wenn nur alle gegenseitig sich kennten, sich zählten – so würde oft zu Aller Staunen sich herausstellen, daß die offizielle sogenannte »allgemeine« Meinung eigentlich nur mehr von Vereinzelten gehegt wird, und daß die gegenteilige Meinung thatsächlich schon lang die wirklich allgemeine war. Hätte zu jener Zeit, wo doch ganz Europa in Waffen starrte, wo jeder Mann Soldat war, wo keiner sein Leben sein eigen nennen durfte, wo alles Geld in die Kriegskassen, alle Jugendkraft auf die Übungsplätze floß, hätte da eine Volksabstimmung stattgefunden, es wäre nur Ein Ruf »von Fels zu Meer« erschallt, der Ruf: Friede. Die paar Revanche-Schreier und Chauvinisten, welche zugleich ihre Stimmen abgegeben hätten, wären mächtig übertönt worden. So aber schrieen eben nur diese so laut sie konnten und ihre aufdringlichen Kundgebungen wurden von der Presse ausposaunt, während die anderen, welche da glaubten, Unerreichbares zu wünschen und mit ihren Wünschen vereinzelt zu sein, schüchtern stille schwiegen.

Aus: Bertha von Suttner (1889): Das Maschinenzeitalter, Zürich, S. 278–280.

Vom alltäglichen Kampf um Freiheit im Iran

Erfahrungsbericht einer mutigen Frau

Dieser Bericht der Iranerin Nasim*, basierend auf ihren detaillierten Tagebuchaufzeichnungen, zeigt das erschreckende Ausmaß von systematischer Überwachung und Verfolgung, patriarchaler Strukturen und sexualisierter Gewalt. Zum Schutz ihrer Person und ihrer Familie werden keine weiteren Angaben zur Identität der Autorin* gemacht.

** Symbolbild: Die Autorin ist hier nicht abgebildet.*

Mein Name ist Nasim. Ich bin 32 Jahre alt. Ich bin Iranerin. Mein Alltag als Frau im Iran war ein ständiger Kampf und hat mich verändert.

In den ersten Jahren meines Lebens habe ich kaum Diskriminierung erlebt, weil meine Eltern fürsorglich und verständnisvoll waren. Die Diskriminierung begann, als wir uns in der Öffentlichkeit zeigen wollten.

Meine erste unangenehme Erfahrung machte ich, weil ich ein Mädchen war. Ich war etwa sieben oder acht Jahre alt und spielte mit meinem Vater im Park in unserer Nachbarschaft Federball. Ein Basidschi *(Angehöriger der Paramiliz im Iran, die in der Öffentlichkeit aktiv ist und die islamischen Gesetze durchsetzt, Anm. d. Red.)* kam wütend auf mich zu, schrie mich an und kritisierte meine Kleidung. Ich trug einen Rock. Mein Vater kam dazu. Der Basidschi stritt mit meinem Vater, der ihm sagte, dass sein Verhalten unmenschlich und dass ich noch ein Kind sei. Der Mann ging weg, mein Vater nahm mich auf den Arm und wir verließen den Park.

Foto Iranerin: Pexels / 7816737 / Cottonbro Studio

Schule

Eine weitere unangenehme Erfahrung war das Tragen des Hijabs und der dunklen Stoffuniform am ersten Schultag. Wir mussten den Hijab tragen, sonst durften wir nicht in die Schule. Die anderen Mädchen und ich, auch viele aus religiösen Familien, haben erst mit 14 oder 15 Jahren angefangen, den Hijab auch außerhalb der Schule zu tragen. Wir legten das Kopftuch ab, bis wir keine Kinder mehr waren und uns ohne Kopftuch nicht mehr sicher genug fühlten. Die Schule war zunächst der einzige Ort, an dem wir uns mit diesen seltsamen Dingen auseinandersetzen mussten. Die wenigen Schülerinnen, die einen religiösen Hintergrund hatten, mussten sich auch zu Hause damit befassen. Wir wussten damals nicht, wie gefährlich es sein konnte, keinen Hijab zu tragen, und welche Konsequenzen das haben konnte.

»Unangemessene« Hijabs

Die iranische Verfassung erlaubt die »Interpretation des Islams«, was es den religiösen Autoritäten leicht macht, in ihrem eigenen Interesse strenge und unmenschliche Regeln für die Bürgerinnen und Bürger aufzustellen. Als ich zum ersten Mal von der »Polizei« verhaftet wurde, war ich 13 Jahre alt. Ich war mit meiner Cousine verabredet, wir wollten in ein Einkaufszentrum gehen. Als wir uns trafen, hielt ein Polizeiauto an und ein Polizist sagte zu mir: »Dein Kopftuch ist dünn und bedeckt deine Ohren nicht.« Ich verstand nicht, was er meinte. Dann kritisierte er die Frisur meiner Cousine. Wir waren beide still und schockiert. Damals wussten wir noch nicht, dass es eine Polizei gibt, die Frauen wegen ihrer Kleidung verhaften kann. Er sagte, wir sollten ins Auto steigen. Wohin er fuhr, wollte er uns nicht sagen. Ich geriet in Panik. Als wir bei der Polizeistation ankamen, kam eine junge Frau in IRGC-Uniform *(Islamic Revolutionary Guard Corps, die Iranische Revolutionsgarde, Anm. d. Red.)* und Tschador auf uns zu und fragte: »Wie alt seid ihr? Wer hat euch hergebracht und was macht ihr hier?« Als wir ihr sagten, dass wir dort seien, weil die Polizei uns wegen des Hijabs festgenommen hatte, sagte sie uns, wir sollten ein Formular ausfüllen und unsere Eltern anrufen, damit sie uns abholten.

> »Als ich zum ersten Mal von der ›Polizei‹ verhaftet wurde, war ich 13 Jahre alt.«

Als ich das nächste Mal verhaftet wurde, war ich 16 Jahre alt. Sie brachten mich für eine Stunde in einen kleinen Warteraum. Als meine Mutter kam, sagte sie ihnen, dass ihr Verhalten illegal und unmenschlich sei und dass ich noch ein Kind sei. »Wie können Sie das einem Mädchen antun und ein Kind wegen seiner Frisur verhaften? Haben Sie keine Mütter, Töchter oder Schwestern?« Ein Mann drohte meiner Mutter und sagte: »Wenn du deine Tochter zurückwillst, dann sei still und warte.« Sie verstummte. Ich musste in ein Zimmer gehen, in dem der »Richter« saß. Ich erzählte ihm, was mir passiert war. Dann sagte er zu dem Polizisten: »Lass sie gehen.« Aber der Polizist hielt mich noch einige Stunden fest. Als sie mich dann freiließen, drohten sie, dass sie dies und jenes tun würden, wenn es noch einmal passieren würde.

Diese Verhaftungen wegen des Hijabs wiederholten sich in den nächsten Jahren noch drei oder vier Mal. Jedes Mal wurde ich für einige Stunden auf der Polizeiwache festgehalten und dann wieder freigelassen. In all diesen Fällen trug ich ein Kopftuch.

Autofahrten

Ein anderes Erlebnis hatte ich mit einer Freundin auf der Heimfahrt von der Bibliothek. Ich war ungefähr 17, meine Freundin 18. Plötzlich überholte uns mitten auf der Straße ein Polizeiauto. Meine Freundin musste anhalten. Wir sahen uns beide schockiert an. Ein Polizist forderte mich auf, auszusteigen. Er setzte sich neben meine Freundin auf den Vordersitz, ich setzte mich auf den Rücksitz. Dann sagte er in einem Befehlston, sie solle in die Richtung fahren, die er ihr vorgab. Wir fragten: »Was ist passiert? Was ist das Problem?« Aber wir bekamen keine Antwort. Nach fünf Minuten Fahrt sollte sie neben einem großen Baum anhalten, der uns vor Blicken versteckte. Wieder sollte ich aussteigen.

»Die politische Atmosphäre im Iran war so überwältigend und enttäuschend, dass ich irgendwann aufhörte, über politische und religiöse Dinge zu sprechen.«

Nachdem der Polizist die Papiere meiner Freundin überprüft hatte, kritisierte er ihren Hijab als »unangemessen«.

Ich konnte sehen, wie er seine linke Hand auf den Oberschenkel meiner Freundin legte und sehr nahe an ihren Intimbereich führte. Als ich das sah, ging ich näher an sein Fenster, damit er wusste, dass ich sah, was er tat. Dann hörte und sah ich, wie meine Freundin seine Hände wegzog und zu ihm sagte: »Bitte tun Sie das nicht. Sind Sie Muslim? Ihre Religion verbietet es, den Intimbereich einer Frau zu berühren.« Der Mann sagte meiner Freundin, sie solle ihm ihre Nummer geben, dann stieg er aus dem Auto. Die Hände meiner Freundin zitterten immer noch vor Angst und sie konnte nicht weiterfahren. Sie fing an zu weinen. Ich war wütend und schockiert und wusste nicht, was ich tun sollte. Nach diesem Tag rief er sie mehrmals an und drohte ihr, Ärger zu machen, wenn sie ihn nicht treffen wollte.

Ein anderes Mal fuhr ich von einer Geburtstagsfeier in einem Dorf in der Nähe meiner Stadt nach Hause. Unterwegs stoppte ein Polizist mein Auto an einem Kontrollpunkt, überprüfte meinen Führerschein und meine Papiere und fragte: »Woher kommst du?« »Von einer Geburtstagsfeier«, antwortete ich. Dann musterte er mich von Kopf bis Fuß und lud mich zu sich auf einen Tee ein. Als ich ablehnte, wurde er wütend und drohte mir, das Auto zu beschlagnahmen. Damals wusste ich noch nicht, dass er das laut Gesetz gar nicht durfte. Ich war verwirrt und hatte Angst. Ich nahm mein Handy und sagte ihm, dass ich die Polizei rufe, wenn er so weitermacht. Das war alles, was mir in dem Moment einfiel. Darauf lächelte er und sagte: »Geh.«

Im Café

Im Jahr 2015 wurde eine Freundin von mir mit ihrem Neugeborenen auf dem Arm verhaftet, als sie mit anderen Frauen in einem Café saß. Ein Polizeiwagen kam und verhaftete viele Frauen im Café, weil sie einen »unangemessenen« Hijab trugen. Meine Freundin rief ihren Mann an, um das Fläschchen für ihr Neugeborenes zur Polizeistation zu bringen.

Diese Situation war fast alltäglich: Die Polizei besuchte wahllos Cafés und Restaurants, die für Mädchen und auch für Jungen die einzigen Orte sind, an denen sie sich treffen und Kontakte knüpfen können. Jugendliche wurden wegen ihres Hijabs verhaftet oder weil sie feierten, Alkohol tranken oder einfach anders dachten und sich in einer Weise kleideten, die für die Polizei und die Geistlichen »unangemessen« ist.

Kleriker und Machthaber erlauben sich ihre eigene Interpretation des Islams und nehmen dies als Vorwand, um Bürgerinnen und Bürger willkürlich zu verhaften (und in den meisten Fällen von ihnen Geld zu verlangen, wenn sie wieder freigelassen werden wollen).

Systematische Überwachung von Frauen

Die Polizei verstärkte die Überwachung von Frauen immer weiter. Sie benutzte Kameras, um Frauen zu identifizieren, die keinen Hijab trugen, und schickte ihnen dann Drohungen über Textnachrichten. Ich habe zweimal solche Nachrichten erhalten. Einmal war unser Auto vom Parkplatz verschwunden. Nachdem wir nachgeforscht und die Polizei angerufen hatten, um einen Diebstahl zu melden, erfuhren wir, dass die Polizei das Auto wegen eines »unangemessenen« Hijabs beschlagnahmt hatte. Nach ein paar Tagen drohten sie mir, dass ich das nächste Mal vor Gericht müsse, und gaben mir das Auto zurück.

Soziale Medien

Ich wurde mehrfach indirekt mit Vergewaltigung und Folter bedroht, weil ich in den sozialen Medien die Regimetruppen für die Tötung von Jugendlichen und Kindern kritisiert hatte. Die erste Drohung erhielt ich, als ich ein RIP an die Familie von Navid Afkari postete, der 2019 unmittelbar nach den Protesten in Shiraz vom Regime hingerichtet wurde, nur um den Jugendlichen die Botschaft zu senden: »Das ist die Antwort für diejenigen, die gegen die Ideologie des Regimes sind und ihre Meinung äußern.«

Nach meinem Post erhielt ich einen Anruf von jemandem, den ich von einer Gruppenwanderung kannte. Er begann, mich aggressiv für meinen Post zu kritisieren. Ich war überrascht und sagte ihm, er solle aufhören, sich meine sozialen Medien anzuschauen und meine Privatsphäre zu verletzen. Aber er wurde immer aggressiver und drohte: »Du scheinst es nicht verstehen zu wollen. Riskiere nicht dein Leben und das deiner Familie.« Dieser letzte Satz schockierte mich. Danach postete ich nichts mehr.

Ohnehin veröffentlichte ich eigentlich nichts Politisches oder Regierungsfeindliches in den sozialen Medien. Ich hatte die Politik und die Regierung bereits so satt, dass ich keine Kritik mehr hatte. Die politische Atmosphäre im Iran war so überwältigend und enttäuschend, dass ich (wie viele andere) irgendwann aufhörte, über politische und religiöse Dinge zu sprechen, weil diese Diskussionen nirgendwo hinführten – wenn sie nicht in Ignoranz, Verleugnung, Gleichgültigkeit oder Einschüchterung endeten.

Die ersten Wochen der Proteste

In den ersten Wochen der Proteste, als ich allein in der Stadt unterwegs war, wurde ich an öffentlichen Orten wie der U-Bahn und dem Großen Basar immer wieder von Sicherheitskräften wegen meines Hijabs beschimpft. Im ersten Monat der Proteste sah ich zum ersten Mal, wie ein Polizist in dem Park, an den ich so viele Kindheitserinnerungen hatte, Schüsse abfeuerte. Ich schaute mich um, sah aber niemanden, es gab dort keine Proteste. Er schoss nur, um Angst unter den Menschen zu verbreiten.

Ein paar Tage später wartete ich vor einem der bekanntesten und belebtesten Parks auf meine Freundin. Es war einer der Orte, an denen in den ersten Wochen der Proteste immer wieder Demonstrationen stattfanden. Ich sah, wie 15 oder 16 Polizeimotorräder von der Straße auf den Bürgersteig fuhren, wo ein Mädchen auf einer Bank saß und rauchte. Ich stand nur einige Meter von ihr entfernt. Die Leute im Park gingen auf die andere Straßenseite, und die einzigen, die übrig blieben, waren das Mädchen und ich und einige ältere Leute.

Ich begann, mit dem Mädchen zu reden. In weniger als 30 Sekunden kamen sie, alle von Kopf bis Fuß bewaffnet, einige mit vermummten Gesichtern. Einer der Männer fragte uns, warum wir den Bürgersteig nicht verlassen hatten. Ich sagte: »Das sind die Straßen unserer Stadt. Wir gehen immer spazieren und sitzen hier und genießen den Park. Warum fahren Sie mit Motorrädern und Waffen auf dem Bürgersteig?« Der Mann antwortete: »Setz dich woanders hin«, dann beugte er sich zu dem Mädchen hinunter und fragte leise, ganz nah an ihrem Gesicht: »Hast du eine Zigarette?« Sie drehte sich weg und antwortete »Nein.« Darauf sagte er sarkastisch: »Wenn wir zurückkommen, wollen wir dich nicht mehr auf den Straßen deiner Stadt sehen.«

Nachdem Nasim den Iran verlassen hat, um ihre Ausbildung in Europa fortzusetzen, beschließt sie, wegen des Kriegs des Regimes gegen die eigene Bevölkerung, nicht mehr dorthin zurückzukehren.

Die Übersetzung des Berichts aus dem Englischen stammt von Birger Hoyer.

Damals und heute: Studentinnen der Universität Teheran im Jahr 1971 mit modischer Kleidung und Miniröcken. Die Stellung der Frau verbesserte sich im traditionell patriarchalisch geprägten Iran in den 1960ern: Iranerinnen erhielten das Wahlrecht, Schwangerschaftsabbrüche wurden erlaubt und das Scheidungsrecht reformiert und säkularisiert. Seit der Islamischen Revolution (1979) sind die Frauenrechte erneut stark eingeschränkt, Iranerinnen erleben in allen Bereichen des Lebens Diskriminierung.

Foto Studierende: Wikimedia Commons / dailymail.co.uk (PD)

Friedensarbeit – Arbeit am Frieden

Wie wir durch Zivile Konfliktbearbeitung unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

Ein Gastbeitrag von Piet van Riesenbeck

Gewaltfreie Konflikttransformation ist nicht nur im Ausland wichtig, sondern auch auf kommunaler Ebene in Deutschland. Wenn zivilgesellschaftliche Akteure einbezogen werden, kann der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt und nachhaltiger Frieden geschaffen werden. Das zeigt ein Projekt der Friedensorganisation forumZFD in Hildesheim. Ein Erfahrungsbericht.

Foto Friedensarbeit: forumZFD

Die Ayasofya-Moschee in der Hildesheimer Nordstadt: Noch vor wenigen Jahren parkten oft Polizeiwagen vor der Tür. Beamte kontrollierten die Besucher*innen unter den argwöhnischen Blicken der Nachbar*innen. Aus heutiger Sicht sind die Veränderungen im Viertel ein Musterbeispiel für gelungene Konfliktbearbeitung. Sie machen deutlich, wie viel Geduld und Feingefühl nachhaltige Friedensarbeit braucht. Und wie wertvoll sie ist.

Aber von Anfang an: Am 27. Juli 2016 erstürmen SEK-Beamte die Moschee des Deutschsprachigen Islamkreises (DIK) zwei Straßen nördlich der Ayasofya. Sie durchsuchen Räume und sichern Beweise. Scheiben gehen zu Bruch. Rund um den Imam Ahmad A., genannt »Abu Walaa«, hat sich, so formuliert es der damalige niedersächsische Innenminister Boris Pistorius, »ein bundesweiter Hotspot der radikalen Salafistenszene« entwickelt. Abu Walaa wird später zu einer langen Gefängnisstrafe verurteilt, die DIK-Moschee geschlossen.

Was zurückbleibt, ist ein Riss: Mitglieder der Gemeinde und der gesamten muslimischen Community sehen sich einem Generalverdacht ausgesetzt. Menschen, die sich jahrelang um Integration und interkulturelles Zusammenleben verdient gemacht haben, fürchten um ihren Ruf und ihr Lebenswerk. Die Polizei hat das staatliche Gewaltmonopol umgesetzt und ein Sicherheitsrisiko beseitigt. Aber hat sie auch Frieden geschaffen?

Die Zivilgesellschaft als Friedensakteur

Zusammenleben braucht in solchen Fällen mehr, als die juristischen und polizeilichen Mittel des Staates zu leisten vermögen. Hier liegt das Wirkungsfeld der Zivilen Konfliktbearbeitung. Das Wort »zivil« markiert in diesem Zusammenhang eine doppelte Abgrenzung: nicht militärisch. Nicht staatlich. Ihr Ziel ist es, Alternativen zu den konventionellen Maßnahmen im Umgang mit Konflikten zu etablieren.

Die Wurzeln der Zivilen Konfliktbearbeitung liegen in den 1990er Jahren. Auf der politischen Weltbühne dominiert damals (wie heute) eine ganz andere Sprache: Die UN schicken militärische Friedenstruppen um den halben Globus. Auf dem Balkan tobt ein Krieg in unmittelbarer Umgebung Deutschlands. In dieser Situation ist es ausgerechnet die erste rot-grüne Bundesregierung, die erstmals seit 1945 deutsche Soldaten in einen Kampfeinsatz schickt – ein Tiefschlag für die Idee der gewaltfreien Konflikttransformation. Und zugleich ein Wendepunkt.

1998 ruft die Bundesregierung den Zivilen Friedensdienst ins Leben. Ein Programm für Gewaltprävention und Friedensförderung in Konfliktgebieten, durchgeführt von neun Trägerorganisationen. Eine ist das Forum Ziviler Friedensdienst (forumZFD). Angetrieben von der Überzeugung, dass nachhaltiger Frieden nur im Dialog verschiedener Akteure gelingen kann, beginnt das forumZFD 1999 die Projektarbeit im ehemaligen Jugoslawien sowie in Israel und Palästina. Inzwischen führt die Organisation Friedensprogramme in 13 Ländern durch.

Externe Impulse, lokale Entscheidungen

Auch in Deutschland ist das forumZFD aktiv. Auch hierzulande begegnen die Menschen sich schließlich längst nicht immer reibungsfrei und es gibt Konflikte auf verschiedenen Ebenen der Gesellschaft. Mit der Kommunalen Konfliktberatung (KKB) unterstützt das forumZFD seit 2009 Kommunen in Deutschland dabei, Spannungen und Konflikte gewaltfrei und konstruktiv zu bearbeiten und nachhaltig konfliktsensible Strukturen aufzubauen. Der Ansatz begreift die Kommune als komplexes System aus Beziehungen und Funktionen. Es ist ständig in Bewegung. Konflikte sind darin ein selbstverständlicher Teil – manchmal eskalieren sie.

forumZFD

Das forumZFD mit Sitz in Köln ist eine weltweit aktive Friedensorganisation. Es unterhält Programme u.a. in der Ukraine, auf dem westlichen Balkan, in Irak, Libanon, Jordanien, Israel und Palästina und in Deutschland.
An der Akademie für Konflikttransformation des forumZFD wurden bislang mehr als 700 Friedensfachkräfte ausgebildet, die in mehr als 70 Ländern weltweit tätig sind.
Mehr unter forumzfd.de

»Da hat es auch mal ganz schön geknirscht. Gerade am Anfang war die Atmosphäre sehr spannungsgeladen.«

In der Hildesheimer Nordstadt ist das kommunale System durch den Wirbel um die DIK-Moschee unter Spannung geraten. Etwa drei Jahre später wird eine Mitarbeiterin eines lokalen Vereins auf das Angebot des forumZFD aufmerksam. Mit Vertreter*innen der Stadt einigt man sich schließlich auf ein Beratungsmandat. Ein Duo aus erfahrenen Konflikt-Expert*innen macht sich auf den Weg nach Hildesheim.

Diese treten als externe Berater*innen allparteilich auf: Sie nehmen verschiedene Perspektiven ein und versuchen so, den Beteiligten selbst einen Perspektivwechsel zu ermöglichen. Einer ihrer ersten Schritte ist die Einberufung einer sogenannten Lenkungsrunde. Sie gibt die Richtung für den Beratungsprozess vor und übernimmt Verantwortung für die zu treffenden Entscheidungen. Üblicherweise ist das ein kleiner Kreis aus Schlüsselpersonen z. B. aus Verwaltung, Polizei und der Zivilgesellschaft. Nach Möglichkeit werden im Prozess weitere Akteure der Stadtgesellschaft aktiviert und involviert.

Wichtig ist dabei auch, die Stimmen hörbar zu machen, die bisher untergegangen sind. In Hildesheim war es deshalb ein zentrales Anliegen, Mitglieder der muslimischen Community mit an den Tisch zu holen. »Da hat es auch mal ganz schön geknirscht«, berichtet Gregor Maaß, einer der beiden Berater*innen in dem Prozess. »Gerade am Anfang war die Atmosphäre sehr spannungsgeladen.« In dieser Phase gehe es vor allem darum, unterschiedliche Sichtweisen zuzulassen und das Gespräch trotz aller Differenzen fortzusetzen. Nach und nach wächst das Vertrauen.

Offener miteinander sprechen

Wenn sich ein vertrauensvolles Miteinander etabliert und die Lenkungsrunde sich einen Überblick über die Konfliktsituation verschafft hat, können die Beteiligten beginnen, konkrete Handlungsoptionen zu erarbeiten, die in Richtung eines friedlicheren Zusammenlebens wirken. »Es geht nicht nur darum, Probleme effizienter zu lösen, sondern um die Veränderung der Gesellschaft, die Steigerung ihrer Konfliktkompetenz«, erklärt der Augsburger Konfliktforscher Christoph Weller, der den Ansatz seit einigen Jahren intensiv untersucht.

Aus den Gesprächen in Hildesheim gehen schließlich zwölf Handlungsfelder hervor. Die Ideen reichen von langfristigen Vorhaben wie einer diverseren Personalaufstellung in der sozialen Arbeit über die Nachnutzung der ehemaligen Moschee-Räume bis hin zu konkreten Dialogformaten. »Eines der Beratungsziele war, dass wir viel offener miteinander sprechen«, berichtet der Hildesheimer Sozialdezernent Malte Spitzer, der aufseiten der Stadt für den Prozess verantwortlich ist. »Das war lange Zeit nicht Alltag. Wir arbeiten jeden Tag daran, dass diese Praxis ein Stück weit normaler wird.« Er ist überzeugt, dass jede Kommune gut daran täte, sich offensiv mit Konfliktbearbeitung auseinanderzusetzen – auch, wenn ein solcher Prozess oft Jahre in Anspruch nimmt.

»Zivile Konfliktarbeit ist viel Arbeit«, weiß auch Friedensforscher Weller. »Aber eben Arbeit am Frieden!« Und die ist heute so wichtig wie selten zuvor: Klimawandel und Migration, Digitalisierung und demographischer Wandel stellen unsere Gesellschaften derzeit in einem rasanten Tempo vor immer neue Herausforderungen. Sie haben ihren Ursprung in globalen Zusammenhängen und sind dennoch in erster Linie im Lokalen spürbar. Sie berühren die Menschen vor Ort, nehmen Einfluss auf ihre Erwartungen, Bedürfnisse und Interessen und stellen bestehende soziale Strukturen auf die Probe. Dabei entstehen stetig neue Konflikte. Diese konstruktiv auszuhandeln und gewaltfrei zu bearbeiten, wird zur zentralen Herausforderung für eine lebendige und starke Demokratie – die Grundvoraussetzung für ein friedliches Miteinander.

Piet van Riesenbeck (*1991) studierte Geschichte und Geografie in Heidelberg und Berlin. Im Anschluss absolvierte er ein redaktionelles Volontariat beim DuMont-Verlag in Köln. Seit Frühjahr 2023 arbeitet er als Koordinator Öffentlichkeit für das forumZFD.

Foto Riesenbeck: forumZFD

Anzeige

Humanistische Akademie
BERLIN-BRANDENBURG

13. Oktober 2023, 9:30–21:00 Uhr
Nachbarschaftshaus Urbanstraße
Berlin, Urbanstr. 21

Waffen nieder oder Waffen liefern?
Pazifismus gestern und heute

Eine Tagung zum 180. Geburtstag von Bertha von Suttner

Mit Prof. Dr. Olaf Müller,
Dr. Julia Lis (tbc),
Prof. Dr. Johann Georg Lughofer,
Prof. Dr. Ursula Schröder (tbc),
Dr. Heiner Thurm u. a.

Seit über einem Jahr ist wieder Krieg in Europa: Russland hat die Ukraine überfallen. Der Geburtstag der Friedensnobelpreisträgerin, Humanistin und Schriftstellerin Bertha von Suttner (1843–1914) jährt sich in diesem Jahr zum 180. Mal. Wir nehmen beides zusammen zum Anlass für eine friedenspolitische Tagung. Bertha von Suttners Antikriegsroman »Die Waffen nieder!« (1889) wurde weltweit gelesen und markierte den Beginn ihres umfangreichen Wirkens gegen Militarismus, Nationalismus, Antisemitismus und die Allianz von Militär und Kirche. Historisch wollen wir nachvollziehen, wie es ihr gelang, vor dem 1. Weltkrieg ein internationales, pazifistisches und feministisches Netzwerk aufzubauen. In aktueller Perspektive untersuchen wir, welche Relevanz Suttners Friedensideen und gesellschaftliche Utopien für aktuelle Konfliktlagen haben. Für humanistische Organisationen ist die Pazifismusfrage ein Kernbestand der eigenen Identität. Die Tagung bietet ein Forum, die damit verbundenen Kontroversen religions- und weltanschauungsübergreifend mit der Berliner Öffentlichkeit zu diskutieren.

Kultureller Höhepunkt am Abend: Um 19:30 Uhr wird der Stummfilm »Die Waffen nieder!« von 1914 nach dem gleichnamigen Roman von Bertha von Suttner gezeigt, mit einer Live-Filmmusik des Duos Veronika Otto & Aisha Otto (Cello, Gesang und mehr).

Anmeldung unter:
info@humanistische-akademie-bb.de

Veranstalter: Humanistische Akademie Berlin-Brandenburg
humanistische-akademie-bb.de

bpb: Anerkannter Bildungsträger

Diese Veranstaltung findet im Rahmen des Dialogs der Weltanschauungen 2023 statt, in Kooperation mit dem Humanistischen Verband Berlin-Brandenburg, den Evolutionären Humanisten Berlin-Brandenburg, dem Säkularen Humanismus an Berliner Hochschulen und der Säkularen Flüchtlingshilfe Berlin. Gefördert von der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

HVD Humanistischer Verband Deutschlands | Berlin-Brandenburg
ehbb EVOLUTIONÄRE HUMANISTEN Berlin-Brandenburg e.V.
ARR
Säkularer Humanismus an Berliner Hochschulen
BERLIN Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
IBKA

Junge Stimmen
Wie weit darf ziviler Ungehorsam gehen?

Säen die Protestaktionen der Klimaschutzbewegung gesellschaftlichen Unfrieden? Oder sind die angewendeten Mittel der Letzten Generation, von Extinction Rebellion oder den Aktivist*innen um #LützerathLebt gerechtfertigt angesichts der Untätigkeit der politischen Entscheidungsträger*innen? Immerhin sind die Klimaschutzziele gesetzlich verankert – und auch das Bundesverfassungsgericht hatte klar festgestellt: Es gibt ein Recht auf Zukunft.

Doch um die Erreichung der Klimaziele und die Sicherung der Freiheitsrechte der nachfolgenden Generationen ist es weiterhin nicht allzu gut bestellt. Ist ziviler Ungehorsam also gar ein Gewinn für die Demokratie? Oder handelt es sich bei den »Klimaklebern« doch um »kriminelle Vereinigungen«? Wo liegen die Grenzen? Wir haben uns unter Jungen Humanist*innen umgehört. Das Meinungsbild ist ziemlich eindeutig. (Und sollte den älteren Semestern unter uns zu denken geben.)

Foto Museum: Unsplash p5ncQVrH5Ic Bernard Hermant / Montage: diesseits

Martha (23):

»Ich halte zivilen Ungehorsam für sehr wichtig. In unserer schnelllebigen Zeit braucht es Protestformen, die unangenehm sind und Eindruck hinterlassen, um auf wichtige Themen aufmerksam zu machen. Wie weit dieser Protest gehen darf, ist eine schwierige Frage. Wie die Geschichte beweist, ist sie zu oft erst im Rückblick gut zu beantworten. Ich für meinen Teil bin der Meinung, dass die Protestform nicht aktiv die körperliche Unversehrtheit Unbeteiligter gefährden sollte. Ein Stau tut dies nicht, zumal das Bilden von Rettungsgassen erklärtermaßen von den Aktivisten ermöglicht und unterstützt wird. Eine blockierte Kreuzung, eine beschmierte Scheibe vor einem Gemälde oder das Besetzen eines Dorfs wie Lützerath, das sind, denke ich, verhältnismäßig zum Problem der Klimakatastrophe noch vergleichsweise harmlose Aktionsformen. Ich möchte am Ende guten Gewissens sagen können, alles mir Mögliche getan zu haben und stehe hinter den Aktivisten aus *#LützerathLebt* und denen der *Letzten Generation*!«

Aaron (29):

»Ziviler Ungehorsam wird dann notwendig, wenn der Staat durch seine Handlungen mit der allgemeinen universalistischen Moral bricht. Im Falle der Klimadebatte bricht der deutsche Staat aber nicht nur mit der universalistischen Moralvorstellung, sondern auch mit seinen eigenen Versprechen und seinen eigenen Gesetzen. Die Klimaziele aus dem Pariser Abkommen werden sehenden Auges und auf Kosten kommender Generationen ignoriert. Ich habe insofern vollstes Verständnis für jede Person, die sich bei der *Letzten Generation* o.ä. engagiert. Der Bewegung eine Radikalisierung zu attestieren und sie gar mit Terrororganisationen gleichzusetzen, ist lächerlich und zeigt mir wie weit der Diskurs in den letzten Jahren nach rechts verschoben wurde. Aber leider scheint die *Letzte Generation* die neoliberale Märchenerzählung von der Konsumentenentscheidung zu glauben und verliert dabei m.M.n. die tatsächlichen Wirkmechanismen aus dem Blick. Statt Yachten werden PKWs und statt den Superreichen oder Politikern werden scheinbar wahllos größere Kreuzungen blockiert. Auch Protestaktionen gegen Ölgemälde oder Busse (!) scheinen mir wenig durchdacht und absolut nicht dafür geeignet, die öffentliche Wahrnehmung für die wichtigen und guten Forderungen der Protestbewegung zu gewinnen.«

Richard (25):

»Wie weit darf ziviler Ungehorsam gehen? Seit den Protesten der *Letzten Generation* wird diese Frage immer häufiger und vehementer diskutiert. Angesichts der existenziellen Krise(n), in denen wir uns als Menschheit und als Gesellschaft befinden, kann ich diese Debatten nicht wirklich nachvollziehen. Seit mehreren Jahrzehnten ist das Phänomen Erderwärmung bekannt und verstanden und es hätte genug Möglichkeiten und Wissen gegeben, um das Problem damals schon anzugehen. Passiert ist nichts. Und auch wenn das Thema inzwischen auf der politischen Tagesordnung angekommen ist, passiert immer noch nichts. Selbst die Erkenntnis, dass das gesteckte Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, bereits verfehlt wurde, hat nicht zu einem Umdenken oder Einlenken der politischen Entscheider*innen geführt. Angesichts dieser Tatenlosigkeit ist ziviler Ungehorsam mehr als nur angebracht. Er ist notwendig. Er ist vielleicht sogar zu wenig. Angesichts der Dramatik der Situation sollten die Menschen, die immer noch im fossilen Zeitalter festhängen und sich über die Aktionen von Klimaaktivist*innen echauffieren, sich freuen, dass Aktivist*innen (junge Menschen, die ganz existenzielle Ängste um ihre Zukunft haben) nur die Straßen blockieren und nicht anfangen, Autos reihenweise fahruntüchtig zu machen. Denn jede Autofahrt raubt uns ein kleines Stück mehr unsere Zukunft – und Alternativen zum Auto gibt es genug.«

Sarah (23):

»Ziviler Ungehorsam kann ein legitimes Mittel sein, um auf gesellschaftliche Missstände aufmerksam zu machen und Veränderungen herbeizuführen. Viele bedeutende soziale Fortschritte wurden durch zivilen Ungehorsam erreicht, wie zum Beispiel die Bürgerrechtsbewegung in den USA.

Einige Aktivist*innen glauben, dass ziviler Ungehorsam eine effektive Methode ist, um auf gesellschaftliche Probleme aufmerksam zu machen und Veränderungen herbeizuführen. Jedoch gibt es auch kritische Stimmen, die argumentieren, dass ziviler Ungehorsam Grenzen hat und nicht immer gerechtfertigt ist. Insbesondere wenn es darum geht, das Gesetz zu brechen oder die Rechte anderer zu verletzen, kann dies problematisch sein. Eine Diskussion darüber, ob solche Aktionen moralisch und ethisch vertretbar sind, ist wichtig.

Es ist wichtig, dass (junge) Menschen, die sich für gesellschaftliche Veränderungen einsetzen, sich bewusst sind, dass ihre Aktionen Auswirkungen haben können, nicht nur auf die Sache, für die sie kämpfen, sondern auch auf die Gesellschaft als Ganzes. Sie sollten daher ihre Aktionen sorgfältig abwägen und sich bewusst sein, dass nicht jede Form des zivilen Ungehorsams legitim ist und dass es Grenzen gibt, die nicht überschritten werden dürfen.

Generell kann ziviler Ungehorsam eine starke Waffe sein, um auf gesellschaftliche Probleme aufmerksam zu machen und Veränderungen herbeizuführen. Es ist jedoch wichtig, dass diese mit Vorsicht und Bedacht eingesetzt wird, um ihre Wirksamkeit zu maximieren und gleichzeitig die Sicherheit aller Beteiligten zu gewährleisten.

Bezüglich der Aktionsformen der *Letzten Generation* und ähnlichen Bewegungen ist es wichtig, ihre Ziele und Methoden kritisch zu hinterfragen. Ihre Methoden müssen im Einklang mit dem Rechtsstaat und den demokratischen Werten stehen. Ich finde, dass (junge) Menschen das Recht haben, für ihre Überzeugungen einzustehen und sich für eine bessere Zukunft einzusetzen. Allerdings müssen sie auch die Verantwortung für ihre Handlungen übernehmen und sich innerhalb der Grenzen des Gesetzes bewegen, um ihre Ziele auf friedliche und demokratische Weise zu erreichen.«

Karo (22):

»Ziviler Ungehorsam ist absolut angemessen. Um politisch etwas zu bewegen, gibt es sehr viele verschiedene Aktionsformen und ziviler Ungehorsam ist eine der Schlüsselaktionen. Der Kampf, der sich dahinter verbirgt, ist nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich wichtig.

Wie weit darf es gehen? Es muss richtig weit gehen, so weit wie möglich und nötig. Ziviler Ungehorsam basiert darauf, alle Grenzen zu sprengen. Grenzen von Gesetzen, Regelungen sollen damit durchstoßen werden. Ordnungswidrigkeiten, Gesetzesverstöße müssen bzw. werden in Kauf genommen, um Aufmerksamkeit zu erzeugen. Wo Grenzen gesprengt werden, wird ein Bewusstsein geschaffen, insbesondere, weil Menschen sich auf den Schlips getreten fühlen und dadurch ein Raum für Diskussionen entsteht. Jeder Mensch weiß, dass Klimaziele nicht erreicht werden, dass der Planet durch CO2-Ausstoß, unnachhaltiges Wirtschaften etc. zugrunde geht. Doch niemand interessiert sich so wirklich für eine Umsetzung. Menschen fühlen sich durch Klebeaktionen persönlich angegriffen und durch diesen aktiven Einschnitt in die persönliche Ebene lässt sich das Bewusstsein der Missstände besser aufgreifen und in einen Diskurs bringen. Ziviler Ungehorsam ist demnach ein öffentlichkeitswirksames Mittel. Die Gruppierungen haben dabei keine krassen Forderungen, doch alle regen sich massiv auf. Es ist zu spüren, dass etwas passiert.«

Bennett (19):

»Wann geht Protest zu weit? Diese Frage beschäftigt mich momentan immer wieder, vor allem auch im Hinblick auf die Proteste der *Letzten Generation*. Meiner Meinung nach sind die Proteste legitim, da es den Anschein hat, dass der Klimaschutz einigen Parteien in der deutschen Politiklandschaft völlig egal ist. Leider bewirken diese Proteste bei den meisten das Gegenteil von dem, was sie eigentlich erreichen wollen. Ein treffendes Beispiel dafür ist, dass die CDU nun die stärkste Partei im Berliner Senat ist und ihre Wahlversprechen darauf ausgerichtet waren, die Wut gegen die sogenannten Klimakleber auszunutzen. Beispielhaft sind hier die Sprüche »Berlin ist für alle da. Auch für Autofahrer.« und »Was Kriminelle bald häufiger hören? Haftbefehl.«

Wie gut sich diese Wahlversprechen, insbesondere bei Personen über 50, bewähren, habe ich an meinen eigenen Eltern beobachtet, die von den Plakaten begeistert waren, da sie glaubten, dass die »Klimakleber« sie in ihrem Autofahren einschränken. Persönlich finde ich die Proteste legitim, da Deutschland anscheinend keine Fortschritte in der Klimapolitik macht. Aber ich denke, um die Menschen zu überzeugen, die bei Wahlen zählen, sollte man versuchen, andere Ansätze zu nutzen, da sonst der Widerstand gegen den Klimaschutz nur noch größer wird.«

Anni (24):

»Seit den 70er Jahren zeigt sich, dass sich durch die friedlichen Formen von Protestmöglichkeiten nicht viel getan hat. Aufgrund der aktuellen Lage ist ziviler Ungehorsam radikaler als bisher gängige Protestformen und mehr druckaufbauend. Natürlich sind die anderen Wege des friedlichen Protests weiterhin wichtig und dass jetzt ziviler Ungehorsam dazu kommt, ist die logische Konsequenz und notwendig.

Ziviler Ungehorsam darf so weit gehen, bis das Thema zielbedingt erreicht wurde. Entweder durch Veränderungen oder wirkliche Umsetzung von Maßnahmen. Ich finde es richtig zu stören und Sachen zu machen, die medienwirksam sind, und Themen somit in Öffentlichkeit zu rücken, um einen Diskurs zu schaffen. Erst durch diese Zielerreichung ist die Aufgabe des zivilen Ungehorsams erledigt. Die Grenzen beginnen dort, wo Menschen wahrhaftig verletzt werden und es nicht mehr friedlich bleibt. Die derzeitigen Aktionen stören und verlaufen dennoch friedlich. Niemand wird persönlich verletzt, vielmehr handelt es sich um Sachbeschädigungen, Ordnungswidrigkeiten und/oder ökonomische Schäden. Ziel ist es, Druck auf die bestehende Struktur, Politik und Konzerne herzustellen. Menschen, die hierfür auf die Straße gehen, erleben viel mehr Nachteile: Es werden hohe Geld-, teilweise auch Haftstrafen in Kauf genommen. Diese staatlichen Maßnahmen gegen diese Protestform sind viel stärker und gewaltiger als die sogenannte Zerstörung, die auf den Straßen passiert. Hierbei werden Menschen persönlich zugrunde gerichtet, doch sie nehmen es in Kauf. Denn durch ihr Handeln wird ein Druck aufgebaut, in den Medien wird darüber verstärkt gesprochen – ein Diskurs entsteht. Ich glaube, wir wären in der Klimadebatte noch lange nicht so weit, wenn Menschen sich dafür nicht so sehr opfern.«

Foto Protest: Wikimedia Commons / Leonhard Lenz (CC0 1.0)

Frieden ist möglich

Wie eine Friedensorganisation auf unterschiedlichen Ebenen Dialog schafft

Ein Gastbeitrag von Florian Lüdtke

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Gewalt. In Krisengebieten arbeitet die Berghof Foundation sowohl mit Entscheidungsträger*innen als auch direkt vor Ort. Das Beispiel eines lokalen Einsatzes der Nichtregierungsorganisation in Jemen zeigt: Durch Dialog auf verschiedenen Ebenen können Konflikte transformiert werden. Ein Erfahrungsbericht.

Fotos Jemen: Political Development Forum Yemen

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat vielen Europäer*innen gezeigt, was für Millionen Menschen weltweit bereits grausame Realität ist: Gewalt und Krieg bringen Tod und unvorstellbares Leid. In Zeiten scheinbaren Friedens verdrängen wir das, wenn es nicht in unserer Nähe passiert. Diesen Luxus können sich Millionen Menschen nicht leisten.

In Äthiopien herrschte bis vor Kurzem für zwei Jahre einer der brutalsten und tödlichsten Kriege, der Tausende Menschen das Leben kostete und Millionen vertrieb. Auch in Jemen befördert der gewalttätige Konflikt eine humanitäre Krise, die in unseren Medien viel zu wenig Aufmerksamkeit findet. Der Sudan, wo seit April Hunderte Zivilisten den Kämpfen zum Opfer fallen, findet zwar aktuell in unsere Schlagzeilen – wir müssen jedoch aktiv daran arbeiten, dass auch dieser Konflikt nicht aus unserem Blickwinkel verschwindet.

Mehr als nur »keine Gewalt«

Krieg bringt nicht nur offensichtliches Leid, Krieg stellt immer wieder in Frage, wie wir als Menschen zusammenleben möchten. Und genauso ist Frieden nicht lediglich das Wegbleiben von Gewalt, sondern die große Herausforderung, gemeinsam zu definieren, wie wir als Gesellschaft funktionieren. Ein umfassender Ansatz für die Frage »Wie funktioniert Frieden?« beinhaltet neben der offensichtlichen Ablehnung von Diskriminierung und Gewalt auch einen positiven Friedensbegriff, also die Stärkung der sozialen Gerechtigkeit und die Schaffung einer Kultur des Friedens innerhalb und zwischen den Gesellschaften.

1: Der beratende Ausschuss bringt lokale Anliegen auf die Gouvernorat-Ebene und hilft Konflikte zu lösen.

2: Dorfbewohner tauschen sich im Gesundheitszentrum aus und versuchen, gemeinsam zu einer Einigung zu kommen.

3: Material zur Wiederherstellung des Gesundheitszentrums auf einem Pickup-Truck.

4: Mitglieder des beratenden Ausschusses helfen beim Transport der ersten Ladung Medizin und Impfstoffe.

5: Ein Arzt sortiert neue Medizin in die Regale, kurz bevor das Zentrum wiedereröffnet wird.

6: Junge Patienten warten nach der Wiedereröffnung des Gesundheitszentrums auf ihren Termin.

Berghof Foundation

Die Berghof Foundation ist eine unabhängige, gemeinnützige und nichtstaatliche Organisation mit Hauptsitz in Berlin, einem Sitz in Tübingen, einem Büro in Beirut und internationalen Außenstellen. Sie unterstützt seit über 50 Jahren in Konfliktgebieten Menschen, friedliche Lösungen für gewalttätige Konflikte zu finden.
Mehr unter berghof-foundation.org

Frieden steht also im engen Verhältnis zu den Menschenrechten und den Grundbedürfnissen der Bevölkerung. In humanitären Krisen, wie beispielsweise im Libanon, ist der Versuch, Dialoge zwischen verschiedenen Glaubensgemeinschaften herzustellen, getrieben von dem Wunsch, eine Grundlage für inklusive und demokratische Strukturen aufzubauen. So erhofft man sich, auch die wirtschaftlichen und humanitären Krisen im Land auf lange Sicht zu beenden.

Eine Grundvoraussetzung für Friedensarbeit ist, dass sie von den Menschen vor Ort gewollt und angetrieben wird. Es gilt das Motto: Frieden nicht nur für den Friedenswillen, sondern für die Menschen, die ihn wollen.

Konflikte lokal transformieren

Jeder Konflikt ist einzigartig, und doch sollte sich die Konflikttransformation auf grundlegende Prinzipien stützen: Konflikte sind nicht grundsätzlich schlecht, sondern Teil menschlicher Auseinandersetzung und Antrieb für Veränderung und Fortschritt. Selbst inmitten von Zerstörung können soziale und politische Konflikte Kräfte des positiven Wandels entwickeln. Konfliktparteien müssen dafür lernen, wie man ohne Gewalt und konstruktiv miteinander umgeht, und sie müssen gemeinsam nach Wegen suchen, um die Missstände und Probleme anzugehen, die sie voneinander distanzieren. Friedensförderung hat dementsprechend nicht das Ziel, Konflikte abzuschaffen, sondern Impulse zu geben, wie gewalttätige Konflikte in nachhaltige Lösungen umgewandelt werden können.

Zerstörtes Haus in der jemenitischen Hauptstadt Sanaa (2015): Seit Jahrzenten zerreißen Bürgerkriege das Land, Jemen gehört zu den fragilsten Staaten weltweit. Seit Ende 2014 / Anfang 2015 tobt dort ein Mehrfrontenkrieg, eine Lösung des komplexen Konflikts erscheint äußerst schwierig.

Deswegen spricht die *Berghof Foundation* nicht nur von »Frieden schaffen«, sondern von »Konflikte transformieren«.

Oft haben wir das Bild vom Verhandlungstisch im Kopf, wenn wir an Frieden denken. Das entspricht nur teilweise der Realität. Es reicht eben nicht, allein mit politischen Entscheidungsträger*innen – beispielsweise auf nationaler Ebene – zu sprechen. Nur ein Ansatz, der von lokalen Communitys über Policymaker bis zu nationalen und internationalen Entscheidungsträger*innen reicht, verspricht langfristigen Erfolg.

Das wird am Beispiel von Jemen klar. Dort arbeitet die *Berghof Foundation* nicht nur mit Konfliktparteien und Entscheidungsträger*innen, sondern auch auf der lokalen Ebene, um Menschen ganz konkret zu helfen, aber auch um nationale Bemühungen zu unterstützen. Beispielsweise wirkte *Berghof* in Al-Absiyya, einem kleinen Dorf im gebirgigen zentralen Hochland Jemens. Dort wurde 2014 durch einen Konflikt ein nagelneues örtliches Gesundheitszentrum geschlossen. Lokale Friedensarbeit konnte konstruktive Gespräche zwischen den verfeindeten Gruppen initiieren und damit zu einer erneuten Öffnung des Krankenhauses führen. Wie genau läuft so ein Prozess ab?

Mediation in Jemen

Jemen befindet sich inmitten eines bereits acht Jahre anhaltenden Bürgerkriegs und ist Ort der schwersten humanitäre Krise der Welt. Angesichts der Hungersnot, die Hunderttausende von Menschenleben bedroht, sind 21,6 Millionen Jemenit*innen – davon 11 Millionen Kinder – auf humanitäre Hilfe angewiesen. Inmitten des Konflikts zwischen Huthi-Rebell*innen und der international anerkannten Regierung, weiter verkompliziert durch regionale Akteur*innen wie Iran oder Saudi-Arabien, sind für die Jemenit*innen die Bewältigung lokaler Probleme oft wichtiger als die nationale Politik. Denn diese haben massive Auswirkungen auf ihr alltägliches Leben, Gesundheit und Sicherheit.

2014 wurde das Gesundheitszentrum von Al-Absiyya geschlossen, nachdem ein Streit zwischen zwei Apothekenbesitzern eskaliert war. Um die festgefahrene Situation zu lösen, schaltete sich der Beratende Ausschuss ein. Dieses Gremium wurde vom Political Development Forum, einer engen jemenitischen Partnerorganisation der *Berghof Foundation*, gegründet. Es besteht aus Politiker*innen und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, verschafft lokalen Anliegen auf Gouverneursebene Gehör und schlichtet lokale Konflikte. In diesem konkreten Fall wurde eine Gruppe gebildet, die in dem Konflikt vermitteln sollte.

Die Gruppe leitete einen Mediationsprozess ein, zu dem die beiden Konfliktparteien, die Dorfbevölkerung und die Leitung des Gesundheitszentrums, eingeladen wurden. So konnte eine Lösung für den Konflikt zwischen den beiden Apothekenbesitzern gefunden werden: Das Gesundheitsamt des Distrikts wechselte das Verwaltungspersonal des Gesundheitszentrums aus, das durch den Manager direkt in den Konflikt involviert war, und eröffnete eine öffentliche Apotheke, um den ursprünglichen Streitpunkt zu lösen.

Eine Erfolgsgeschichte: Im Oktober 2018 konnte das Gesundheitszentrum endlich wieder öffnen und die 6.000 in der Region lebenden Menschen versorgen. Bereits in den ersten drei Monaten nach der Eröffnung wurden über 1.200 Patient*innen behandelt.

Vorbilder schaffen und Krisen frühzeitig angehen

Dieses positive Beispiel löste in der Region ein großes Echo aus. Der Beratende Ausschuss erhielt zahlreiche Anfragen aus benachbarten Bezirken, um Konflikte zu lösen. Mit Unterstützung des Ausschusses wurden mehrere andere lokale Gesundheitszentren wiedereröffnet. Das zeigt, wie wichtig es ist, dass in Friedensprozessen Bemühungen auf mehreren Ebenen parallel stattfinden. Das kann Leben retten und schafft wichtige Vorbilder für Andere. Und die Arbeit komplementieren Verhandlungen auf nationaler Ebene, die oft langwierig sind und fernab der Bevölkerung ablaufen. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung, denn nationale Abkommen sind auf lokale Unterstützung angewiesen und können leicht durch lokale Konflikte unterminiert werden.

> »Jeder Konflikt ist einzigartig, und doch sollte sich die Konfliktransformation auf grundlegende Prinzipien stützen: Konflikte sind nicht grundsätzlich schlecht, sondern Teil menschlicher Auseinandersetzung und Antrieb für Veränderung und Fortschritt.«

Die Dringlichkeit der Friedensarbeit ist bedauerlicherweise gestiegen. Hinzu kommt, dass die Auswirkungen des Klimawandels lokale Communitys wie in Al-Absiyya vor große Herausforderungen stellen wird. Der Klimawandel wird bestehende Konflikte intensivieren oder sogar neue schaffen – insbesondere dort, wo Ressourcen wie Wasser und Ackerland knapp werden. Gemeinsame Bedenken über die Auswirkungen des Klimawandels können jedoch auch ein Ansatzpunkt sein, um Konfliktparteien in einen Dialog zu bringen. Friedensmacher*innen müssen bereits jetzt die sogenannte Klimasicherheit und gesellschaftliche Anpassung an den Klimawandel im Blick behalten. Natürlich braucht es dafür wissenschaftliche Expertise. Friedensarbeit geht daher Hand in Hand mit der Forschung sowie mit der Pädagogik – damit die nächsten Generationen so früh wie möglich die Grundwerte der Friedensarbeit verstehen und anwenden können.

Florian Lüdtke (*1989) studierte Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin und der Technischen Universität des Mittleren Ostens in Ankara. Er verantwortet die Pressearbeit der Berghof Foundation.

Foto Sanaa: Wikimedia Commons / Mr. Ibrahem (CC BY-SA 4.0); Foto Lüdtke: Mathias Völzke

Zuhören und den Menschen Zeit schenken
Militärseelsorge in Belgien

Von Hans De Ceuster

Soll humanistische Lebensberatung auch für Soldat*innen und Angehörige der Bundeswehr angeboten werden? Diese Frage wird seit langem kontrovers diskutiert – auch innerhalb des HVD. In anderen Ländern wie etwa Belgien gibt es bereits seit einiger Zeit humanistische Militärseelsorger*innen. Doch wie sieht dort der Alltag und die konkrete Arbeit aus? Ein Erfahrungsbericht.

Ich möchte einen Tag in meinem Leben als humanistischer Seelsorger schildern. Ich würde gerne sagen können, dass es ein normaler Tag ist, aber die Tage eines Seelsorgers sind selten normal, und das gefällt mir sehr. Es ist weder meine Absicht, ein leidenschaftliches Plädoyer für die Einführung von humanistischen Seelsorger*innen in der Bundeswehr zu halten, noch darauf einzugehen, wie wir organisiert sind oder welche Hindernisse wir überwinden mussten, um uns zu etablieren oder unseren Platz in der Seelsorge zu verdienen. Ich will nur zeigen, was wir tun, und zwar anhand eines ganz gewöhnlichen Tages, und es bleibt dem Leser überlassen, zu entscheiden, ob dies wertvoll ist.

Es ist ein ganz normaler Morgen, und wie so oft beginne ich meinen Tag in der Königlichen Militärakademie in Brüssel. Wir humanistischen Seelsorger teilen uns dort einen Schreibtisch. Doch normalerweise sitze ich morgens einfach in der Cafeteria. Kaffee ist nämlich ein wichtiger Aspekt meiner Arbeit. Während ich in der Cafeteria sitze, fast immer am selben Tisch, beobachte ich, wie diese besondere Gemeinschaft erwacht. Die Offiziersschüler holen sich noch schnell einen Kaffee oder bestellen sich ein Sandwich, andere sitzen in Gruppen zusammen und arbeiten. Es gibt auch viele andere Gäste, die Lehrgangsteilnehmenden der höheren Landesverteidigungsakademie sind da und viele Militärangehörige kommen von Zeit zu Zeit vorbei.

Es ist also ein interessanter Ort. Während ich meinen Kaffee trinke, komme ich mit den Leuten, die dort vorbeikommen, ins Gespräch. Ein kurzer Gruß und: »Wie geht es Ihnen heute?« Manche Gespräche sind eher kurz, aber andere entwickeln sich schnell zu langen und tiefgründigen Unterhaltungen. So auch an diesem Morgen.

Kaffee und Gespräche

Die Person, mit der ich an diesem Morgen einen Kaffee trinke, kenne ich schon eine Weile. Sie arbeitet in der Nähe und kommt regelmäßig, um ihren Kaffee zu trinken. An diesem Morgen hat sie mir etwas Besonderes zu sagen. Sie hat zum ersten Mal seit langer Zeit ihren Ex-Mann in derselben Cafeteria wiedergetroffen. Für sie ist das offensichtlich wichtig genug, um es zu erwähnen, und für mich ist es ein Anknüpfungspunkt, um das Gespräch zu beginnen. Das Gespräch geht in viele Richtungen: über ihre Tochter, die Ehe und warum sie gescheitert ist, aber vor allem über das Militärleben selbst. Wir sprechen über die Evakuierung von Landsleuten aus dem Sudan, die am vergangenen Wochenende durchgeführt wurde. Das hatte einen großen Einfluss auf sie, sowohl was ihre Arbeit als auch was ihre früheren militärischen Erfahrungen betrifft.

Es war nicht das erste Mal, dass sie eine solche Evakuierung hautnah miterlebte. Für sie war es ein Wiedererleben von Dingen, die sie zu verarbeiten versuchte, und das Wiedererleben brachte eine Menge Emotionen mit sich. Ich kann nicht viel mehr tun, als ihrer Geschichte zuzuhören, und sie braucht auch nicht viel mehr. Ab und zu stelle ich eine Frage, um besser zu verstehen, was sie meint, oder um sie zum Nachdenken anzuregen.

Am Nachmittag spreche ich mit einem Wissenschaftler. Ich möchte einige akademische Projekte starten, die die moralische Dimension des Militärberufs stärken können. Die Ethik zu stärken und gegen grenzüberschreitendes Verhalten vorzugehen, ist mir ein persönliches Anliegen. Dies trägt dazu bei, die Menschlichkeit im militärischen Beruf zu stärken. Ich sage bewusst »stärken«, weil ich der aufrichtigen Überzeugung bin, dass Angehörige der Streitkräfte in erster Linie Menschen mit einem ausgeprägten Sinn für Werte sind, die der Demokratie dienen und sie schützen wollen. Sie haben sich dafür entschieden, dies bewaffnet zu tun, aber ihre Waffen nur dann einzusetzen, wenn die Gesellschaft sie dazu auffordert.

Die moralische Dimension des militärischen Berufs stärken

Der Einsatz von Waffen sollte jedoch niemals unüberlegt erfolgen. Denn wenn ein Soldat den Befehl erhält, zu den Waffen zu greifen, hört für einen Moment die Freundlichkeit auf, die wir normalerweise erwarten. Für einen Moment akzeptieren wir als Gesellschaft, dass Gewalt notwendig ist und dass jemand die »Drecksarbeit« machen muss, einschließlich des Tötens von Menschen. Weil wir das als Gesellschaft verlangen, müssen wir als Gesellschaft auch dafür sorgen, dass die Menschen, denen wir diese Drecksarbeit aufbürden, so gut wie möglich unterstützt werden. Deshalb halte ich es für so wichtig, dass wir die moralische Dimension des militärischen Berufs stärken, damit wir den wichtigen Wert des Respekts nie aus den Augen verlieren. Damit unsere Soldatinnen und Soldaten nie vergessen, dass diejenigen, die ihnen gegenüberstehen, in erster Linie auch Menschen sind, sodass es nie zu einer Entmenschlichung kommt. Als Humanist sehe ich das als eine meiner Prioritäten an.

Wenn man mich dann fragt, was ich eigentlich mache, ist meine Antwort immer ganz einfach: mit einer Tasse Kaffee spazieren gehen, zuhören und den Menschen Zeit schenken.

Weder das Spazierengehen noch der Kaffee sind das Ziel, sondern die Tatsache, dass die Soldatinnen und Soldaten, mit denen ich arbeite, mich kennen und mir vertrauen. Vertrauen ist in der Tat ein langer Weg, den man gemeinsam geht, und der Kaffee hilft mir, ins Gespräch zu kommen. Als humanistischer Seelsorger ist das Zuhören die Grundlage meiner Arbeit. Aber das Zuhören muss echt sein, ohne Wertung, und vor allem muss man Zeit dafür haben. Denn wenn jemand endlich Vertrauen gefasst hat und bereit ist zu reden, muss ich Zeit zum Zuhören haben, weil es vielleicht kein nächstes Mal gibt.

Das ist es also, was ich tue, und ich tue es mit einem wichtigen Ziel: die Menschlichkeit in der Armee zu stärken. ●

Militärseelsorge in Belgien

In den belgischen Streitkräften sind acht humanistische von insgesamt 22 Seelsorger*innen tätig. Der erste *Humanist Chaplain* wurde 1997 ernannt. Mehr zu den Hintergründen und Schwierigkeiten der Einführung im Beitrag von Annie van Paemel: »Humanistische Soldatenbetreuung in Belgien«, erschienen in Band 6 der Schriftenreihe der Humanistischen Akademie Deutschland »Wie geht Frieden. Humanistische Friedensethik und humanitäre Praxis.« Hrsg. von Ralf Schöppner, Alibri Verlag 2017.

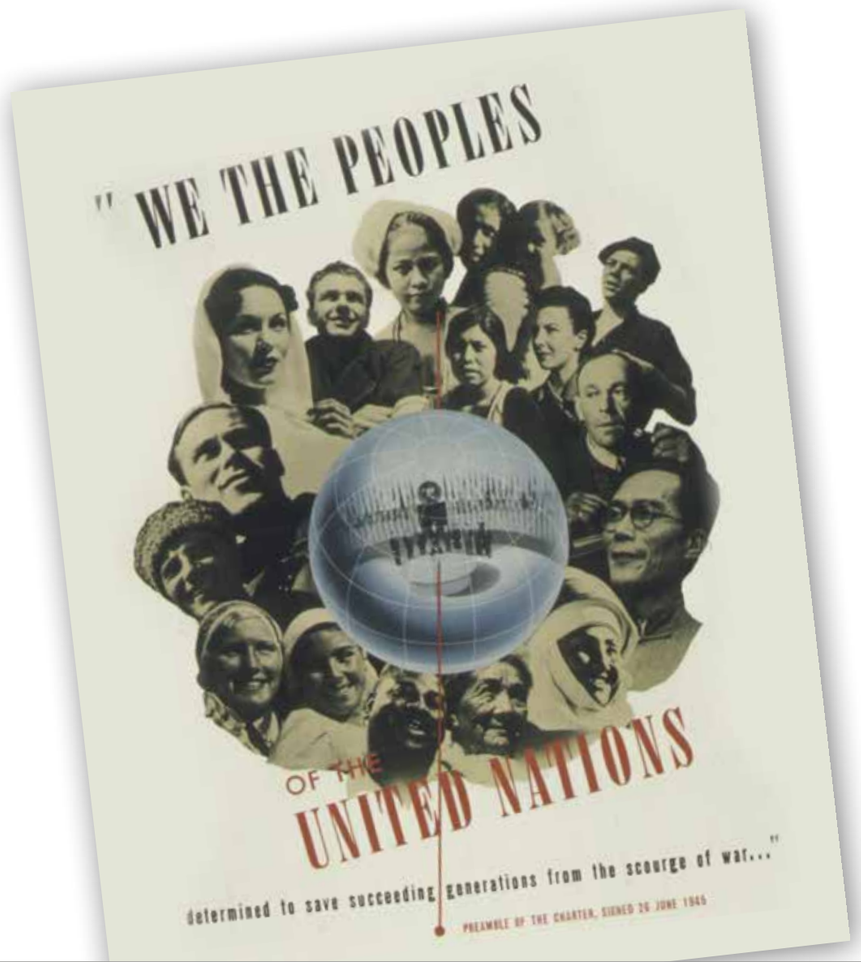
Hans De Ceuster (*1980) ist *Humanist Chaplain General.* Im Jahr 2016 beendete er seine aktive militärische Laufbahn, seit 2019 leitet er die humanistische Soldat*innenbetreuung in der belgischen Armee.

Hintergrund: Pixabay 1796800 Takeshi Hirano; Ceuster: Miss Kevine RGGOMBE

Zum ewigen Frieden
Von Kant zu den Vereinten Nationen

Von Helmut Fink

Zum Bildungsanspruch eines weltanschaulichen Humanismus gehört die Kenntnis von Klassikern. Die Besinnung auf kluge Ideen der Vergangenheit verspricht vor allem dann Orientierung, wenn ein Problem unabweisbar und zugleich ungelöst ist. Der Weg zum Weltfrieden ist zweifellos ein solches Problem. Einer der einflussreichsten klassischen Grundlagentexte hierzu ist die Schrift »Zum ewigen Frieden« von Immanuel Kant. Was steht darin und welche weltpolitischen Auswirkungen hat Kants Text auch heute noch?



Plakat: Wikimedia Commons / U.S. National Archives and Records Administration (PD); Buchcover: Verlag

Der große Aufklärungsphilosoph Immanuel Kant aus Königsberg hat von 1724 bis 1804 gelebt. Er ist in der deutschen Universitätsphilosophie bis heute präsent wie kaum ein anderer. Kant ist vor allem für seine berühmten drei Kritiken bekannt: Kritik der reinen Vernunft, Kritik der praktischen Vernunft, Kritik der Urteilskraft – aber er hat auch viele weitere Schriften verfasst. Ein vergleichsweise kurzer Text ist »Zum ewigen Frieden«, zuerst erschienen 1795, zweite Auflage 1796. Darin beschreibt Kant – flapsig gesagt –, wie er sich den Weg zum Weltfrieden vorstellt, oder genauer: welche Bedingungen er daran knüpft.

Kants Text ist in zwei große Abschnitte und zwei längere Anhänge gegliedert, wobei sich die beiden Abschnitte fast so lesen, als seien sie ein Vertragstext oder das Ergebnis einer Verhandlung. Das ist ein Stilmittel Kants. Der erste Abschnitt umfasst sechs *Präliminarartikel,* die als Ausschluss- bzw. Verbotskriterien formulieren, was alles *nicht* der Fall sein darf, wenn ein ewiger Frieden eintreten soll. Der zweite Abschnitt umfasst drei *Definitivartikel*, die positive Kriterien für einen ewigen Frieden unter Staaten formulieren. Sie müssen nach Kants Meinung erfüllt sein, um einen dauerhaften Frieden zu gewährleisten. Das läuft im Wesentlichen auf ein geordnetes Rechtssystem zwischen den Staaten hinaus. Die Anhänge behandeln das Verhältnis von Politik und Moral sowie den Begriff des öffentlichen Rechts.

Die *Präliminarartikel* schränken das Handeln der Staaten im Interesse des Friedens ein. Sie lauten wie folgt:

1. *»Es soll kein Friedensschluss für einen solchen gelten, der mit dem geheimen Vorbehalt des Stoffs zu einem künftigen Kriege gemacht worden.«* – Kant sieht: Ein bloßer Waffenstillstand ist noch kein Friede. Denn unabgegoltene Ansprüche tragen den Keim neuer Feindseligkeiten in sich.

2. *»Es soll kein für sich bestehender Staat (klein oder groß, das gilt hier gleichviel) von einem anderen Staate durch Erbung, Tausch, Kauf oder Schenkung erworben werden können.«* – Der Staat ist nach Kant keine »Habe«, sondern eine Gesellschaft von Menschen, deren Selbstbestimmungsrecht nicht veräußert werden kann.

Immanuel Kant: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf. Reclam, Reihe »Was bedeutet das alles?«, Ditzingen 2013 (5 Euro).

3. *»Stehende Heere (*miles perpetuus*) sollen mit der Zeit ganz aufhören.«* – Kant warnt vor den Gefahren des Wettrüstens und sieht zugleich die Menschenwürde des Berufssoldaten bedroht. Er meint, dass »zum Töten oder getötet zu werden in Sold genommen zu sein, einen Gebrauch von Menschen als bloßen Maschinen und Werkzeugen in der Hand eines andern (des Staats) zu enthalten scheint, der sich nicht wohl mit dem Rechte der Menschheit in unserer eigenen Person vereinigen lässt.«

4. *»Es sollen keine Staatsschulden in Beziehung auf äußere Staatshändel gemacht werden.«* – Kreditfinanzierte Mittel der Kriegführung schaffen nach Kant gefährliche Abhängigkeiten und erhöhen die Kriegsgefahr.

5. *»Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines andern Staats gewalttätig einmischen.«* – Kant vertritt hier ein Prinzip der Nichteinmischung, weil er für äußere Eingriffe keine Rechtsgrundlage sieht.

6. *»Es soll sich kein Staat im Kriege mit einem andern solche Feindseligkeiten erlauben, welche das wechselseitige Zutrauen im künftigen Frieden unmöglich machen müssen: als da sind, Anstellung der Meuchelmörder (*percussores*), Giftmischer (*venefici*), Brechung der Kapitulation, Anstiftung des Verrats (*perduellio*) in dem bekriegten Staat etc.«* – Nach Kant sind im Krieg keineswegs alle Mittel erlaubt, weil ohne eine minimale Kriegsordnung am Ende ein Ausrottungskrieg drohe.

Ausgangspunkt des zweiten großen Abschnitts der Schrift ist die Beobachtung, dass der Friede unter den Menschen kein Naturzustand ist, sondern gestiftet werden muss. Eine vernunftgemäße Friedensordnung ist nach Kant durch folgende drei *Definitivartikel* gekennzeichnet:

1. *»Die bürgerliche Verfassung in jedem Staate soll republikanisch sein«.* – Der Republikanismus beherzigt dabei drei Prinzipien: die Freiheit der Menschen als Gesellschaftsglieder, ihre gemeinsame Unterordnung unter dieselben Gesetze, und eine auf ihrer Gleichheit als Staatsbürger beruhende Verfassung. Wenn die Staatsbürger zu einem Krieg ihre Zustimmung geben müssen, sieht Kant die Kriegsgefahr gebannt. Aber es sei vor einem Missverständnis gewarnt: Republik ist hier nicht gleich Demokratie. Vielmehr sieht Kant in einer reinen Demokratie (»Volksgewalt«) die Gefahr eines Despotismus der Mehrheit und setzt stattdessen auf Gewaltenteilung und auf »eine dem Geiste eines repräsentativen Systems gemäße Regierungsart«, die dann auch von wenigen Herrschenden ausgeführt werden könne.

2. *»Das Völkerrecht soll auf einem* Föderalism[us] *freier Staaten gegründet sein.«* – Auch hier droht ein Missverständnis: Kant redet nicht etwa einer Weltregierung das Wort, sondern einem »Friedensbund« der weiterhin souveränen Staaten. Er verwendet auch ausdrücklich den Begriff »Völkerbund« und grenzt ihn von einem als unrealistisch betrachteten »Völkerstaat« ab.

3. *»Das* Weltbürgerrecht *soll auf Bedingungen der allgemeinen Hospitalität eingeschränkt sein.«* – Hierzu erläutert Kant: »Es ist hier (…) nicht von Philanthropie, sondern vom *Recht* die Rede, und da bedeutet *Hospitalität* (Wirtbarkeit) das Recht eines Fremdlings, seiner Ankunft auf dem Boden eines andern wegen von diesem nicht feindselig behandelt zu werden. Dieser kann ihn abweisen, wenn es ohne seinen Untergang geschehen kann, solange er aber auf seinem Platz sich friedlich verhält, ihm nicht feindlich begegnen. Es ist kein *Gastrecht*, worauf dieser Anspruch machen kann (…), sondern ein *Besuchsrecht*, welches allen Menschen zusteht, sich zur Gesellschaft anzubieten vermöge des Rechts des gemeinschaftlichen Besitzes der Oberfläche der Erde, auf der als Kugelfläche sie sich nicht ins Unendliche zerstreuen können, sondern endlich sich doch nebeneinander dulden müssen, ursprünglich aber niemand an einem Orte der Erde zu sein mehr Recht hat, als der andere.« – Auf dieser Grundlage könne sich schließlich ein öffentliches Menschenrecht durchsetzen, weil Rechtsverletzungen zunehmend weltweit wahrgenommen werden.

So weit die Kernideen dieser Schrift. Was wurde daraus? Ein dauerhafter (»ewiger«) Weltfriede ist bisher nicht eingetreten. Stattdessen brachte das 20. Jahrhundert zwei Weltkriege. Und doch waren die Kantschen Ideen überaus wirksam und sind es noch immer.

Über 100 Jahre nach Erscheinen der Friedensschrift tagten 1899 und 1907 die Haager Friedenskonferenzen mit dem Ziel, eine internationale Rechtsordnung zur friedlichen Konfliktlösung zwischen Staaten auszuarbeiten. Damals wurde der Ständige Schiedshof in Den Haag gegründet, der bis heute besteht. Zu realen Abrüstungsschritten kam es jedoch nicht.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Völkerbund mit Sitz in Genf gegründet, inspiriert vom 14-Punkte-Programm des US-Präsidenten Woodrow Wilson. Seine Satzung wurde von der Vollversammlung der Versailler Friedenskonferenz angenommen und als Teil des Versailler Vertrages unterzeichnet. Vom Völkerbund wurden erstmals Daten zum internationalen Handel mit Waffen und Munition erhoben. Zwar konnte der globale Waffenhandel nicht reguliert werden, aber immerhin wurde das Verbot des Einsatzes chemischer und biologischer Waffen anerkannt. Außerdem wurde eine Gesundheitsorganisation des Völkerbunds zum internationalen Austausch medizinischer Informationen etabliert, die zur Vorläuferin der heutigen Weltgesundheitsorganisation WHO wurde.

In der Umsetzung von Rüstungskontrolle und Friedenssicherung hat sich der Völkerbund jedoch als zu schwach und letztlich wirkungslos erwiesen. Im Völkerbundsrat herrschte das Einstimmigkeitsprinzip, auch in der jährlich tagenden Völkerbundversammlung war meist Einstimmigkeit erforderlich. Viele sinnvolle Ansätze wurden nie zu Beschlüssen. Und wenn doch, fehlten die Mittel zur Durchsetzung. Die USA waren gar kein Mitglied, weil der US-Senat den Versailler Vertrag nicht ratifiziert hatte. Das Deutsche Reich trat im Oktober 1933 aus. Damit war zugleich die seit Februar 1932 tagende Genfer Abrüstungskonferenz gescheitert. Japan war bereits im März 1933 aus dem Völkerbund ausgetreten, die erst im September 1934 aufgenommene Sowjetunion wurde im Dezember 1939 wegen ihres Angriffs auf Finnland ausgeschlossen. Im April 1946 löste sich der Völkerbund schließlich auf.

Und doch hat die Sache des Friedens heute ein weltweit angeseheneres Forum als jemals zuvor. Denn im Oktober 1945 trat die Charta der Vereinten Nationen in Kraft, die im Juni 1945 – nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa, aber vor den Atombombenabwürfen über Japan – von 50 Staaten in San Francisco unterzeichnet worden war. Nach Artikel 1 dieser Charta gehört zu den Hauptaufgaben der Vereinten Nationen: die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen sowie die Förderung der Menschenrechte.

Der Weg zum ewigen Frieden unter den Menschen ist zweifellos noch lang. Die Rückschläge können bekanntlich heftig sein. Aber die Stimme der Vernunft ist unüberhörbar geworden. Sie mahnt uns zu vollenden, was mit den Ideen des preußischen Freiheitsphilosophen Immanuel Kant einst begann – im Geist von Aufklärung und Humanismus. ●

KORTIZES PODCAST

Podcast

Der Kortizes-Podcast »Freigeist« widmet sich in Folge 62 dem Thema »Zum ewigen Frieden«. Nachhören kann man diese unter: tinyurl.com/freigeist062

10 wichtige Friedensdaten des 20. Jahrhunderts

8. Jan. 1918:	US-Präsident Woodrow Wilson legt sein 14-Punkte-Programm vor.
28. Apr. 1919:	Die Vollversammlung der Versailler Friedenskonferenz nimmt die Satzung des Völkerbunds an.
28. Juni 1919:	Der Versailler Vertrag wird unterzeichnet.
10. Jan. 1920:	Die Satzung des Völkerbunds wird ratifiziert.
15. Nov. 1920:	Die erste Völkerbundsversammlung tagt.
14. Okt. 1933:	Das Deutsche Reich tritt aus dem Völkerbund aus.
26. Jun. 1945:	Die Charta der Vereinten Nationen wird in San Francisco unterzeichnet.
24. Okt. 1945:	Die Charta der Vereinten Nationen tritt in Kraft.
18. Apr. 1946:	Der Völkerbund löst sich selbst auf.
10. Dez. 1948:	Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wird in Paris verkündet.

Foto Fink: Evelin Frerk

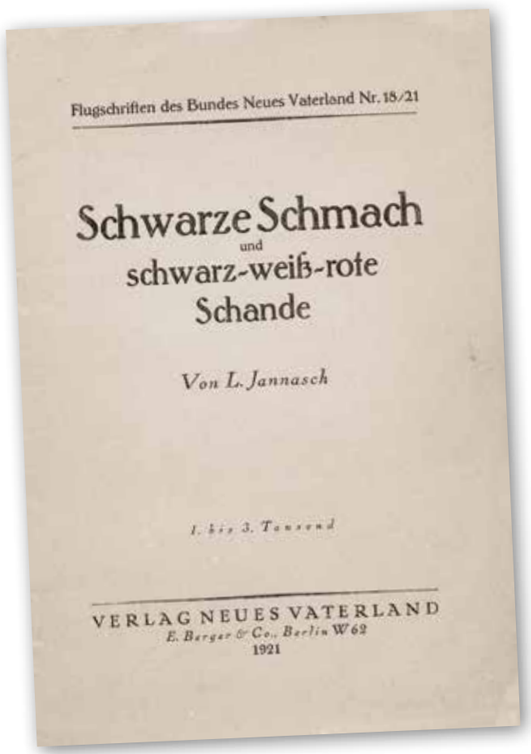
Helmut Fink ist theoretischer Physiker. Er war und ist in verschiedenen humanistischen Organisationen aktiv, unter anderem als Vorstands- bzw. Präsidiumsmitglied des HVD Bundesverbandes (2006–2017). Aktuell ist er Vorsitzender der Ludwig-Feuerbach-Gesellschaft und Direktor der *Kortizes*-Akademie für säkularen Humanismus in Nürnberg.

Lilli Jannasch – Pazifistin und Schulreformerin

Eine vergessene Persönlichkeit des 20. Jahrhunderts

Von Stefanie Hartmannsgruber

Lilli Jannasch war eine der wichtigsten weiblichen Identifikationsfiguren des deutschen Pazifismus und der deutschen Reformpädagogik im 20. Jahrhundert. Ein Porträt.


Flugschriften des Bundes Neues Vaterland Nr. 18/21

Schwarze Schmach
und
schwarz-weiß-rote
Schande

Von L. Jannasch

1. bis 3. Tausend

VERLAG NEUES VATERLAND
E. Berger & Co., Berlin W 62
1921

Erste Kontakte zum reformpädagogischen Milieu knüpfte Lilli Jannasch 1904, als sie vor der *Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur* einen Vortrag über das Werk *Schule und Charakter* von Prof. Dr. Friedrich Wilhelm Foerster hielt. Als im November 1906 der *Bund für Weltliche Schule und Moralunterricht* gegründet wurde, engagierte sich Jannasch dort. Jannasch definierte nicht nur die ethischen Tugenden für eine moralische Erziehung, sondern entwickelte auch ein praktisch-anwendbares Konzept der staatsbürgerlichen Erziehung mit Selbstregierung der Schüler*innen, welches die moralische Unterweisung mit der Mitbestimmung der Schüler*innen im Dialog verknüpfte.

Der Schwerpunkt von Lilli Jannaschs Aktivitäten verlagerte sich nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs rasch auf den pazifistischen Bereich. Jannasch begann bereits einige Wochen nach Kriegsbeginn, den nationalen Geist kritisch zu beurteilen und beteiligte sich an der Formierung einer Gegenbewegung, dem *Bund Neues Vaterland*, die zu dieser Zeit bedeutendste deutsche pazifistische Vereinigung. Jannasch wurde damit zu einer der schärfsten Kritikerinnen der deutschen Politik und des Militarismus. Jannasch und der *Bund Neues Vaterland* versuchten seit Ende 1914, mit den Kriegsgegnern in Kontakt zu treten, um die Möglichkeiten eines Friedensausschusses auszuloten und ein neues System der internationalen Beziehungen für die Nachkriegszeit zu entwickeln. Sowohl durch ihre redaktionelle als auch ihre diplomatisch repräsentative Arbeit wurde Lilli Jannasch immer mehr zu einer pazifistischen Identifikationsfigur im In- und Ausland. In Flugblättern und Denkschriften versuchte sie, das pazifistische Konzept und den Hass, welchen die deutschen Zeitungen durch ihre Hetzkampagne im Ausland erzeugten, öffentlich zu machen.

> *»Ich komme mehr und mehr zu der Überzeugung, dass wir nur zum Frieden gelangen, wenn die Blutschuld der Regierung bei uns erkannt wird«.*

Weil die Militärbehörde den *Bund Neues Vaterland* zunehmend als Gefahr betrachtete, wurde dieser Ende 1915 verboten und Lilli Jannasch 1916 in Berlin wegen Landesverrats verhaftet. Sie stellte ihre öffentliche pazifistische Tätigkeit daraufhin zunächst ein.

Nach dem Ersten Weltkrieg nahm Lilli Jannasch ihre pazifistische Arbeit bei der pazifistischen Zeitschrift *Die Menschheit* wieder auf und zog von Berlin nach Ludwigsburg. Sie legte den Schwerpunkt ihrer Arbeit vor allem auf die Aufklärung der deutschen Bevölkerung über die militärische und menschliche Grausamkeit des deutschen Heeres in Belgien und Nordfrankreich. Die Aufklärungsarbeit sollte die Verinnerlichung der pazifistischen und demokratischen Grundprinzipien und die internationale Aussöhnung zur Folge haben. Um den unwahren Behauptungen über angebliche Massenvergewaltigungen schwarzer Kolonialsoldaten entgegenzuwirken, veröffentlichte Jannasch 1921 ihre bekannteste Publikation »Die Schwarze Schmach und schwarz-weiß-rote Schande«:

> *»Niemals war alldeutsche Regie für Haß- und Rachefeldzug um Schlagworte verlegen [...]. Neuerdings ist es die schwarze Schmach, die mit gleicher Regiekunst pomphaft ausgestattet wird, um den Rachedurst des erschöpften Volkes hochzupeitschen.«*

Mit der Verlegung des Verlags *Frieden durch Recht* von Ludwigsburg nach Wiesbaden im Jahr 1924 zog Jannasch ebenfalls ins entmilitarisierte Wiesbaden, um der Verfolgung durch die deutsche Militärbehörde zu entfliehen. Dort engagierte sich Lilli Jannasch innerhalb des deutsch-französischen Friedenskartells für die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Große Hoffnung verband Jannasch mit dem Aufruf, ein Versöhnungsopfer für das französische Volk zu leisten, mit welchem ein Zeichen zur Wiedergutmachung gesetzt werden sollte:

> *»Freilich viel kann der Einzelne nicht geben. Aber Opferwille wird nicht nach dem Gewicht bemessen und viele Wenige machen ein Viel. Auf die vielen kommt es an, darauf dass Millionen in gebender Liebe die Hände ausstrecken«.*

Lilli Jannasch musste anhand der Reaktionen auf ihre Publikationen feststellen, dass sich die Haltung der Öffentlichkeit gegenüber den pazifistischen Strömungen nicht geändert hatte. Die Pressekampagnen, Distanzierungen der Rheinischen und Internationalen Frauenliga sowie des Friedenskartells, Hausdurchsuchungen bei ihrem Verlag und Ermittlungen des Oberreichsanwaltes gegen Jannasch wegen Landesverrats trugen zu ihrer Entscheidung bei, ihr pazifistisches Engagement 1925/26 einzustellen.

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten emigrierte Lilli Jannasch nach Straßburg, um möglichen Verfolgungen durch die NS-Terrororgane zu entkommen. Auch nach dem Ende der nationalsozialistischen Terrorherrschaft nahm Jannasch ihre pazifistische Tätigkeit nicht wieder auf, weil ihr Vertrauen in eine wahre europäische Neuorientierung und einen Gesinnungswandel der Menschen durch die grausame NS-Vernichtungsmaschinerien während des Zweiten Weltkriegs völlig zerstört worden war.

Lilli Jannasch

Alice Lilli Jannasch wurde am 15. März 1872 als Tochter des Nationalökonomen Prof. Dr. Robert Jannasch und der Pazifistin und Verfechterin der Frauenrechte Emma Jannasch-Gerber in Proskau geboren. Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrte sie nicht nach Deutschland zurück, sondern lebte bis zu ihrem Tod am 31.03.1965 in Straßburg.

Stefanie Hartmannsgruber (*1986) ist Archivarin und Historikerin. Seit 2017 arbeitet sie im Stadtarchiv Biberach und ist dort für die Digitalisierung, Digitale Langzeitarchivierung und Archivbenutzung zuständig.

Buchtitel: Verlag Neues Vaterland; Foto Hartmannsgruber: Privat

Vom gerechten Krieg

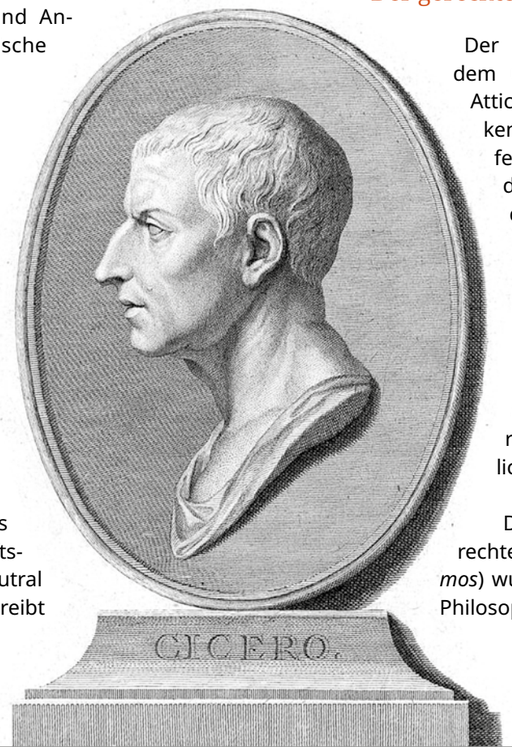
Über den geschichtlichen Ort der frühesten Belege in Rom

Von Hubert Cancik

Die Römische Republik geriet durch die Bürgerkriege des 1. Jahrhunderts v. u. Z. in eine tiefe Krise, in deren Folge sie schließlich unterging. Wäre der Bürgerkrieg, ausgelöst durch den Machtkampf zwischen Caesar und Pompeius, abzuwenden gewesen? Cicero, berühmtester Redner Roms, hätte dem »gerechtesten Krieg zwischen Bürgern« einen »ungerechten Frieden« vorgezogen.

Der Ausbruch des Krieges könnte im Januar des Jahres 49 v. u. Z. noch verhindert werden. Der Senat in Rom hatte zwar den Staatsnotstand und Caesar zum Feind (*hostis*) erklärt. Caesar hatte zwar mit einigen Verbänden den Rubicon, den Grenzfluss zwischen dem transpadanischen Gallien (Oberitalien), und Italien überschritten. Aber er war noch nicht direkt auf seinen Gegner Pompeius gestoßen. Und Pompeius wollte den Zusammenstoß vermeiden, räumte Italien, brachte seine Truppen und Anhänger über das Adriatische Meer nach Griechenland.

Marcus Tullius Cicero, Rechtsanwalt, Philosoph der skeptischen Schule, als Politiker ein Vertreter der Adelsrepublik, ist ein Senator ohne Amt und Truppen, aber von allen Parteien – Senat, Caesar, Pompeius – hochgeschätzt und umworben. Im Januar 49 ist er unsicher, für wen er sich entscheiden soll. Er tauscht sich mit seinem Freund Atticus aus, einem klugen Geschäftsmann und Verleger, der neutral bleiben wird. Cicero schreibt ihm am 15.1.49 (an Atticus 7,14): »Ich für meinen Teil höre nicht auf, zum Frieden (*pax*) zu mahnen: dieser nämlich ist, selbst wenn er ungerecht ist, vorteilhafter als der gerechteste Krieg (*iustissimum bellum*) mit den Bürgern.« Zu diesem Zeitpunkt hielt Cicero einen Friedenspakt noch für möglich und die Forderungen Caesars zwar für »ungerecht«, aber doch für annehmbar und vorteilhafter als Bürgerkrieg.



Der gerechte Grund

Der paradoxe Spruch, mit dem Cicero seinen Brief an Atticus beschließt, lässt erkennen, dass das Begriffsfeld »gerechter Krieg« beiden gut bekannt ist. In der Tat findet sich der lateinische Ausdruck *bellum iustum* zwanzig Jahre früher in einer Prozessrede Ciceros (»Gegen Caecilius« 19, 62; 70 v. u. Z.). Er war also auch einem größeren Publikum verständlich.

Die Lehre vom »gerechten Krieg« (*díkaios pólemos*) wurde in der griechischen Philosophie entwickelt und von Cicero, einem Vater des europäischen Humanismus, den Römern vermittelt: in seiner Staatslehre (»Über den Staat« 3,23,34-35) und seiner Ethik (»Über die Pflichten« 1,11,34-1,13,41). Augustin vermittelt die christianisierte Lehre der Nachantike, die frühen Völkerrechtler – Hugo Grotius (»Über das Recht von Krieg und Frieden«, 1625) und Samuel Pufendorf (»Über das Recht der Natur und der Völker«; 1672) – vermitteln sie, stark erweitert und aktualisiert, der Moderne.

Als gerechte Gründe für einen Krieg nennt Cicero: Zurückholen von Geraubtem; Abwehr eines Angriffs; Vergeltung (Rache, Strafe).

Der Krieg muss vorher angekündigt und erklärt sein. Ungerecht ist ein Krieg, der aus Wut (Raserei, Zorn) angefangen wird und nicht aus einem »legitimen Grund«. Zu den Regelungen des »Rechts zum Krieg« kommt das »Recht im Krieg«: Grausamkeit ist zu bestrafen, lehrt Cicero, die Besiegten sind zu schonen, Absprachen mit den Feinden sind auch im Krieg zu halten. Dies sind die »Pflichten im Krieg« (*bellica officia*).

Ein weiterer gerechter Grund für einen Krieg ist die »Treue« zu den Verbündeten. Der gute Grundsatz hat überraschende Konsequenzen. Cicero und die römische Propaganda erheben den Anspruch, Rom habe nur durch Verteidigungskriege, also durch gerechte Kriege, ein Reich vom Atlantik bis zum Kaukasus, von Schottland bis Mauretanien geschaffen. Cicero schreibt (Über den Staat 3,23,35): »Unser Volk aber hat sich durch die Verteidigung der Verbündeten bereits aller Länder bemächtigt.«

Bürgerkrieg

»Es gibt vier Arten von Kriegen, nämlich den gerechten, den ungerechten, den Bürgerkrieg und den Super-Bürgerkrieg«, so Isidor von Sevilla (ca. 560–630) in seiner Enzyklopädie (18,12), wohl im Anschluss an Ciceros Staatslehre. »Bürgerkrieg« steht jenseits von ›gerecht und ungerecht‹ und droht, hineinzuschlittern in ›Bruderkrieg‹ zwischen Gruppen gleicher Sprache, mit gemeinsamer Geschichte, derselben Religion, befeuert durch die Machtinteressen auswärtiger Staaten. Die »Pathologie« eines derartigen Bürgerkriegs hat Thukydides (Ende 5. Jh. v. u. Z.) geschrieben: Innere Spannungen auf Korkyra werden durch die damaligen Großmächte Sparta und Athen zu einem Bürgerkrieg eskaliert.

Der römische Bürgerkrieg, der im Jahre 49 noch eingrenzbar begonnen wird, ist kein ›Stellvertreterkrieg‹, sondern die Gewaltexplosion in einer erfolgreichen Militäraristokratie. Mit einem juristischen Trick ließ sich dieser Tatbestand verschleiern: Der gegnerische Bürger wurde offiziell zum Staatsfeind (*hostis*) erklärt.

Caesar hat zwar die Schlacht mit römischen Bürgern bei Pharsalus (Thessalien; 48 v. u. Z.) gewonnen, muss aber weiter siegen – in der römischen Provinz Africa (46) und in Spanien (März 45). Erst im Oktober 45 kann er, nach Rom zurückgekehrt, langfristige Reformen beginnen und den nächsten Krieg vorbereiten – endlich gegen einen auswärtigen Feind – die Parther in Syrien. Es bleiben ihm fünf Monate bis zu den Iden des März 44. Das ist das Ende eines Krieges, der im Januar 49 noch vermeidbar schien.

Cicero vertritt auch jetzt noch seine paradoxe Option (Pflichten 1,35,5; 44/43): »Meiner Meinung nach wenigstens muss man sich immer um einen Frieden bemühen, der nichts Hinterhältiges haben soll. Hätte man damals (im Januar 49) auf mich gehört, hätten wir zwar nicht den besten, aber doch irgendeinen Staat, der jetzt gar nicht mehr besteht.« Damals hatte er geschrieben: »Ich für meinen Teil höre nicht auf, zum Frieden zu mahnen: dieser nämlich ist, selbst wenn er ungerecht ist, vorteilhafter als der gerechteste Krieg mit den Bürgern.«

Erasmus von Rotterdam, auch er eine Säule der humanistischen Bewegung, hat Ciceros Paradox vom Bürgerkrieg verallgemeinert (Klage des Friedens; 1517): »Kaum ein Friede ist so ungerecht, als dass er nicht selbst dem gerechtesten Krieg vorzuziehen wäre.«

Hubert Cancik (*1937 in Berlin-Karlshorst) ist ein Klassischer Philologe, Religionshistoriker und Humanismusforscher. Er ist Initiator und Mitherausgeber des Kompendiums »Humanismus: Grundbegriffe« sowie der Reihe »Humanistische Porträts«.

Foto Cicero: Wikimedia Commons / Carole Raddato (CC BY-SA 2.0); Foto Cancik: Evelin Frerk

ZUR DEBATTE

Die Rückseite des Mondes
Gedanken über Krieg und Frieden, das Böse und den Teufel

Ein Essay von Ernst Peter Fischer

Foto Explosion: Wikimedia Commons / Dep. of Defense, Defense Atomic Support Agency (PD)

Jeder Mensch ist wie ein Mond: Er hat eine dunkle Seite, die er niemandem zeigt.« Dieses böse Bonmot von 1897 geht auf den Schriftsteller Mark Twain zurück, der die Wahrheit für ein so kostbares Gut hielt, dass er empfahl, sparsam mit ihr umzugehen. Eine Wahrheit habe ich 1962 kennengelernt, als ich als 15-jähriger Pennäler das Buch »Mein Weltbild« von Albert Einstein in die Hände bekam und beim ersten Aufschlagen auf Seite 47 die Ansicht des großen Physikers lesen konnte, »Töten im Krieg ist nach meiner Auffassung um nichts besser als gewöhnlicher Mord.« Einstein hat diesen Gedanken in einem Aufsatz formuliert, in dem er sich »Zur Abschaffung der Kriegsgefahr« äußert und in dem er erläutert, warum er trotz seiner Grundhaltung – er sei »stets ein überzeugter Pazifist gewesen« – nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs dem amerikanischen Präsidenten empfahl, »die Möglichkeit der Herstellung einer Atombombe« zu erkunden. Auf keinen Fall sollte den teuflischen Deutschen zuerst solch eine diabolische Waffe zu Verfügung stehen, wobei Einstein es allgemein bedauerte, dass »die Nationen nicht dazu entschlossen sind, durch gemeinsame Aktionen den Krieg abzuschaffen«.

Bei aller Bewunderung für Einstein: Die Vorstellung, man könne den Krieg einfach abschaffen und allen Menschen Frieden auf Erden bringen, klingt in meinen Ohren hoffnungslos naiv, wie auch nur ein oberflächlicher Blick in Geschichtsbücher erkennen lässt. Menschen haben immer Kriege geführt, und sie sind solche Auseinandersetzungen gewohnt, weil sie ihre Existenz dem Überlebenskampf verdanken, mit dem die Evolution für die Qualitäten der Sieger gesorgt hat. Selbst in der Bibel sind im Evangelium des Matthäus die Worte Christi zu lesen: »Ich bin nicht gekommen, Frieden zu bringen, sondern das Schwert.«

Einsteins Überzeugung, dass es nichts bringt, »den Kampf gegen die Rüstungen und gegen den kriegerischen Geist den Regierungen zu überlassen«, ist natürlich lobenswert. Und es ist schön, dass ihn dieser Gedanke veranlasste, seine Hoffnungen auf eine friedliche Welt auf die »mutigen Kriegsdienstverweigerer in den einzelnen Ländern« zu setzen, denn damit fühlte ich mich persönlich angesprochen. Das Grundgesetz der Bundesrepublik sah die Möglichkeit vor, den Wehrdienst zu verweigern – »Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden«, wie es in Artikel 4, Absatz 3 des Grundgesetzes heißt –, und ich habe die dazugehörige Chance genutzt. Das heißt, in der Mitte der 1960er Jahre reichte es nicht, bloß einen Antrag einzureichen. Man musste sich einer Prüfungskommission stellen, deren Mitglieder von den Kreiswehrersatzämtern berufen worden waren und die den Kandidaten einer stundenlangen Gewissensprüfung unterziehen sollten. In meinem Fall kamen Fragen der Art auf, wie ich mich bei dem Einmarsch einer fremden Militärmacht – bevorzugt ging es um die Russen – verhalten und was ich machen würde, wenn jemand mit einer Waffe auf meine Mutter losginge. Was den sowjetischen Angriff anging, so meinte ich in den 1960er Jahren, dass Deutschland keine Chance habe und sich ergeben solle, um unnötige Zerstörungen zu vermeiden. Und was die Bedrohung meiner Mutter anging, so stellte ich die Rückfrage, ob ich in dieser Situation bewaffnet oder wehrlos sei. Ich würde meine Mutter auf jeden Fall mit allen Mitteln verteidigen – selbst mit einer Schusswaffe, falls ich die handhaben könnte –, und dass ich dazu in der Lage sei, hätte ich bei Mark Twain gelesen, der mich auf meine dunkle Seite aufmerksam gemacht habe, auf die ich im Notfall rechnen könnte.

> »Das Gute hat es schwer in dem Sinne, als es nicht so leicht in die Medien und noch viel schwerer in die Schlagzeilen kommt.«

Nach der erfolgreichen Wehrdienstverweigerung konnte ich zügig mit dem Studium der Naturwissenschaften beginnen, die in der öffentlichen Diskussion um Krieg und Frieden Fragen nach den unkonventionellen Waffen beantworten mussten, die sie den kriegsführenden Nationen oder Armeen zur Verfügung stellten. Man sprach von den ABC-Waffen, wobei am meisten der Einsatz der Atombombe am Ende des Zweiten Weltkriegs diskutiert wurde. Der wissenschaftliche Leiter des dazugehörigen Manhattan-Projektes, der amerikanische Physiker J. Robert Oppenheimer, trug in den 1940er Jahren stets die Hoffnung im Herzen, dass es gerade die Zerstörungsmacht solch einer Nuklearwaffe sei, die ihren Einsatz verhindern würde.

Nachbildung der »Fat Man« Atombombe, die auf Nagasaki abgeworfen wurde.

Er orientierte sich dabei an den Überlegungen des Vaters des Dynamits, des schwedischen Unternehmers und Stifters Alfred Nobel, der die Sprengkraft seiner Erfindung keineswegs unterschätzte, sich aber gerade deswegen mit ihrer Hilfe einen Schritt zur Minderung der Kriegsgefahr vorstellen konnte.

Die Biowaffen sollen hier übersprungen werden, um Einsteins Angst vor einem Zugriff der Deutschen auf die Atomkraft zu erklären. Diese Angst hat mit der Erfahrung zu tun, die er im Ersten Weltkrieg machen musste, als die damaligen Heeresführungen die Wissenschaft um Hilfsmittel baten, mit denen sich der elende Stellungskrieg beenden ließe. Die Chemiker der sich bekämpfenden Nationen versuchten sogleich, Giftgase für den Einsatz an der Front zu entwickeln, die man in Schützengräben leiten konnte, und dabei hatten die Deutschen die Nase vorn, was zwar die Kriegsgegner ärgerte, das Nobelkomitee in Stockholm aber nicht daran hinderte, den deutschen Chemiker Fritz Haber, im Jahre 1919 mit dem Nobelpreis für sein Fach auszuzeichnen, obwohl er zum Gaskrieg beigetragen hatte. Haber lebte und arbeitete nach dem Motto, »Im Frieden der Menschheit und im Kriege dem Vaterlande«, und seine Zeitgenossen verstanden und bewunderten ihn.

Es wird niemanden erstaunen, dass Historiker mehr über den Kriegstreiber und weniger über den Lebensretter Haber schreiben, der mit seiner Ammoniaksynthese die Synthese von Düngemitteln ermöglicht und damit das Brot aus der Luft geholt hat, wie seine Zeitgenossen sagten, und was viele Menschenleben gerettet hat. Das Gute hat es schwer in dem Sinne, als es nicht so leicht in die Medien und noch viel schwerer in die Schlagzeilen kommt. Das Böse als Mord und Totschlag und Kriegsgeschehen dominiert die öffentliche Aufmerksamkeit, was unter anderem damit zusammenhängt, dass auf der einen Seite das Gute selbst für die Wissenschaft langweilig wirkt, die sich mehr um Aggression und kaum um die sich anschließende Versöhnung kümmert und dann, wenn sie ein Buch über »Krieg und Frieden aus der Sicht der Verhaltensforschung« schreibt, wie es der Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt getan hat, nur ein paar kümmerliche Seiten des Textes dem sanften Frieden und den weitaus größeren Rest voller Engagement dem brutalen Krieg widmet. Auf der anderen Seite sagen selbst gutmeinende Philosophen, die persönlich sicherlich niemandem etwas zu Leide tun können, dass es eine Neigung zum Bösen gibt, die tief in den Menschen verwurzelt und in diesem Sinne genetisch in unserer Art angelegt sei, wie man in der heutigen Sprechweise eines biologisch vorangekommenen Zeitalters sagen würde.

Wer das Wort »verwurzelt« mit seiner lateinischen Entsprechung – Wurzel heißt hier radix – verwenden möchte, kann unter der genannten Vorgabe sagen, dass Menschen radikal böse sind, und genau dies hat Immanuel Kant 1792 in einem Aufsatz getan, in dem er sich »Über das radikal Böse in der menschlichen Natur« geäußert hat. Für den kritischen Philosophen stellte das Böse dabei kein theologisches Rätsel im Angesicht eines gütigen Schöpfergottes, sondern vielmehr eine Option für das Vorgehen freier Menschen dar, die autonom über ihre Handlungen und Vorgehensweisen entscheiden können und dabei sicher etwas Gutes für sich, aber nicht unbedingt für die gesamte Menschheit im Sinn haben können und erreichen wollen. Der Philosoph Schopenhauer hat dieser Idee der Freiheit eine Grenze setzen wollen, als er schrieb, »Der Mensch kann zwar tun, was er will, aber er kann nicht wollen, was er will.« Einstein fand diese Überlegung trostreich, weil sie ihm erklärte, warum Menschen nach wie vor in Schlachten ziehen, um zu töten, während sie im Frieden mit ihrer Zeit nichts anzufangen wissen.

Foto Bombe: Wikimedia Commons / Valder137 (CC BY 2.0); Foto Fischer: Anne Wiegandt

Die philosophische Idee mit der Freiheit klingt zwar eindeutig und einleuchtend, aber insgesamt stellt sich die Frage nach dem richtigen Tun nicht so einfach dar, wie eben angedeutet. So gibt es zum Beispiel Menschen, die von der medizinischen Wissenschaft als Psychopathen eingestuft werden, weil sie ohne jedes Mitgefühl Menschen quälen und töten können und sich von der dazugehörigen krankhaften Veranlagung offenbar nicht so frei machen können, wie es wünschenswert wäre und andere Menschen vielleicht möchten. In dem Buch über »Psychopathen«, in dem der britische Psychologe Kevin Dutton berichtet, »was man von Heiligen, Anwälten und Serienmördern lernen kann«, zitiert der Autor einen erfolgreichen Juristen mit den Sätzen »Tief in mir lauert ein Serienmörder.«, mit dem er zu leben habe, ob er wolle oder nicht. Er könne sein Verlangen nur umlenken und abfedern, und dies gelinge, indem er seinen Schatten bei Laune halte, und zwar »mit Koks, Formel 1, One-Night-Stands und brillanten Kreuzverhören«.

Diese Nachtseite von Menschen, diese Veranlagung in der dunklen Tiefe ihres Wesens, kann man – wie Kant es getan hat – das radikal Böse nennen. Im 20. Jahrhundert fragte sich die Philosophin Hannah Arendt in ihrem »Denktagebuch 1950–1973«, warum Kant nicht auch vom radikal Guten spricht, wie es zum Beispiel in der christlichen Aufforderung »Liebet eure Feinde« zum Ausdruck kommt. Ihre Antwort klingt ernüchternd, denn »Es gibt das radikal Böse, aber nicht das radikal Gute«, wie die Philosophin meint, die ihrer Überzeugung einen paradox klingenden Gedanken hinzugefügt hat, nämlich den: »Das radikal Böse entsteht immer, wenn ein radikal Gutes gewollt wird.«

Man kann diesen Satz auf die Entwicklung der Atombombe anwenden, die von vielen als das Böse gekennzeichnet wird, auch wenn man sie für etwas Gutes wollte, nämlich zur Beendigung des Weltkriegs. Wenn sich Hannah Arendt in ihrem erwähnten Denktagebuch dazu äußert, kommt sie auf den Teufel zu sprechen:

»Die Atombombe: Wir erfanden sie, weil wir es mit dem Teufel zu tun hatten und fürchteten, der Teufel würde wissen, wie sie hergestellt wird. Wir setzten sie gegen einen gewöhnlichen Feind ein. Wir wollten sie behalten, als noch Feinde, aber keine Teufel mehr da waren – und um dies zu rechtfertigen, erfanden wir prompt einen Teufel.«

Damit zieht eine neue Gefahr herauf, »wir werden der Teufel«, was die Philosophin sorgenvoll und sorgfältig unterstreicht.

Man kann das auch anders sehen, so wie es Eugen Roth in seinem Gedicht »Das Böse« getan hat, das den offenbar unvermeidlichen Weg zur Atombombe so beschreibt:

Ein Mensch – was noch ganz ungefährlich –
Erklärt die Quanten (schwer erklärlich!).
Ein zweiter, der das All durchspäht,
Erforscht die Relativität.
Ein Dritter nimmt, noch harmlos, an,
Geheimnis stecke im Uran.
Ein Vierter ist nicht fernzuhalten,
Von dem Gedanken, kernzuspalten.
Ein fünfter – reine Wissenschaft! –
Entfesselt der Atome Kraft.
Ein sechster, auch noch bonafidlich,
Will die verwerten, doch nur friedlich.
Unschuldig wirken sie zusammen:
Wen dürfen, einzeln wir verdammen?
Ists nicht der siebte oder achte,
Der Bomben dachte und dann machte?
Ists nicht der Böseste der Bösen,
Ders dann gewagt, sie auszulösen?
Den Teufel wird man nie erwischen:
Er steckt von Anfang an dazwischen.

Auf diese Weise kann Luzifer das Licht von der Rückseite des Mondes holen und den Menschen bringen, damit es ihnen in der Welt leuchtet. Ihnen scheint dieses teuflische Spiel zu gefallen. Das Diabolische prägt das Leben. Mephisto ist der Menschen Bruder. Ohne seine Zauberei wäre das friedliche Leben langweilig.

Prof. Dr. Ernst Peter Fischer (*1947 in Wuppertal) ist diplomierter Physiker, promovierter Biologe und habilitierter Wissenschaftshistoriker. Er betätigt sich als Wissenschaftsvermittler, Berater und Autor. Mehr zu seiner Person und seinen zahlreichen Veröffentlichungen unter epfischer.com

Der Theologe Ludwig Müller, führender Kopf der »Deutschen Christen«, bei seiner Antrittsrede als Reichsbischof im September 1934 vor dem Berliner Dom.

Foto Ludwig Müller: Austrian Archives (S) / brandstaetter images / picturedesk.com; Foto Gedenktafel: Wikimedia Commons / OTFW, Berlin (CC BY-SA 3.0)

Christen im Nationalsozialismus
Zwei Bücher zum Thema

Von Michael Schmidt

Der Historiker Manfred Gailus beschäftigt sich seit Jahren mit dem Verhältnis der Kirchen zum Nationalsozialismus. So auch in seinen jüngsten Büchern »Gläubige Zeiten« und »Im Bann des Nationalsozialismus«. In beiden belegt er anschaulich die Denk- und Verhaltensmuster von christlichen Repräsentanten und Gläubigen während der NS-Zeit.

Vielfach wird behauptet, die Zeit der NS-Herrschaft sei von Säkularisierung und »Gottlosigkeit« geprägt gewesen. Aus der Tatsache, dass die Kirchen, die katholische mehr als die protestantische, sich bemühten, der Gleichschaltung durch den NS-Staat zu entgehen, wurde die Erzählung von der Widerständigkeit der Kirchen und der Religion als Bastion gegen den Nationalsozialismus gestrickt. Manfred Gailus zeigt auf, dass dieses Bild eine Legende ist, und arbeitet heraus, wo die Schnittpunkte zwischen konservativ-christlicher und NS-Weltanschauung lagen.

Christentum und NS-Ideologie

Die Kirchen, so Gailus, hatten den Bedeutungsverlust, den sie in der Weimarer Republik erlitten, nie verwunden und empfanden die Weimarer Republik als gottloses Sündenbabel. Was Gailus für die meisten Protestanten konstatiert, lässt sich nahtlos auch auf die Katholiken übertragen. Die moderne Großstadtkultur erschien ihnen …

> *»[…] als ein böser Angriff auf ihre eigenen Werte und Weltbilder … Angst vor Überfremdung, Verlust an Ordnung und Sauberkeit, schrankenlose Freiheit und Verweltlichung, Verfall von Moral und Sitten, Entfesselung von Kriminalität, krasse Herrschaft des Mammons, unerträgliche Vorherrschaft der ›Gottlosen‹, übermäßige Präsens der Juden in der Wirtschaft, in Medien und Kultur – alles dies gehörte zu den Grundmustern konservativ-christlicher Wahrnehmung.«*

Und es war anschlussfähig an die NS-Ideologie. So seien hybride Glaubensvorstellungen entstanden, in denen sich ererbte Bestandteile der alten christlichen Tradition mit dem neuen deutschen Glauben an Hitler, an *Volk* und *Nation*, an *Rasse* und *Reich* vermischten.

Das galt, so Gailus weiter, im Besonderen auch für den Antisemitismus. Der Autor stellt fest, dass der religiös geprägte Antijudaismus eine …

> *»[…] ganz normale evangelische Grundprägung [war]. Auf diesem Boden gedieh, teilweise schon vor 1933, partiell auch ein völkisch-rassistisch motivierter Antisemitismus, der sich in seiner Schärfe kaum von demjenigen unterschied, der für die Hitlerbewegung kennzeichnend war.«*

Das betraf insbesondere die Bewegung der Deutschen Christen (DC). Diese Strömung innerhalb der evangelischen Kirche hatte sich schon vor 1933 gebildet. Sie versuchte, Christentum und NS-Ideologie zu verschmelzen, und bildete nach den Wahlen zu den Kirchenparlamenten im Juli 1933 die große Mehrheit innerhalb der evangelischen Kirchen.

Auch die protestantischen Kirchenmänner, die nicht der Strömung der DC angehörten, bejubelten in ihrer großen Mehrheit die Machtübernahme der Nationalsozialisten, und spätestens mit dem Abschluss des Konkordats mit dem Vatikan stimmten auch die katholischen ein. Beide Kirchen hofften auf ein, wie Gailus es bezeichnet, *»religious revival«.*

Mit dem Verbot des Freidenkerverbandes und der Wiedereinführung des Religionsunterrichts als Pflichtfach schienen sich diese Hoffnungen zunächst zu erfüllen. Zum Konflikt kam es, als die Deutschen Christen die Umwandlung der protestantischen, regional gegliederten, Kirche in eine völkische Reichskirche vorantrieben und die Einführung eines Arierparagrafen forderten.

Gedenktafel zur »Bekennenden Kirche«, Berlin-Kreuzberg

Als Reaktion darauf entstand die Bekennende Kirche (BK). Die Streitpunkte betrafen jedoch nur innerkirchliche und theologische Fragen, auch die Mitglieder der BK stellten in ihrer großen Mehrheit das NS-Regime nicht in Frage. Entsprechend konstatiert Gailus, dass die Bekennende Kirche in erster Linie eine Opposition gegen die Deutschen Christen, nicht den NS-Staat war.

Antisemitismus auch in der Bekennenden Kirche

Auch innerhalb der BK war, so schildert es Gailus, eine christlich-antijüdische Mentalität bis hin zu Antisemitismus anzutreffen. Als anschauliches Beispiel nennt der Autor Otto Dibelius, damals Generalsuperintendent der Kurmark, nach 1945 Bischof von Berlin-Brandenburg. Beim Staatsakt zur Eröffnung des Reichstags am 21. März 1933 in Potsdam hielt er vor den evangelischen Reichstagsabgeordneten die Predigt. Darin bekannte er sich zu dem postulierten politischen Neubeginn durch die Nationalsozialisten und rechtfertigte mit Verweis auf Luthers Haltung gegenüber den aufständischen Bauern die Gewaltmaßnahmen gegenüber NS-Gegnern. Am 1. April 1933 verteidigte er den Boykott jüdischer Geschäfte und bekannte sich ausdrücklich als Antisemit. Als im Juni 1933 der neu eingesetzte Staatskommissar für die preußischen Kirchen alle Superintendenten suspendierte und durch DC-Theologen ersetzte, protestierte er und verwies auf seine Staatstreue. Erst als das nichts nützte, fand er zur BK.

DC-orientierte Pfarrer forderten nicht nur mit Worten die Ausgrenzung der Juden, einige beteiligten sich auch aktiv daran. Etwa Karl Themel, SA-Mann und NSDAP-Mitglied, der im von der SA am 17. März 1933 besetzten Freidenkerhaus eine »Reichszentrale zur Bekämpfung des Gottlosentums« eingerichtet hatte. Ab 1936 leitete er die Kirchenbuchstelle Alt-Berlin und machte es sich zur Aufgabe, getaufte Juden zu identifizieren und diese Erkenntnisse den NS-Verfolgungsbehörden zur Verfügung zu stellen.

Auch als die antijüdischen Maßnahmen an Schärfe zunahmen, schwiegen die kirchlichen Institutionen. Mehr noch: Einige Berliner evangelische Gemeinden beschlossen nach der Einführung der Kennzeichnung von Juden und Jüdinnen, Sternträger*innen nicht mehr zum Gottesdienst zuzulassen. Ab 1942 erlangten wichtige Repräsentanten der BK, darunter auch Otto Dibelius, sowie der Katholiken einschließlich des Papstes, durch diverse Berichte Kenntnis von den Massenmorden in den Vernichtungslagern. Sie alle verzichteten auf den öffentlichen Protest. Vertraulich-diplomatische Eingaben bildeten die einzigen nennenswerten Aktivitäten.

Christliche Sinngebung für den Vernichtungskrieg

Nicht nur die Deutschen Christen unterstützten den deutschen Eroberungs- und Vernichtungskrieg theologisch, moralisch und politisch nach Kräften. Der neu gebildete »Geistliche Vertrauensrat« der protestantischen Kirche veröffentlichte im *Gesetzblatt der Deutschen Evangelischen Kirche* seit Kriegsbeginn diverse Stellungnahmen in einem »frommen Ergebenheitston für Hitlers Eroberungskriege«. Diese »bildeten sprachliche Norm und meinungsbildenden Standard des Normalprotestantismus zu Kriegszeiten.«

Gailus stellt fest, dass sich in allen kirchenpolitischen Lagern, auch bei der BK, kriegsbegeisterte Stimmen fanden und diese mit Hitlers anfänglichen Blitzkriegen noch kräftig anschwollen. Der Krieg gegen Polen bedeutete aus protestantischer Sicht die »Befreiung« der leidenden evangelischen Glaubensbrüder im katholischen Polen, der Sieg über Frankreich die symbolträchtige Auslöschung der »Schmach von Versailles«. Und der Krieg gegen den »gottlosen russischen Bolschewismus« ließ ebenfalls …

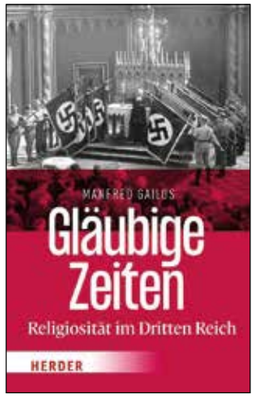
> *»[…] das gewöhnliche nationalprotestantische Herz höher schlagen, gleichgültig, ob es sich um deutsche Christen, die kirchliche Mitte oder die Bekennende Kirche handelte.«*

Auch in der führenden Zeitschrift der BK, *Junge Kirche,* fanden sich immer wieder Artikel, die sich vorbehaltlos hinter die Kriegspolitik des NS-Staates stellten.

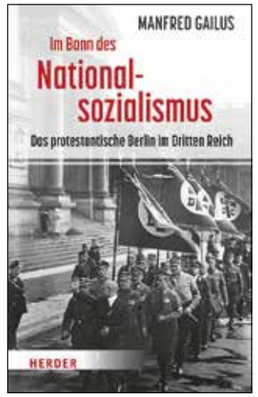
Für die katholische Seite weist Gailus darauf hin, dass die – wie er es nennt – »offizielle Version« von Katholiken als Opfer von Nationalsozialismus und Krieg höchstens die halbe Wahrheit sei. Auch wenn die nationalsozialistische Durchdringung des protestantischen Milieus deutlich tiefer gewesen sei als bei den Katholiken, stellt er fest:

> *»die andere Geschichte katholischer Performance im Zweiten Weltkrieg hat von Zustimmung, Einverständnis und Mitwirkung der katholischen Deutschen zu handeln.«*

Dies gelte im Besonderen für den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, der insbesondere »im katholischen Milieu vielfach als ein christlicher Kreuzzug gegen den ›gottlosen Bolschewismus‹ und das mit ihm angeblich eng verbundene Judentum interpretiert worden« sei. Viele Geistliche beider Konfessionen betrachteten »die nationalsozialistische deutsche Wehrmacht als christliche Armee im Kreuzzug gegen die ›Gottlosigkeit‹.« Entsprechend trugen auch die Feldgeistlichen zu einer christlichen Sinngebung des Krieges bei. Gailus verweist darauf, dass die von anderen Historiker*innen durchgeführte Auswertung von Feldpostbriefen belegt, dass die christlich geprägten Soldaten dieses Narrativ übernommen haben.



Manfred Gailus
Gläubige Zeiten
Religiosität im Dritten Reich
Freiburg 2021



Manfred Gailus
Im Bann des Nationalsozialismus
Das protestantische Berlin im Dritten Reich
Freiburg 2023

Das Versagen des Religiösen

Gailus betont, dass sehr viele Christen ihren Glauben und die NS-Ideologie für kompatibel hielten.

> *»Überaus charakteristisch war für viele Deutsche im ›Dritten Reich‹ ein christlich wie nationalreligiös geprägter Doppelglauben, die Entfaltung multipler oder hybrider Gläubigkeiten. […] Man wollte irgendwie christlich bleiben und bekannte sich zugleich in gläubiger Emphase zum Nationalsozialismus.«*

Er benennt Theologen, die den Holocaust rechtfertigten oder sich sogar daran beteiligten. 94 Prozent der Bevölkerung waren 1939 Mitglied einer der beiden christlichen Konfessionen. Christen bildeten die Basis des NS-Systems, als Täter, Mitläufer oder schweigende Mehrheit. Entsprechend kommt er zu dem Fazit:

> *»Die Performance der allzu gläubigen Deutschen in der Epoche des ›Dritten Reiches‹ ist eine lehrreiche historische Lektion über die gefährlichen Ambivalenzen des Religiösen.«*

Angesichts der geschilderten Tatsachen verwundert es nicht, dass es in der Kirche lange Zeit wenig Interesse gab, diese Vergangenheit aufzuarbeiten. Noch in den 1990er Jahren stieß Gailus bei seinen Recherchen auf massiven Widerstand sowohl in kirchlichen Archiven als auch bei den Nachkommen Beteiligter. Erst ab 2002 begann die Berliner Kirchenleitung sich uneingeschränkt der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit zu widmen.

Die beiden Bücher von Manfred Gailus sind außerordentlich faktenreich und geben einen interessanten Einblick in die christlichen Denkmuster jener Zeit. Sie zeigen auf, wie sehr autoritäres, antidemokratisches und nationalistisches Denken die kirchliche Haltung in jenen Jahren bestimmten und dazu führten, dass viele Christ*innen und ihre Repräsentanten sich der NS-Ideologie unterwarfen. Entsprechend sind beide Bücher gerade auch aus humanistischer Sicht sehr lesenswert.

Michael Schmidt ist Diplom-Politologe und arbeitete bis zu seinem Ruhestand in der Abteilung Bildung des HVD Berlin-Brandenburg. Er war u.a. Projektleiter der Ausstellung »Humanisten im Fokus – Zerstörte Vielfalt«.

Buchtitel: Herder Verlag; Foto Schmidt: Arik Platzek

World Humanist Congress 2023
Deshalb schafft Humanismus Frieden

Von Even Gran

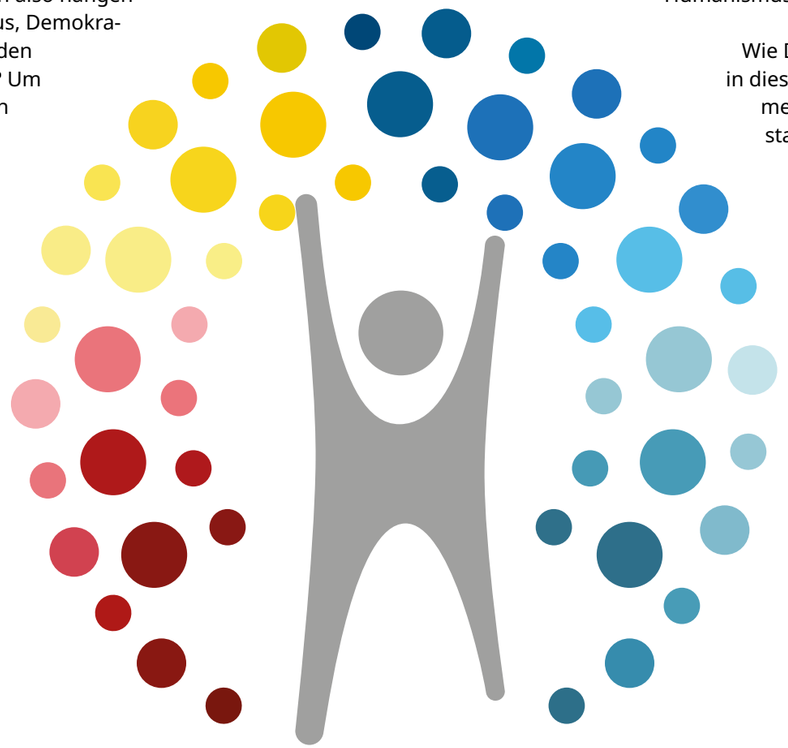
»Building better democracies through humanist values« – so lautet das Thema des diesjährigen *World Humanist Congress* in Kopenhagen, der im August erstmals seit neun Jahren wieder stattfinden wird. Inwiefern sind humanistische Werte besonders geeignet, »bessere Demokratien aufzubauen«?

Die Behauptung, dass humanistische Werte in der Lage sind, bessere Demokratien aufzubauen, beruht auf einer Reihe von Annahmen. Wir glauben, dass es einen positiven Zusammenhang zwischen humanistischen Werten, Demokratie und Frieden gibt. Wir glauben, dass diese Werte sich gegenseitig in einem positiven Kreislauf verstärken und dass das Gegenteil – eine schwindende Unterstützung für humanistische Werte – die Wahrscheinlichkeit von Kriegen erhöht.

Inwiefern also hängen Humanismus, Demokratie und Frieden zusammen? Um dem auf den Grund zu gehen, müssen wir zunächst die Begriffe definieren, die wir verwenden. Beginnen wir mit dem Humanismus. Als Humanist*innen, die unter dem Dach von *Humanists International* arbeiten, definieren wir den Humanismus in Übereinstimmung mit der Basiserklärung von *Humanists International*: »Humanismus ist eine demokratische und ethische Lebenshaltung, die bekräftigt, dass Menschen das Recht und die Verantwortung haben, ihrem eigenen Leben Sinn und Gestalt zu geben.«

Das Bekenntnis zur Demokratie ist also bereits in der Definition des Humanismus enthalten.

Wie Demokratie in diesem Zusammenhang verstanden wird, ist in der Amsterdam-Deklaration »Erklärung eines modernen Humanismus«, die 2022 von *Humanists International* verabschiedet wurde, näher erläutert: »Wir bekräftigen den Wert und die Würde des Einzelnen und das Recht jedes Menschen auf größtmögliche Freiheit und volle Entfaltung im Einklang mit den Rechten von Anderen.« Um diese Ziele zu erreichen, heißt es in der Erklärung, fördert der Humanismus »den Frieden, die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und die universellen Menschenrechte«.



Logo: World Humanist Congress; Foto Gran: Arnfinn Pettersen

Demokratie ist also mehr als nur das Recht, in bestimmten Zeitabständen zu wählen. Es geht auch um Rechtsstaatlichkeit und universelle Menschenrechte sowie um die grundsätzliche Gleichbehandlung aller Bürger*innen unabhängig von ethnischer Herkunft, Religion, Lebenseinstellung, Alter, sexueller Orientierung oder Geschlecht. Keine Gruppe darf Vorteile oder Vergünstigungen genießen, die andere diskriminieren. Dabei spielt es keine Rolle, ob diese Gruppe in der Mehrheit ist oder nicht. Jeder Mensch ist Teil der Gemeinschaft. Jeder Mensch muss das gleiche Recht haben, sich auszudrücken, respektiert und einbezogen zu werden.

Wenn es uns gelingt, eine Demokratie aufzubauen, die auf diesen Ideen beruht, dann glauben wir, dass der Schlüssel zum Frieden gefunden ist. Der Grund dafür ist einfach: Eine offene und integrative Gesellschaft, die auf humanistischen Werten beruht und in der alle Menschen gleichbehandelt werden, fördert das gegenseitige Vertrauen. Vertrauen ist das höchste Gut einer Gesellschaft. Gegenseitiges Vertrauen bedeutet, dass man sich darauf verlassen kann, dass alle anderen Menschen um einen herum gute Absichten haben, dass sie einen so sehen und als die Person respektieren, die man ist.

Mit einem hohen Maß an gegenseitigem Vertrauen läuft alles reibungsloser, und ohne dieses Vertrauen wird alles schwieriger: mehr Kriminalität, mehr Polizei, mehr Ressentiments, mehr Feindseligkeit. Ein hohes Maß an gegenseitigem Vertrauen ist auch eng damit verbunden, wie friedlich eine Gesellschaft ist. Gegen Freunde zieht man nicht in den Krieg. Um Krieg zu führen, muss man zuerst das gegenseitige Vertrauen zerstören und Hass und Feindseligkeit schüren. Hingegen fühlt sich jeder Mensch in einer Gesellschaft mit einem hohen Maß an gegenseitigem Vertrauen sicher und als Teil einer Gemeinschaft. Der Grad des gegenseitigen Vertrauens in einer Gesellschaft ist also ein Maß dafür, wie gut diese Gesellschaft ist.

Noch nie in der Geschichte der Menschheit hat eine einfache Idee wie diese so sehr dazu beigetragen, der Brutalität, dem Rassismus und den systematischen Ungerechtigkeiten der Vergangenheit entgegenzuwirken.

Demokratien werden jedoch durch Krieg, Populismus, Engstirnigkeit, Bigotterie und Intoleranz infrage gestellt. Die humanistischen Werte und Ideale, von denen wir wissen, dass sie zu einer friedlichen, demokratischen und integrativen Gesellschaft beitragen, sind auf dem Rückzug.

Der *World Humanist Congress 2023* in Kopenhagen ist ein Versuch, etwas dagegen zu unternehmen. Es gibt viele Beispiele aus der Geschichte, die uns eine schreckliche Lektion darüber erteilt haben, was passieren kann, wenn solchen destruktiven Kräften freie Hand gelassen wird. Humanist*innen auf der ganzen Welt sollten handeln, um dem entgegenzuwirken.

Übersetzung ins Deutsche von Birger Hoyer

World Humanist Congress

Der World Humanist Congress bringt im August 2023 Humanist*innen aus der ganzen Welt in Kopenhagen zusammen, um über die Rolle von Humanismus und Demokratie sowie über die Bedeutung der Bekämpfung von Bigotterie, Intoleranz und Extremismus in jeder Form zu diskutieren. Anmeldung und Infos zum Programm unter whc2023.com.

Even Gran arbeitet seit 2005 für den Norwegischen Humanistischen Verband als Journalist und Redakteur der Mitgliederzeitschrift *Fri tanke*. Seit 2019 ist er Senior Berater in der Hauptgeschäftsstelle in Oslo. Derzeit ist er Mitglied des Lenkungsausschusses des World Humanist Congress 2023.

ohne **diesseits** *fehlt etwas*

seit 1987

***diesseits* im Wandel:**

Wie soll unser humanistisches Magazin in Zukunft aussehen?

Welche Wünsche und Anregungen haben Sie?

Wir freuen uns über Ihr Feedback!

Schreiben Sie an: redaktion@diesseits.de.